

# VERGABEUNTERLAGEN

2026CDE000001

Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen  
Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung

## AUFTRAGGEBER

Freistaat Bayern, vertreten durch das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei (LZBP)  
Ernst-Reuter-Straße 119, 95030 Hof, Deutschland

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	4
Angebotsaufforderung .....	4
Eigenerklärung .....	5
Eigenerklärung .....	5
Eigenerklärung RUS .....	7
Eigenerklärung russische Unternehmen .....	7
Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2 .....	9
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher .....	10
Eigenerklärung .....	10
Struktur Bieter .....	13
1. Angaben zur Struktur .....	13
2. Angaben zu Unterauftragnehmern .....	13
3. Angaben zur Eignungsleihe .....	14
4. Angaben zur Bietergemeinschaft .....	14
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft .....	14
4.2. Bevollmächtigter Vertreter .....	14
Bewerbungsbedingungen .....	15
Allgemeine Leistungsbeschreibung .....	40
Besondere Vertragsbedingungen .....	54
Geheimhaltungsvereinbarung .....	81
1. Geheimhaltung .....	82
2. Löschung / Entsorgung / Vernichtung von Datenträgern, die Daten der Geheimhaltung enthalten .....	83
3. Muster eines Datenträger-Löschberichts .....	85
Datenschutzhinweis der Bayerischen Polizei .....	86
ZAVB_BayPol .....	88
Produkte/Leistungen .....	97
Eignungskriterien .....	103
Leistungskriterien .....	113
Anlagen .....	117

# INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	2026CDE000001
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)
Auftragsbeschreibung	<p>Gegenstand des Vertrages sind Rahmenvereinbarungen nach § 103 Abs. 5 GWB i.V.m. § 21 VgV über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing). Die Ausschreibung bezieht sich auf Dienstfahrzeuge mit konkret vorgegebenen polizeispezifischen Einbauten (u. a. Sondersignalanlagen, Digitalfunkvorrichtung, Folienbeklebung) und ist in 8 Lose unterteilt. Die Loseinteilung richtet sich nach den Fahrzeugklassen der KBA-Segmenteinteilung und erfolgt nach einsatztaktischen Erfordernissen. Die Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung, nicht jedoch vor dem 01.01.2027, und endet zum 31.12.2028 (Grundvertragslaufzeit). Es besteht die Möglichkeit der 2-maligen Verlängerung um je 1 Jahr bis zum 31.12.2029 (1. Verlängerung) bzw. 31.12.2030 (2. Verlängerung). Nach Ablauf der maximal möglichen Vertragslaufzeit von 4 Jahren endet der Vertrag zum 31.12.2030 automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Alle weiteren Informationen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. Die allgemeinen Vergabeunterlagen (Bewerbungsbedingungen, Allgemeine Leistungsbeschreibung, Besondere Vertragsbedingungen, Geheimhaltungsvereinbarung, Datenschutzhinweise) stehen den Bietern unentgeltlich, uneingeschränkt und direkt über die elektronische Vergabeplattform zur Verfügung. Um die Leistungsbeschreibungen der Lose sowie die Anlagen und Preisblätter zu erhalten, müssen sich Bieter erst im Vergabeportal registrieren und die ausgefüllte Verschwiegenheitserklärung (§ 5 Abs. 3 VgV) als Anlage über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform an die Vergabestelle senden. Die Leistungsbeschreibungen der Lose sowie die Anlagen und Preisblätter sind zum Schutz der Vertraulichkeit (§ 41 Abs. 3 VgV) in einer sicheren Cloud mit Passwortschutz hinterlegt, weil sie spezifische Informationen über die Ausstattung von uniformierten und neutralen Polizeifahrzeugen enthalten. Diese vertraulichen Informationen sollen nicht für eine unbeschränkte Öffentlichkeit, sondern nur für interessierte Unternehmen zugänglich sein.</p>

## ALLGEMEINES

### VERFAHREN

Auftraggeber	Freistaat Bayern, vertreten durch das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei (LZBP)
Liefer-/Ausführungsort	95030 Hof
Leistungsart	Lieferleistung
Vertragsart	Kaufvertrag
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VgV)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja								
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten								
Höchstzahl der Lose pro Angebot									
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode								
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>34100000-8</td><td>Kraftfahrzeuge</td></tr><tr><td>34110000-1</td><td>Personenkraftwagen</td></tr><tr><td>34114200-1</td><td>Polizeifahrzeuge</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	34100000-8	Kraftfahrzeuge	34110000-1	Personenkraftwagen	34114200-1	Polizeifahrzeuge
Code	Bezeichnung								
34100000-8	Kraftfahrzeuge								
34110000-1	Personenkraftwagen								
34114200-1	Polizeifahrzeuge								

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="https://www.auftraege.bayern.de">https://www.auftraege.bayern.de</a>
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	29.05.2026
----------------	------------

## ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	01.09.2026 23:59
Angebotsfrist	11.09.2026 10:00:00
Bindefrist	31.03.2027
Versand Vorabinformation	

## AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2027
Ende	31.12.2028
Anmerkungen	Die Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung, nicht jedoch vor dem 01.01.2027, und endet zum 31.12.2028 (Grundvertragslaufzeit). Es besteht die Möglichkeit der 2-maligen Verlängerung um je 1 Jahr bis zum 31.12.2029 (1. Verlängerung) bzw. 31.12.2030 (2. Verlängerung).



# DATENSCHUTZ

## DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name	Behördliche Datenschutzbeauftragte bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei
Anschrift	Pödeldorfer Straße 77/79, 96052 Bamberg
Telefon	+49 9519331006
E-Mail	bpp.bamberg.datenschutz@polizei.bayern.de

## DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name	Datenerhebungsverantwortlicher bei Logistikzentrum der Bayerischen Polizei
Anschrift	Ernst-Reuter-Straße 119, 95030 Hof
Telefon	+49 9281778950
E-Mail	bpp.hof.lzbp@polizei.bayern.de

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

### BROWSEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

## KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Angebotsfrist: 11.09.2026 10:00:00

voraussichtliche Ausführungsfrist:

Beginn: 01.01.2027

Ende: 31.12.2028

E-Mail: [bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de](mailto:bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de)

Datum: 29.05.2026

## Aufforderung zur Angebotsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter [www.auftraege.bayern.de](http://www.auftraege.bayern.de) hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, ein Angebot abzugeben.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist das Angebot in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal [www.auftraege.bayern.de](http://www.auftraege.bayern.de) einzureichen.

Wir würden uns über ein Angebot Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Carmen Decker

Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Firmenbezeichnung und -anschrift

## Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
  - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
  - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Firmenbezeichnung und -anschrift

## Eigenerklärung russische Unternehmen

mit Angebots- / Teilnahmeantragsabgabe erklärt der Angebotsersteller, bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter Folgendes:

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,
  - a. durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,
  - b. durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
  - c. durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und / oder b zutrifft.

2. Es wird bestätigt, dass die am Auftrag beteiligten **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23  
der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
  - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
  - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
  - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
  - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
  - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Firmenbezeichnung und –anschrift  
des Unterauftragnehmers oder Eignungsverleiher

## Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
  - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.



- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
  - werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
  - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
  - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
  - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wissentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

## Darstellung der Struktur des Bieters

### 1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

### 2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	------------------------------	---


### 3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---


Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

### 4. Angaben zur Bietergemeinschaft

#### 4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---


#### 4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--



Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei  
mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

## **Bewerbungsbedingungen**



## Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Bewerbungsbedingungen.....	4
1.1	Ablauf des Verfahrens und Fristen .....	4
1.2	Unterteilung in Lose.....	4
1.3	Bieterkommunikation (Kommunikation im Vergabeverfahren) .....	5
1.4	Angebotserstellung, -einreichung, und -änderung .....	6
1.4.1	Form und Übermittlung der Angebote .....	6
1.4.2	Textform.....	6
1.4.3	Weitere Vorgaben .....	6
1.5	Nachforderung von Unterlagen.....	8
1.6	Hinweise zu den Vergabeunterlagen .....	8
1.7	Bietergemeinschaft / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer .....	9
1.7.1	Bietergemeinschaft .....	9
1.7.2	Eignungsleihe – eignungsrelevante Unternehmen .....	9
1.7.3	Unterauftragnehmer .....	10
2.	Inhalt der Angebote / Nebenangebote / Bearbeitungshinweise.....	11
2.1.1	Inhalt der Angebote.....	11
2.2	Haupt- und Nebenangebote .....	11
2.3	Bearbeitungshinweise zu den Kriterien.....	11
2.4	Bearbeitungshinweise zum Preis.....	12
2.5	Änderung, Berichtigung und Rücknahme von Angeboten.....	13
2.6	Mitteilungspflicht RFID (Radio Frequency Identification).....	13
2.7	Keine verschlüsselten Dateien .....	13
3.	Teststellung.....	13
4.	Angebotsprüfung / Bewertung der Angebote .....	15
4.1	Wertungsstufe 1: Formale Angebotsprüfung .....	15
4.2	Wertungsstufe 2: Eignung .....	16
4.2.1	Ausschluss von Angeboten / Selbstreinigung.....	16
4.2.2	Präqualifikation .....	16
4.3	Wertungsstufe 3: Angemessenheit der Preise .....	17
4.4	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots.....	17
4.4.1	Wirtschaftlichkeitskennzahl Z .....	18
4.4.2	Leistungspunkte L .....	18
4.4.3	Angebotspreis P.....	19
5.	Sonstiges .....	21



5.1	Verschwiegenheit / Vertraulichkeit / Umgang mit Vergabeunterlagen .....	21
5.2	Datenschutz .....	22
5.3	Entschädigung für die Angebotserstellung.....	22
5.4	Unterrichtung der Bieter .....	22
5.5	Vermeidung von Korruption .....	23
5.6	Nachprüfungsverfahren .....	23
6.	Checkliste.....	25



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

## 1. Allgemeine Bewerbungsbedingungen

### 1.1 Ablauf des Verfahrens und Fristen

Die allgemeinen Vergabeunterlagen (Bewerbungsbedingungen, Allgemeine Leistungsbeschreibung, Besondere Vertragsbedingungen, Geheimhaltungsvereinbarung, Datenschutzhinweis der Bayerischen Polizei, Vertraulichkeitserklärung) stehen den Bietern unentgeltlich, uneingeschränkt und direkt über die elektronische Vergabeplattform zur Verfügung.

Um die Leistungsbeschreibungen der Lose sowie die Anlagen und Preisblätter zu erhalten, müssen sich Bieter erst im Vergabeportal registrieren und die ausgefüllte Verschwiegenheitserklärung (§ 5 Abs. 3 VgV) als Anlage über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform an die Vergabestelle senden. Die Leistungsbeschreibungen der Lose sowie die Anlagen und Preisblätter sind zum Schutz der Vertraulichkeit (§ 41 Abs. 3 VgV) in einer sicheren Cloud mit Passwortschutz hinterlegt, weil sie spezifische Informationen über die Ausstattung von uniformierten und neutralen Polizeifahrzeugen enthalten. Diese vertraulichen Informationen sollen nicht für eine unbeschränkte Öffentlichkeit, sondern nur für interessierte Unternehmen zugänglich sein.

Folgender Ablauf und folgende Termine/Fristen sind für das Verfahren maßgeblich:

Frist für den Eingang von Fragen der Bieter	01.09.2026, 23:59 Uhr
<b>Frist für den Eingang der Angebote – Angebotsfrist</b>	<b>11.09.2026, 10:00 Uhr</b>
Bindefrist	31.03.2027

Nach Ablauf der Angebotsfrist sind die Bieter bis zum Ablauf der o.g. Bindefrist unbedingt und unwiderruflich an ihr Angebot gebunden (Bindefrist).

### 1.2 Unterteilung in Lose

Die Vergabe erfolgt in 8 Losen:

Kauf und Leasing	Bezeichnung
<b>Los 1</b>	Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug)
<b>Los 2</b>	SUV uniformiert (PI-Fahrzeug Kompakt)
<b>Los 3</b>	Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug Gelände)
<b>Los 4</b>	Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug)





<b>Los 5</b>	Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug)
<b>Los 6</b>	Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug)
<b>Los 7</b>	SUV uniformiert BEV (PI-Fahrzeug elektrisch)
<b>Los 8</b>	Kompaktklasse / Mittelklasse neutral BEV (PI/KPI-Fahrzeug elektrisch)

Angebote sind wahlweise für ein Los, mehrere oder alle Lose zugelassen. Es besteht keine Los- oder Zuschlagslimitierung.

### 1.3 Bieterkommunikation (Kommunikation im Vergabeverfahren)

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

**Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.**

**Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.**

(Fern-)Mündliche, schriftliche, per Telefax, per E-Mail sowie nicht sachdienliche oder verspätet eingegangene Fragen werden nicht beantwortet.

Alle eingegangenen, sachdienlichen Fragen sowie deren anonymisierte Beantwortung durch die Vergabestelle werden allen Interessenten gleichzeitig und gleichberechtigt zur Verfügung gestellt. **Antworten der Vergabestelle auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind im Rahmen der Angebotserstellung zwingend zu berücksichtigen.** Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Die Bieter sind verpflichtet, sich während des Vergabeverfahrens regelmäßig über Änderungen, Fragen und deren Beantwortung sowie Hinweise der Vergabestelle über die Vergabepattform zu informieren.



## 1.4 Angebotserstellung, -einreichung, und -änderung

### 1.4.1 Form und Übermittlung der Angebote

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabeplattform zu erfolgen. Nicht über die Vergabeplattform abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch der Vergabeplattform entnehmen.

Die Online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten.

### 1.4.2 Textform

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“

### 1.4.3 Weitere Vorgaben

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

#### 1.4.3.1 Angebot

Das Angebot muss vollständig sein und sich auf den gesamten ausgeschriebenen Leistungsumfang gemäß den Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung und den Vertragsunterlagen, beziehen.

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.



Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig. Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Die Rügeobliegenheit nach § 160 Abs. 3 GWB bleibt unberührt.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebene Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

#### **1.4.3.2 Nachweise**

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigefügt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen, die nicht der vorgegebenen Form entsprechen, gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedsstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.



Bei Beauftragung eines Dritten ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

### 1.5 Nachforderung von Unterlagen

Fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen bzw. fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen können zum Ausschluss des Bieters vom Vergabeverfahren führen.

Die Vergabestelle behält sich daher vor, Bieter gemäß § 56 Abs. 2 VgV aufzufordern, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten angemessenen Nachfrist fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Wenn die nachzureichenden, zu vervollständigenden und / oder zu korrigierenden Unterlagen daraufhin nicht innerhalb der gesetzten Nachfrist bei der Vergabestelle eingehen, führt dies zum Ausschluss des Bieters vom weiteren Vergabeverfahren.

Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (vgl. § 56 Abs. 3 VgV).

**Gehen die nachzureichenden, zu vervollständigenden und / oder zu korrigierenden Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Nachfrist bei der Vergabestelle ein, kann dies zum Ausschluss des Bieters vom weiteren Vergabeverfahren führen.**

### 1.6 Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil. Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigefügte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

**Die Vergabestelle empfiehlt, auf die Einreichung von nicht ausdrücklich geforderten Unterlagen (z.B. Begleitschreiben, Prospekte, Ergänzungen bzw. Kommentierung der Leistungsbeschreibung oder der Rahmenvereinbarung) zu verzichten, da diese zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren aus formalen Gründen führen können (vgl. § 57 Abs.1 Nr. 4 VgV).**



Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren

## **1.7 Bietergemeinschaft / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer**

### **1.7.1 Bietergemeinschaft**

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine Bietergemeinschaft liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen einer Ausschreibung ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben, den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

Jede beabsichtigte oder vorgenommene Veränderung der Zusammensetzung bzw. Neubildung einer Bietergemeinschaft (Eintritt, Austritt oder Austausch von Mitgliedern bzw. Neubildung) nach Angebotsabgabe bis zur Erteilung des Zuschlags muss der Vergabestelle gegenüber unverzüglich und unaufgefordert schriftlich / in Textform angezeigt und begründet werden. Die Um- oder Neubildung einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe kann nach obergerichtlicher Rechtsprechung unzulässig sein und führt dann zu der Nichtberücksichtigung der Bietergemeinschaft bzw. ihres Angebots

### **1.7.2 Eignungsleihe – eignungsrelevante Unternehmen**

Ein Bieter kann unter den Voraussetzungen des § 47 VgV im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierfür sind die



eignungsrelevanten Unternehmen unter Nummer 3 des Vordrucks „Darstellung der Struktur des Bieters“ (siehe Vertragsbedingungen/ Formulare) vom Bieter anzugeben und die dort geforderten Unterlagen auch für die Drittunternehmen mit dem Angebot einzureichen.

Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Der Bieter hat ein Unternehmen, das das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen, zu ersetzen. Des Weiteren kann die Vergabestelle unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit den Austausch von Unternehmen verlangen, wenn sie einen oder mehrere der in § 124 GWB genannten fakultativen Ausschlussstatbestände erfüllen.

### 1.7.3 Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

**Unterauftragnehmer** ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber. Der Subunternehmer ist ausschließlich dem Generalunternehmer verpflichtet, da er laut § 278 BGB als Erfüllungsgehilfe agiert.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich, bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Lieferleistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist

Der öffentliche Auftraggeber überprüft vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Der Bieter hat ein Unternehmen, bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen, zu ersetzen. Des Weiteren kann die Vergabestelle unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit den Austausch von Unternehmen verlangen, wenn sie einen oder mehrere der in § 124 GWB genannten fakultativen Ausschlussstatbestände erfüllen.





Der Vergabestelle ist die Anlage „Eigenerklärung für Unterauftragnehmer“ vom jeweiligen Unterauftragnehmer auszufüllen und zu unterschreiben und vom Bieter über die Vergabeplattform einzureichen.

(Vor-) Lieferanten, derer sich der Bieter bzw. Auftragnehmer zur Auftragserfüllung bedient, sind keine Unterauftragnehmer in dem o. g. Sinne.

## **2. Inhalt der Angebote / Nebenangebote / Bearbeitungshinweise**

### **2.1.1 Inhalt der Angebote**

Die Vergabeunterlagen, einschließlich sämtlicher Anlagen, sind bei der Kalkulation, Erstellung und Einreichung des Angebots vom Bieter zu berücksichtigen und dem Angebot vollständig zugrunde zu legen.

Die mit dem Angebot einzureichenden Dokumente können abschließend der Checkliste unter **Ziffer 6 (Checkliste)** entnommen werden. Zur Überprüfung der Vollständigkeit des Angebots empfiehlt es sich, die genannte Checkliste heranzuziehen.

Das Angebot muss vollständig sein und sich auf den gesamten ausgeschriebenen Leistungsumfang gemäß den Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung und den Vertragsunterlagen, beziehen.

Alle zwingend geforderten Leistungsanforderungen müssen angeboten und im Preisblatt des jeweiligen Fahrzeugloses berücksichtigt werden. Hierzu zählen auch optional geforderte Leistungen, sofern diese angeboten werden.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sowie sonstige Liefer-, Zahlungs- oder Vertragsbestimmungen des AN sind ausgeschlossen. Werden AGB oder sonstige derartige Bestimmungen dem Angebot dennoch beigelegt, werden diese nicht Gegenstand des Vertrages (siehe Ziff. I.3.2 der Besonderen Vertragsbedingungen). Ausnahme bilden die Allgemeinen Leasingbedingungen des AN.

Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind in den Angebotsunterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Bieter haben im Angebot anzugeben, ob für den Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen, beantragt sind oder erwogen werden.

Die Angebotsunterlagen werden Eigentum des Auftraggebers und werden nur zur Angebotsauswertung bzw. zur Zuschlagsentscheidung verwendet.

## **2.2 Haupt- und Nebenangebote**

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist zulässig.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

## **2.3 Bearbeitungshinweise zu den Kriterien**

In den Leistungsbeschreibungen werden die einzelnen Anforderungen mit folgenden Kriterien gekennzeichnet:



- (A) = **Ausschlusskriterien (A-Kriterien)**  
Leistungsanforderungen/Mindestanforderungen, die mit einem (A) gekennzeichnet sind, müssen **zwingend** eingehalten werden. Das Nichterfüllen bereits eines dieser Kriterien **führt zum Ausschluss des gesamten Angebotes**.
- (B) = **Bewertungskriterien (B-Kriterien)**  
Die mit einem (B) gekennzeichneten Anforderungen werden bewertet. Die punktuelle Bewertung der einzelnen Kriterien können Sie jeweils der Nutzwertanalyse entnehmen (Leistungsbeschreibung des jeweiligen Fahrzeugloses, Ziff. II.).
- (I) = **Ergänzende Informationen (I-Kriterien)**  
Diese Kriterien dienen lediglich dem Verständnis und haben keinen Einfluss auf die Bewertung.

Die **Fragen zum Vergabegegenstand sind in den zur Verfügung gestellten Unterlagen zu beantworten**. In gekennzeichneten Feldern sind die geforderten Angaben/Daten einzutragen.

**Nicht, nicht eindeutig oder mehrfach beantwortete Fragen werden nicht gewertet und können zum Ausschluss führen.**

Werden die Antwortmöglichkeiten nicht für ausreichend gehalten, so sind ergänzende Erläuterungen in einer gesonderten Datei unter Bezugnahme auf die jeweilige Ziffer in den Ausschreibungsunterlagen möglich.

Sind seitens des Bieters ergänzende Erläuterungen erforderlich, sind diese bitte nach den folgenden Regeln abzufassen:

- Fassen Sie Hinweise oder Erläuterungen in freier, aber möglichst knapper Form ab.
- Stichwortartige Hinweise und Erläuterungen sind ausreichend, wenn sie verständlich und eindeutig sind.

## 2.4 Bearbeitungshinweise zum Preis

Aus technischen Gründen wird für jedes Los immer ein Preisblatt der Vergabeplattform generiert, welches mit einem Wert ausgefüllt werden muss, da sonst eine wirksame Einreichung der Angebotsunterlagen technisch nicht möglich ist.

**Maßgebend sind jedoch einzig die Preisblätter der Vergabestelle in den Vergabeunterlagen** (gesonderte Excel-Datei für jedes Fahrzeuglos), welche vollständig vom Bieter auszufüllen sind. Nur die in den Preisblättern eingetragenen Werte sind verbindlich und werden für die Angebotsbewertung herangezogen. In das Preisblatt der Vergabeplattform ist der Endpreis (wertungsrelevanter Angebotspreis) aus den Preisblättern der Vergabestelle zu übertragen.

In den anzugebenden Einzelpreisen in den Preisblättern der Vergabestelle sind die vollständigen Kosten abschließend zu kalkulieren und anzubieten, die für die ordnungsgemäße und uneingeschränkte Erfüllung der jeweiligen vertragsgegenständlichen Leistungen (Werks-, Liefer- und Dienstleistungen) seitens des Auftragnehmers benötigt und erbracht werden.





Die in den Preisblättern der Vergabestelle in den Vergabeunterlagen anzugebenden Preise sind so zu kalkulieren, dass alle evtl. anfallenden Zusatzkosten, wie z.B. Neben- und Reisekosten bzw. sonstige Aufwendungen, enthalten sind, soweit sie nicht gesondert in den Preisblättern abgefordert oder vertraglich vorgesehen werden.

## 2.5 Änderung, Berichtigung und Rücknahme von Angeboten

Berichtigungen und Änderungen zu abgegebenen Angeboten können bis zum Ablauf der Angebotsfrist (**siehe Ziff. 1.1**) in der gleichen Weise wie das Angebot übermittelt werden (**siehe Ziffer 1.4**). Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können die Bieter ihr Angebot in Textform über die Vergabepattform zurückziehen.

## 2.6 Mitteilungspflicht RFID (Radio Frequency Identification)

Mit Abgabe des Angebotes teilt der Bieter dem Auftraggeber in Textform mit, falls in den angebotenen Produkten die **RFID - Technologie** eingesetzt wird. Die Verwendung der RFID-Technologie ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers ist ausdrücklich untersagt.

## 2.7 Keine verschlüsselten Dateien

Sämtliche Dateien, die im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen werden, dürfen nicht verschlüsselt oder passwortgeschützt sein.

## 3. Teststellung

Die Bieter haben während des Auswertungszeitraumes **nach Aufforderung innerhalb von vier Wochen** ein Muster des angebotenen Fahrzeugs bzw. der angebotenen Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Es sind jeweils Serienfahrzeuge zu liefern, die hinsichtlich Fahrwerk, Motorisierung und Ausstattung (insbesondere Sitze) zwingend der ausgeschriebenen Leistung und dem Angebot entsprechen müssen. Die Fahrzeuge werden bei der Anlieferung zum Test dahingehend überprüft.

Die Fahrzeuge sind im Zeitraum 01. Mai bis 30. September immer mit Sommerreifen bereitzustellen, vom 01. Oktober bis 30. April immer mit Winterreifen.

Grundsätzlich ist pro Los, für das ein Angebot abgegeben wird, ein Musterfahrzeug zu liefern. Falls für mehrere Lose der identische Fahrzeugtyp mit der gleichen Ausstattung angeboten wird, genügt für diese Lose die Lieferung eines Musterfahrzeugs.

(Beispiel: Für die Lose 4 und 6 (BAB Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert und neutral).

Bei Nichteinhaltung des Anlieferungstermins wird das Angebot für das jeweilige Los ausgeschlossen. Das gleiche gilt, wenn das zur Verfügung gestellte Testfahrzeug in den o.g. wesentlichen Kriterien (Fahrwerk, Motorisierung und Ausstattung - insbesondere Sitze) nicht den im Angebot genannten Leistungsmerkmalen entspricht; insbesondere darf kein Testfahrzeug mit stärkerem Motor oder exklusiverer Ausstattung angeliefert werden.

Für den Fall, dass ein Musterfahrzeug während der Teststellung durch Defekte, Beschädigungen o.ä. ausfallen sollte, hat der Bieter jeweils ein Reservefahrzeug vorzuhalten. Dieses ist



innerhalb von zwei Arbeitstagen nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Dies ist notwendig, um zu gewährleisten, dass die Teststellung mit allen angebotenen Fahrzeugen unter gleichen Bedingungen (Anzahl der Tester, Dauer des Tests) stattfinden kann.

Die Musterfahrzeuge müssen zugelassen, versichert (ohne Selbstbeteiligung) und vollgetankt bzw. vollgeladen sein und sind ohne Kostenberechnung anzuliefern und nach Abschluss der Teststellung wieder abzuholen.

Die genaue Liefer- / Abholadresse innerhalb Bayerns (voraussichtlich im Großraum München) wird Ihnen in der Aufforderung zur Verfügungstellung eines Musterfahrzeugs mitgeteilt.

Die Teststellung soll im November 2026 (45. – 48. KW) stattfinden.

Im Rahmen der Teststellung werden die Fahrzeuge von Polizeivollzugsbeamten hinsichtlich der nachstehend genannten Kriterien bewertet. Für die Fahrzeugtests werden mehr als 30 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten verschiedener Dienststellen der Bayerischen Polizei (Stadt- und Land-Polizeiinspektion, Verkehrs- und Kriminalpolizeiinspektion) ausgewählt.

Folgende Kriterien sind Gegenstand der Teststellung:

<b>A.</b>	<b>Sitze</b>
<b>1.</b>	<b>Vordersitze</b>
<b>1.1</b>	<b>Individuelle Verstellmöglichkeit</b>
<b>1.2</b>	<b>Elektrisch einstellbar? (Anzahl der Funktionen?)</b>
<b>1.3</b>	<b>Sitzfläche</b>
1.3.1	Größe der Sitzfläche
1.3.2	Sitzfläche in Höhe und Neigung getrennt einstellbar?
1.3.3	Seitenführung (Einengung?)
1.3.4	Sitzempfinden mit Einsatzgürtel
1.3.5	Sitzempfinden mit ballistischer Schutzausstattung
<b>1.4</b>	<b>Rückenlehne</b>
1.4.1	Seitenführung (Einengung?)
1.4.2	Sitzempfinden mit Einsatzgürtel
1.4.3	Sitzempfinden mit ballistischer Schutzausstattung
<b>2.</b>	<b>Rücksitze</b>
2.1	<b>Beinfreiheit</b>
2.2	<b>Sitzempfinden mit Einsatzgürtel</b>
<b>B.</b>	<b>Ergonomie</b>
<b>1.</b>	<b>Transport von Personen</b> (Türwinkel, Beladungsmöglichkeit, Arm-, Bein- und Kopffreiheit)
<b>2.</b>	<b>Anordnung u. Übersichtlichkeit von Bedienelementen</b>
<b>3.</b>	<b>Ein- und Aussteigen mit ballistischer Schutzausstattung</b>
<b>4.</b>	<b>Fahrzeugnutzung mit ballistischer Schutzausstattung</b>
<b>C.</b>	<b>Sichtverhältnisse</b>
<b>1.</b>	<b>Rundumsicht</b>
<b>2.</b>	<b>nach hinten</b>



<b>D.</b>	<b>Geräuscentwicklung bei höheren Geschwindigkeiten</b>
<b>E.</b>	<b>Fahrverhalten</b>
<b>1.</b>	<b>Komfort und Verhalten des Fahrwerks (Federung)</b>
<b>2.</b>	<b>Kurvenverhalten</b>
<b>3.</b>	<b>Bremsverhalten</b>
<b>4.</b>	<b>Wendigkeit / Handling</b>
<b>5.</b>	<b>Automatikgetriebe: Ansprechverhalten u. Ruckfreiheit</b>

Die Gewichtung dieser Bewertungskriterien ist in der Nutzwertanalyse unter Ziff. II. der Leistungsbeschreibung des jeweiligen Fahrzeugloses ersichtlich.

Die Tester bewerten die Erfüllung der einzelnen Testkriterien in einem standardisierten Fragebogen nach dem folgenden Bewertungspunkteschema:

Be- wer- tungs- punkte	Beschreibung
<b>10</b>	Die Anforderungen werden wie gefordert erfüllt.
<b>8</b>	Die Anforderungen werden mit unwesentlichen Einschränkungen erfüllt.
<b>6</b>	Die Anforderungen werden mit Einschränkungen jedoch noch ausreichend erfüllt.
<b>4</b>	Die Anforderungen werden mit starken Einschränkungen erfüllt.
<b>2</b>	Die Anforderungen werden kaum erfüllt.
<b>0</b>	Die Anforderungen werden nicht erfüllt.

Die ausgefüllten Testbögen werden durch den AG ausgewertet. Um die Leistungspunkte je Testkriterium zu ermitteln, wird aus allen gültigen Testbögen je Testkriterium das arithmetische Mittel (Durchschnitt) der Bewertungspunkte gebildet und mit den Gewichtungspunkten (s. jeweiliges Fahrzeuglos, Ziff. II. Nutzwertanalyse) multipliziert.

Die Vergabestelle behält sich vor, in einzelnen Losen auf die Teststellung zu verzichten, wenn für ein Los nur ein Angebot vorliegt und das angebotene Fahrzeug bei der Bayerischen Polizei bereits im Einsatz ist.

#### **4. Angebotsprüfung / Bewertung der Angebote**

Die Angebote werden nach §§ 56 ff. VgV und nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen geprüft und bewertet. Die Vergabestelle behält sich vor, diese Reihenfolge im Rahmen der gesetzlichen Zulässigkeit zu ändern (vgl. § 42 Abs. 3 VgV).

##### **4.1 Wertungsstufe 1: Formale Angebotsprüfung**

Die Angebote werden zunächst auf Vollständigkeit sowie fachliche und rechnerische Richtigkeit überprüft (§ 56 Abs. 1 VgV).

Angebote von Unternehmen, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, werden von der Wertung ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 VgV).



Die Vergabestelle behält sich vor, jederzeit zusätzlich Auskünfte von Vergaberegistern anzufordern.

Auf **Ziffer 1.5 (Nachforderung von Unterlagen)** wird verwiesen.

## **4.2 Wertungsstufe 2: Eignung**

Bieter werden anhand der geforderten Unterlagen auf ihre Fachkunde und Leistungsfähigkeit (Eignung) gemäß § 122 Abs. 2 GWB i.V.m. §§ 43 bis 47 VgV sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB geprüft.

### **4.2.1 Ausschluss von Angeboten / Selbstreinigung**

Angebote von Bietern, die ihre Eignung nicht nachgewiesen haben, werden ausgeschlossen.

Zudem werden Angebote von Bietern ausgeschlossen, die einen oder mehrere der in § 123 GWB genannten zwingenden Ausschlussstatbestände erfüllen; gleiches gilt für den Fall, dass ein vom Bieter benannter Unterauftragnehmer einen oder mehrere der in § 123 GWB genannten zwingenden Ausschlussstatbestände erfüllt.

Des Weiteren können Angebote von Bietern im Ermessen der Vergabestelle unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ausgeschlossen werden, wenn sie einen oder mehrere der in § 124 GWB genannten fakultativen Ausschlussstatbestände erfüllen; gleiches gilt für den Fall, dass ein vom Bieter benannter Unterauftragnehmer einen oder mehrere der in § 124 GWB genannten fakultativen Ausschlussstatbestände erfüllt.

Auf die Möglichkeiten der Unternehmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB wird hingewiesen.

### **4.2.2 Präqualifikation**

Nach § 122 Abs. 3 GWB kann ein Bieter den Nachweis seiner Eignung und des Nichtvorliegens der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifikationssystemen erbringen. Geforderte Unterlagen, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig. In diesem Fall muss vom Bieter der Hinweis aufgenommen werden, dass Unterlagen im AVPQ (Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbe- reich) vorliegen. Das gültige Zertifikat inklusive der Anlage muss dem Angebot beigelegt werden. Weitergehende oder zusätzliche Nachweise / Erklärungen, die gefordert werden und nicht in Präqualifizierungsregistern enthalten sind, müssen dem Angebot nach Maßgabe dieser Bewerbungsbedingungen beigelegt werden.

Die Vergabestelle behält sich vor, gemäß § 48 Abs. 8 VgV zusätzliche Nachweise oder Erklärungen bei Bedarf auch bei Vorliegen der Bescheinigung der Eintragung in das AVPQ zu fordern.



#### 4.3 Wertungsstufe 3: Angemessenheit der Preise

Auf der dritten Wertungsstufe überprüft die Vergabestelle die Angemessenheit der angebotenen Preise gemäß den gesetzlichen Vorgaben aus § 60 VgV. Erscheint ein Angebot im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, wird die Vergabestelle vor Ablehnung dieses Angebots dessen Merkmale prüfen. Zu diesem Zweck kann sie von dem betreffenden Bieter erforderliche Unterlagen sowie Aufklärung der Zusammensetzung des Angebotes verlangen (§ 60 Abs. 1, 2 S. 1 VgV). Die Prüfung kann insbesondere die Wirtschaftlichkeit der Erbringung der Leistung, die gewählten technischen Lösungen oder die außergewöhnlich günstigen Bedingungen, über die das Unternehmen bei der Erbringung der Leistung verfügt, die Besonderheiten der angebotenen Leistung, die Einhaltung der Verpflichtungen nach § 128 Abs. 1 GWB, insbesondere der für das Unternehmen geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Vorschriften, oder die etwaige Gewährung einer staatlichen Beihilfe an das Unternehmen umfassen (§ 60 Abs. 2 S. 2 VgV).

Erscheint das betreffende Angebot im Verhältnis zur Leistung auch nach Überprüfung / Aufklärung noch ungewöhnlich niedrig, bzw. kann die Vergabestelle die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend aufklären, darf das Angebot ausgeschlossen werden (§ 60 Abs. 3 S. 1 Hs. 2. VgV).

Bevor die Vergabestelle ein Angebot deswegen ablehnt, weil es wegen der Gewährung einer staatlichen Beihilfe ungewöhnlich niedrig ist, fordert sie unter Festsetzung einer angemessenen Frist den betreffenden Bieter auf, nachzuweisen, dass die staatliche Beihilfe rechtmäßig gewährt wurde. Wird dieser Nachweis nicht fristgerecht erbracht, so lehnt die Vergabestelle das Angebot ab (§ 60 Abs. 4 S. 1 VgV).

#### 4.4 Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Im vorliegenden Vergabeverfahren wird der Zuschlag gemäß § 127 Abs. 1 GWB i.V.m. § 58 Abs. 1 VgV auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Das wirtschaftlichste Angebot wird anhand folgender Bewertungsformel nach § 58 Abs. 2 VgV ermittelt:

Als Bewertungsformel für alle Lose wird die **einfache Richtwertmethode** festgelegt. Hierbei wird der Bruttoangebotspreis zusammen mit den erzielten Leistungspunkten in folgende Bewertungsformel eingesetzt, um die Kennzahl Z (Zuschlagskennzahl) zu ermitteln:

$$Z = L / P$$

Z = Gesamtpunktzahl (Zuschlagskennzahl)

L = Leistungspunktzahl

P = Preispunktzahl

Entscheidungsregelung: Die höchste Kennzahl Z erhält den Zuschlag. Wird eine identische Kennzahl Z von mehr als einem Bieter erzielt, ist der Preis ausschlaggebend.

Rechengenauigkeit: Die Wertung erfolgt auf drei Stellen nach dem Komma. Rundungen erfolgen kaufmännisch.



### Leistungspunkte

Anhand der Angaben des Bieters im Leistungskriterienkatalog und den Ergebnissen der Teststellung werden die Leistungspunkte vergeben.

Beispiel:

	Bieter 1	Bieter 2	Bieter 3	Bieter 4	Bieter 5
A-Kriterien	Nicht erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Leistungs- punktzahl L	9.500	9.200	8.900	8.500	7.400
Preis in EUR P	120.000	105.000	100.000	98.000	110.000
Kennzahl Z	0,079	0,088	0,089	0,087	0,067
Rang	Ausschluss	2	1	3	4

#### 4.4.1 Wirtschaftlichkeitskennzahl Z

Die höchste Wirtschaftlichkeitskennzahl Z stellt das wirtschaftlichste Angebot dar. Für den Fall, dass mehrere Angebote die gleiche Wirtschaftlichkeitskennzahl Z erreichen, erhält dasjenige Angebot den Zuschlag, welches jeweils den niedrigsten Angebotspreis P aufweist.

#### 4.4.2 Leistungspunkte L

In den Leistungsbeschreibungen (Leistungsbeschreibungen der Lose sowie Anlagen 1 bis 11) werden **A-Kriterien**, **B-Kriterien** und **I-Kriterien definiert**. Die einzelnen Anforderungen an die Kriterien sind in der jeweiligen Leistungsbeschreibung detailliert beschrieben.

Alle B-Kriterien sind mit ihren Gewichtungspunkten in der **Nutzwertanalyse** zusammengefasst (siehe Ziff. II. der Leistungsbeschreibung des jeweiligen Loses).

##### - **A-Kriterien:**

Für A-Kriterien werden keine Leistungspunkte (L) vergeben. A-Kriterien müssen zwingend erfüllt sein. Die definierten A-Kriterien werden nur in dem Fall als erfüllt bewertet, wenn sämtliche in der Leistungsbeschreibung definierten Anforderungen eines A-Kriteriums vollumfänglich erfüllt sind und die entsprechende Erläuterung der jeweiligen Erfüllung der A-Kriterien im Angebot des Bieters die Angaben des Bieters in der Leistungsbeschreibung bestätigt. Werden nicht alle definierten Anforderungen eines A-Kriteriums erfüllt bzw. werden diese nicht vollumfänglich erfüllt oder ergibt sich aus der Erläuterung des Bieters nicht die vollumfängliche Erfüllung, wird das A-Kriterium insgesamt als nicht erfüllt bewertet und das Angebot somit zwingend ausgeschlossen.

##### - **B-Kriterien:**

Für B-Kriterien werden Bewertungspunkte (BP) entsprechend den Vorgaben der Leistungsbeschreibung vergeben (pro Kriterium sind maximal 10 Bewertungspunkte erreichbar). Hierzu werden in der Leistungsbeschreibung pro B-Kriterium die Bewertungspunkte (BP) entsprechend den Angaben des Bieters berechnet. Die jeweils definierte Maximalpunktzahl (10 BP) wird nur in dem Fall erreicht, wenn sämtliche für das jeweilige B-Kriterium genannten Anforderungen vollumfänglich erfüllt sind und die





entsprechende Erläuterung der jeweiligen Erfüllung der B-Kriterien im Angebot des Bieters die Angaben des Bieters in der Leistungsbeschreibung bestätigt. Eine Abstufung der Punkte außerhalb der in der Leistungsbeschreibung definierten Erfüllungsgrade (Punkteskala) erfolgt nicht. Werden nicht alle definierten Anforderungen eines jeweiligen B-Kriteriums (bzw. eines definierten Erfüllungsgrades) erfüllt bzw. werden diese nicht vollumfänglich erfüllt oder ergibt sich aus der Erläuterung des Bieters nicht die vollumfängliche Erfüllung, wird das jeweilige B-Kriterium (bzw. der definierte Erfüllungsgrad) als „nicht erfüllt“ bewertet.

Bei einigen Bewertungskriterien wird das Bestbieterprinzip (sog. Best-of-Class-Bewertung) angewandt. Hierbei erhält der Bieter mit dem qualitativ besten Kriterium die maximal Bewertungspunktzahl (10 BP) des Kriteriums, die weiteren Bieter erhalten entsprechend der Rangfolge ihres Produkts zwei Bewertungspunkte Abzug. Bei Wertgleichheit wird der Rangpunkt mehrfach vergeben.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L". Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Insgesamt können je Los maximal 10.000 Leistungspunkte erreicht werden.

- **Informationskriterien:**

Diese Kriterien dienen lediglich dem Verständnis und haben keinen Einfluss auf die Leistungsbewertung des jeweiligen Loses. Die hinterlegten Informationen bzw. Angaben werden bei Zuschlag ebenfalls Vertragsbestandteil.

Der Bieter hat die Erfüllung des jeweiligen Kriteriums mit der entsprechenden Antwort in der Leistungsbeschreibung zu bestätigen. Der Bieter hat sicherzustellen, dass die Erläuterungen der jeweiligen Erfüllung der Kriterien in seinem Angebot eine entsprechende Bewertung durch die Vergabestelle ermöglichen.

#### 4.4.3 Angebotspreis P

##### a) Ermittlung Angebotspreis Kauf pro Fahrzeug

Der Angebotspreis wird jeweils als Summe der folgenden Positionen berechnet. Neben den Angebotspreisen des Bieters fließen auch weitere Kostenfaktoren mit ein:

Pos. 1	Summe aller Preispositionen gem. Preisblatt des jeweiligen Loses
+ Pos. 2	Emissionswerte (Verbrenner Lose 1 – 6)
=	<b>Angebotspreis pro Fahrzeug Kauf</b>

##### Zu Pos. 1:

Bei den **optionalen Preispositionen** werden nur die Preise für die (A)-Optionen als wertungsrelevante Preispositionen einberechnet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Bestellhäufigkeit abweicht.



Die Überführungskosten bei Anlieferung zum Vertragshändler werden voll einberechnet, da dies den Standardfall darstellt

Zu Pos. 2:

Die Umweltkriterien (Energieverbrauch und CO<sup>2</sup>-Emissionen) werden nach §127 GWB in die Wertung der Zuschlagskriterien (Preis) eingebracht. Bei Kauf-Fahrzeugen wird in der Berechnung eine Gesamtleistung von 200.000 km angesetzt.

**b) Ermittlung Angebotspreis Leasing pro Fahrzeug**

Der Angebotspreis wird jeweils als Summe der folgenden Preispositionen berechnet:

Pos. 1	Summe aller Preispositionen gem. Preisblatt des jeweiligen Loses, berechnet für die reguläre Leasinglaufzeit von 36 Monaten
+ Pos. 2	Emissionswerte (Verbrenner Lose 1 – 6)
=	<b>Angebotspreis pro Fahrzeug Leasing</b>

Zu Pos. 1:

Die angebotenen **Leasingraten für die verschiedenen Laufleistungen** werden mit folgenden Faktoren multipliziert. Diese Faktoren entsprechen der durchschnittlichen Bestellhäufigkeit von Leasingfahrzeugen mit diesen Kilometerlaufleistungen in den letzten Jahren.

Uniformierte Fahrzeuge:

	Km-Laufleistung (pro Jahr)	Gewichtung		Km-Laufleistung (pro Jahr)	Gewichtung
PI- Fahrzeuge	10.000	1 %	BAB- Fahrzeuge	10.000	1 %
	20.000	5 %		20.000	2 %
	30.000	17 %		30.000	7 %
	40.000	29 %		40.000	9 %
	50.000	22 %		50.000	22 %
	60.000	26 %		60.000	28 %
				70.000	19 %
				80.000	12 %





Neutrale Fahrzeuge:

	Km-Laufleistung (pro Jahr)	Gewichtung		Km-Laufleistung (pro Jahr)	Gewichtung
PI- / KPI- Fahrzeuge	10.000	29 %	BAB- Fahr- zeuge	10.000	8 %
	20.000	55 %		20.000	24 %
	30.000	8 %		30.000	24 %
	40.000	5 %		40.000	21 %
	50.000	3 %		50.000	2 %
	60.000	0 %		60.000	8 %
				70.000	2 %
				80.000	11 %

Bei den **optionalen Preispositionen** werden nur die Preise für die (A)-Optionen als wertungsrelevante Preispositionen einberechnet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Bestellhäufigkeit abweicht.

Die Überführungskosten bei Anlieferung zum Vertragshändler werden voll einberechnet, da dies den Standardfall abbildet.

Die **Abrechnung von Mehr- und Minderkilometern** wird bei der Bewertung nicht berücksichtigt.

Zu Pos. 2:

Die Umweltkriterien (Energieverbrauch und CO<sup>2</sup>-Emissionen) werden nach §127 GWB in die Wertung der Zuschlagskriterien (Preis) eingebracht. Bei Leasing-Fahrzeugen wird in der Berechnung eine Gesamtleistung von 120.000 km angesetzt.

### c) Ermittlung wertungsrelevanter Angebotspreis

Der wertungsrelevante Angebotspreis setzt sich zusammen aus dem Angebotspreis Kauf pro Fahrzeug und dem durchschnittlichen Angebotspreis Leasing pro Fahrzeug (jeweils inklusive der Verbrauchs-/Emissionskosten), gerechnet auf die geschätzte Abnahmemenge über die maximale Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarungen von vier Jahren.

## 5. Sonstiges

### 5.1 Verschwiegenheit / Vertraulichkeit / Umgang mit Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen des Auftraggebers sind vertraulich zu behandeln und dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung und Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – ist ohne die ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Vergabestelle nicht gestattet.

Wird kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen unverzüglich in eigener Zuständigkeit zu vernichten und zu löschen.



Der Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Die Nichtbeachtung der Verschwiegenheitspflicht hat zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bieters, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen des Auftraggebers.

Auf die Verschwiegenheitserklärung zu den Unterlagen der technischen Leistungsbeschreibung (Anlagen) unter Ziff. 1.1 wird verwiesen.

## **5.2 Datenschutz**

Die Datenschutzhinweise der Bayerischen Polizei im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen mit Informationen zum Thema Datenschutz sowie Ihren Rechten im Zusammenhang mit dem Thema Datenschutz finden Sie in im Formular „Datenschutzhinweis der Bayerischen Polizei“.

Die Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei sind ebenfalls dort hinterlegt.

## **5.3 Entschädigung für die Angebotserstellung**

Für die Erstellung des Angebotes und die Teilnahme an dem Vergabeverfahren wird keine Vergütung gewährt und es werden keine Auslagen erstattet. Weitere Kosten oder Aufwendungen werden nicht erstattet. Dies gilt auch für den Fall, dass keine Vergabe erfolgt, sondern das Vergabeverfahren aufgehoben oder eingestellt wird oder die Vergabestelle sonst auf die Auftragsvergabe verzichtet. Wenn keine Vergabe erfolgt, sind Schadenersatz-, Aufwendungs-, Entschädigungs- und sonstige Erstattungsansprüche der Bieter ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass aus haushälterischen Gründen (z. B. wenn die eingestellten Haushaltsmittel nicht oder nicht mehr rechtzeitig abgerufen werden können oder das vorgesehene Budget für diese Beschaffung überschritten wird etc.) oder aus veränderten – zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht bekannten und auch noch nicht absehbaren – Beschaffungsbedürfnissen des Auftraggebers das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann (Haushalts- und Bedarfsvorbehalt). Es entsteht daher bei den Bietern kein Vertrauensschutz auf Durchführung dieses Vergabeverfahrens. Ein Kontrahierungszwang für den Auftraggeber besteht nicht. Die Vergabestelle behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben bzw. auf die Vergabe zu verzichten.

## **5.4 Unterrichtung der Bieter**

Der Auftraggeber informiert die betroffenen Bieter, deren Angebot nicht berücksichtigt werden soll, in einer Mitteilung gemäß § 134 GWB über die beabsichtigte Zuschlagserteilung.

Die Vergabestelle weist insoweit ausdrücklich auf die Bestimmung des § 134 GWB hin.

Gemäß § 62 Abs. 1 VgV teilt der Auftraggeber den Bietern die Entscheidung über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die Zuschlagserteilung oder die Zulassung zur Teilnahme an einem dynamischen Beschaffungssystem mit.

Auf Antrag eines nichtberücksichtigten Bieters wird ihm die Mitteilung über die Gründe der Ablehnung seines Angebotes gemäß § 62 Abs. 2 VgV nach Eingang eines entsprechenden



Antrags übermittelt. Die Vergabestelle behält sich vor, nach § 62 Abs. 3 VgV keine Informationen mitzuteilen, wenn auch gemäß § 39 Abs. 6 VgV auf eine Bekanntmachung verzichtet werden könnte.

Eine Aufhebung der Vergabe (ganz oder teilweise) wird unverzüglich schriftlich oder elektronisch mitgeteilt.

## **5.5 Vermeidung von Korruption**

Der Bieter verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen. Er wird insbesondere dem Auftraggeber, seinen mit der Vergabe oder Durchführung des Auftrags befassten Mitarbeiter oder einem Dritten keine Leistung materieller oder immaterieller Art, die den öffentlichen Auftraggeber oder seine Mitarbeiter besserstellt, und auf die kein rechtlich begründeter Anspruch besteht, anbieten, versprechen oder gewähren.

## **5.6 Nachprüfungsverfahren**

Die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern nach §§ 155 ff. GWB.

Die Bieter sind verpflichtet, die Vollständigkeit und Lesbarkeit aller Vergabeunterlagen unmittelbar nach deren Erhalt zu überprüfen.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße (Fehler), so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Nur so verbleibt der Vergabestelle ausreichend Zeit und Gelegenheit, angemessen auf die Anzeigen und Hinweise zu reagieren, dies allen Bietern im Wege der gebotenen Verfahrenstransparenz und Gleichbehandlung mitzuteilen und so die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Angebotserstellung rechtzeitig zu berücksichtigen.

Zur Nachprüfung behaupteter Vergaberechtsverstöße können sich die Bieter an folgende zuständige Vergabekammer wenden:

Regierung von Mittelfranken

Vergabekammer Nordbayern

Promenade 27

91522 Ansbach

Tel.: 0981/53-1277

Telefax 0981/53-1837

E-Mail: [vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de](mailto:vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de)

Die gesetzliche Frist für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags richtet sich nach § 160 Abs. 3 GWB, wonach der Antrag unzulässig ist, soweit



1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Für Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben (§ 182 GWB).

Für das Vergabeverfahren gilt deutsches Recht.

Die Vergabestelle weist auf die Regelung des § 165 Abs. 3 GWB hin. Danach hat jeder Beteiligte in einem Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer gem. §§ 160 ff. GWB mit Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Erfolgt dies nicht, kann die Vergabekammer von entsprechender Zustimmung auf Einsicht ausgehen.



## 6. Checkliste

Die folgende Checkliste soll den Bietern die Kontrolle und Sicherstellung eines vollständigen und gültigen Angebotes erleichtern.

Die Eigenerklärungen und Formulare werden im Zuge der Angebotserstellung im Vergabeportal abgefragt.

Checkliste für das Angebot - Anlagen						
	Dokument	Einzureichen / abzugeben von				
		Bieter	Bietergemeinschaft (wenn einschlägig)		Dritte Unternehmen / Unterauftragnehmer (wenn einschlägig)	
			Insgesamt für die Bietergemeinschaft	Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln	Eignungsrelevant (Eignungsleihe)	Nicht eignungsrelevant
<input type="checkbox"/>	<u>Leistungsbeschreibungen der Fahrzeuglose</u> - Los 1 bis 8	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Preisblätter der Vergabestelle</u> - Los 1 bis 8	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Anlagen</b> vollständig ausgefüllt:					
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 3.1 und / oder 3.2:</u> Leistungsbeschreibung Sondersignalanlage uniformiert und / oder neutral	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 4.1 und / oder 4.2:</u> Leistungsbeschreibung Digitalfunkvorrichtung uniformiert und / oder neutral	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 5:</u> Leistungsbeschreibung Logistik und Service	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 6.1 und / oder 6.2:</u> Leistungsbeschreibung Energiemanagement <b>(nur für uniformierte Lose)</b> Verbrenner und / oder Elektrofahrzeug	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 7:</u> Fahrerassistenzsysteme	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 8:</u> Leistungsbeschreibung ISP <b>(nur für uniformierte Lose)</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 9:</u> IVN / CiA 447 – Gateway	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<u>Anlage 10:</u> Leistungsbeschreibung Datenschutz und Datensicherheit	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



# Allgemeine Leistungsbeschreibung

für das offene Verfahren

gem. § 119 Abs. 3 GWB i.V.m. § 15 Abs. 1 S. 1 VgV

zum Abschluss von Rahmenvereinbarungen

über die Belieferung der Bayerischen Polizei  
mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Stand: 27.05.2026



## Inhaltverzeichnis

1.	Auftraggeber .....	3
2.	Darstellung des Vertragsgegenstands.....	3
3.	Losaufteilung .....	3
4.	Losbeschreibung .....	5
5.	Beschaffungsvolumen .....	6
6.	Allgemeine technische Produktanforderungen .....	9
7.	Elektromagnetische Verträglichkeit .....	10
8.	Infotainment-System-Polizei (ISP).....	10
9.	Vertragsdurchführung.....	12
10.	Serviceleistungen .....	13
11.	Leistungsbeschreibungen der Fahrzeuglose .....	13
12.	Anlagen.....	14
13.	Preisblätter - Hinweis .....	14



## 1. Auftraggeber

Auftraggeber ist der Freistaat Bayern, vertreten durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, vertreten durch das Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei, dieses vertreten durch das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei, Ernst-Reuter-Straße 119, 95030 Hof.

## 2. Darstellung des Vertragsgegenstands

Gegenstand des Vertrages sind Rahmenvereinbarungen nach § 103 Abs. 5 GWB i.V.m. § 21 VgV über die Belieferung der Bayer. Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing).

Vertragsgegenstand ist vorrangig die Lieferung von **Dienstfahrzeugen mit konkret vorgegebenen polizeispezifischen Einbauten**.

**Es werden 8 Rahmenvereinbarungen losweise vergeben / abgeschlossen** (siehe Ziff. 3).

Der Vertragszeitraum beginnt je Los zum 01. des auf die Zuschlagserteilung folgenden Monats, nicht jedoch vor dem 01.01.2027.

Die Rahmenvereinbarungen werden jeweils für die **Dauer von zwei Jahren** (Grundvertragslaufzeit) geschlossen und enden zum 31.12.2028. Die Verträge verlängern sich automatisch um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2029 (1. Verlängerung) bzw. 31.12.2030 (2. Verlängerung), wenn sie nicht spätestens neun Monate vor Ablauf des jeweiligen Vertragsjahres von Auftraggeber oder Auftragnehmer gekündigt werden.

Nach Ablauf der Gesamtvertragslaufzeit zum 31.12.2030 endet der Vertrag je Los automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Mit Vertragsbeginn haben die mittelbewirtschaftenden (budgetierten) Dienststellen der Bayerischen Polizei die Möglichkeit, die auf Grundlage dieser Ausschreibung beziehbaren Fahrzeuge zu jeder Zeit in der benötigten Menge und mit der im Einzelfall gewünschten optionalen Ausstattung zu bestellen.

## 3. Losaufteilung

Der Auftraggeber schließt Rahmenvereinbarungen ab, die in die nachfolgend aufgezählten Lose aufgeteilt sind. Die Lose orientieren sich an der Segmenteinteilung des Kraftfahrtbundesamtes (vergleiche: [www.kba.de](http://www.kba.de)); dort sind die entsprechenden Modellreihen der Fahrzeughersteller nach Segmenten aufgeführt. Die Zugehörigkeit zu dem im jeweiligen Los geforderten KBA-Segment(en) ist zwingende Voraussetzung (Ausschlusskriterium).





### 3.1 Uniformierte Fahrzeuge

#### 3.1.1 Fahrzeuge für Polizeiinspektionen (PI) und Polizeistationen

<b>Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug)</b> - Kombi	<b>Los 1</b>
<b>SUV / Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug Kompakt)</b>	<b>Los 2</b>
<b>Geländewagen / SUV uniformiert (PI-Fahrzeug Gelände)</b>	<b>Los 3</b>

#### 3.1.2. Fahrzeuge für Bundesautobahnen (BAB)

<b>Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug)</b> - Kombi	<b>Los 4</b>
--	--------------

#### 3.1.3 Elektrofahrzeuge

<b>SUV uniformiert BEV (PI-Fahrzeug Elektrisch)</b>	<b>Los 7</b>
---	--------------

### 3.2 Neutrale Polizeifahrzeuge

#### 3.2.1 Fahrzeuge für Polizei-/Kriminalpolizeiinspektionen (PI / KPI)

<b>Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug)</b> - Kombi	<b>Los 5</b>
---	--------------

#### 3.2.2. Fahrzeuge für Bundesautobahnen (BAB)

<b>Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug)</b> - Kombi	<b>Los 6</b>
--	--------------

#### 3.2.3. Elektrofahrzeuge

<b>Kompaktklasse / Mittelklasse neutral BEV (PI/KPI-Fahrzeug Elektrisch)</b>	<b>Los 8</b>
--	--------------



## 4. Losbeschreibung

### 4.1 Allgemeines

Die Fahrzeuge sind Einsatzmittel der Schutz-, Verkehrs- und Kriminalpolizei, die zur Erfüllung der unterschiedlichen Einsatzaufgaben zumeist besonderen Beanspruchungen unterliegen und vielfach rund um die Uhr eingesetzt werden.

Dabei handelt es sich um handelsübliche Fahrzeuge, die entsprechend den technischen Leistungsbeschreibungen des jeweiligen Fahrzeugherstellers sowie der Anlagen 1-11 ausgestattet sein müssen.

Die Einteilung der Lose erfolgt nach einsatztaktischen Erfordernissen.

Grundsätzlich werden alle Fahrzeugarten sowohl im Kauf als auch im Leasing beschafft. Für den Nachersatz sind daher beide Beschaffungsarten erforderlich.

### 4.2 Uniformierte Fahrzeuge

Die Fahrzeuge der **Lose 1, 2, 3 und 7** werden hauptsächlich bei den Schutzpolizeidienststellen (Polizeiinspektionen und Polizeistationen) eingesetzt.

- a. Standard-Einsatzfahrzeuge sind die Fahrzeuge der Lose 1 und 2 (**Mittelklasse / Obere Mittelklasse und SUV / Geländewagen kompakt uniformiert - PI**). Wegen des erforderlichen Platzbedarfs für die ballistische Schutzausstattung und die mitzuführenden Führungs- und Einsatzmittel (FEM) ist in Los 1 die Kombi-Version vorgesehen.
- b. Mit den Fahrzeugen des Loses 3 (**Geländewagen/SUV uniformiert - PI**) soll die uneingeschränkte Einsatzfähigkeit auch in den alpinen Regionen und in den Mittelgebirgen Bayerns, insbesondere auch bei winterlichen Straßenverhältnissen, sichergestellt werden.
- c. Die in Los 7 geforderten **elektrisch betriebenen SUVs uniformiert** sollen der Forderung Rechnung tragen, eine elektrisch betriebene Variante eines Streifenfahrzeugs anbieten zu können, um so die Elektrifizierung des Fuhrparks der Bayerischen Polizei weiter auszubauen.

Die Fahrzeuge der **Mittelklasse / Oberen Mittelklasse uniformiert – BAB** (Los 4) werden überwiegend im Streifendienst der Verkehrs- und Autobahnpolizei sowie als Führungsfahrzeuge verwendet. Diese müssen eine höhere Motorleistung haben als die für die PI vorgesehenen Standard-Einsatzfahrzeuge. Wegen des hohen Platzbedarfs für Schutzausrüstung und FEM ist die Kombi-Version vorgesehen.

### 4.3 Neutrale Fahrzeuge

Die **Fahrzeuge der Kompaktklasse neutral – PI / KPI** (Los 5) werden als zivile Fahrzeuge für Ermittlungstätigkeiten bei der Kriminal- und Schutzpolizei verwendet. Darüber hinaus sind die Fahrzeuge für Kurierfahrten sowie Dienst-, Aus- und Fortbildungsreisen vorgesehen. Bei diesen Fahrzeugen ist eine Kombi-Version anzubieten.

Die **elektrisch betriebenen Fahrzeuge der Kompaktklasse / Mittelklasse neutral – PI / KPI** (Los 8) ergänzen den Fuhrpark der Polizeiinspektionen / Kriminalpolizeiinspektionen für Einsatzbereiche, in denen der Betrieb eines Elektrofahrzeugs sinnvoll ist (z.B.



im urbanen Umfeld). Bei diesen Fahrzeugklassen soll bevorzugt eine Kombi-Version angeboten werden.

Die Fahrzeuge der **Mittelklasse / Oberen Mittelklasse neutral – BAB** (Los 6) finden hauptsächlich im Streifendienst auf den Autobahnen oder im Bereich der Fahndung Verwendung. Die Fahrzeuge im Los „Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral - BAB“ sind ebenfalls in der Kombi-Version anzubieten.

## 5. **Beschaffungsvolumen**

### 5.1 **Hinweise zum voraussichtlichen Beschaffungsvolumen**

Bei der Bayer. Polizei ist die dezentrale Budgetverantwortung („Budgetierung“) eingeführt. Damit entscheiden die mittelbewirtschaftenden Dienststellen in eigener Verantwortung, für welchen Zweck die ihnen übertragenen Haushaltsmittel (Budget) verwendet werden. Dies beinhaltet grundsätzlich auch die Entscheidung, wann „Altfahrzeuge“ ausgesondert und zu welchem Zeitpunkt diese durch Neufahrzeuge ersetzt werden. Darüber hinaus entscheiden die budgetierten Dienststellen nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und einsatztaktischen Vorgaben selbst, welche Fahrzeugklasse am besten geeignet ist. **Im Gegensatz zu anderen Bundesländern können daher für diese Ausschreibung keine fixen Abnahmemengen und Abnahmezeitpunkte in den einzelnen Losen angegeben werden.**

In welcher Größenordnung sich die Fahrzeugbeschaffungen in den nächsten Jahren bewegen werden, ist darüber hinaus von verschiedenen Faktoren abhängig, die nicht vorhersehbar und beeinflussbar sind. Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten vier Jahre und der Prognosen zur Haushaltssituation in der Zukunft **wird von den nachfolgend unter Ziff. 5.2 (Kauffahrzeuge) und 5.3 (Leasingfahrzeuge) angegebenen jährlichen Auftragszahlen in den einzelnen Losen ausgegangen.** Es wird gebeten, diese Zahlen zur Grundlage der Angebotskalkulation zu machen.

Da sich die Abnahmemengen zwischen den einzelnen Losen verschieben können (u.a. bedingt durch Preiserhöhungen oder Modellwechsel), ist nicht auszuschließen, dass das voraussichtliche Beschaffungsvolumen einiger Lose deutlich überschritten wird. Als maximale Abnahmemenge aus dieser Rahmenvereinbarung im Sinne einer Vertragsobergrenze wird pro Los die Abnahme der dreifachen Menge der voraussichtlichen Bestellzahlen bezogen auf die gesamte Laufzeit der Rahmenvereinbarung vereinbart.

**Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass ein Anspruch auf Abnahme einer bestimmten Anzahl an Fahrzeugen aus den genannten Zahlen nicht hergeleitet werden kann,** da die konkreten Einzelaufträge vom Bestellverhalten der jeweiligen Budgetverantwortlichen, insbesondere deren einsatztaktischen Überlegungen, und von der Entwicklung der Haushaltslage in den nächsten Jahren abhängig ist.

#### Hinweise:

- Der bisherige Einsatz von uniformierten Fahrzeugen der Mittelklasse ist aus taktischen Einsatzgründen und Standardisierungsprozessen im uniformierten Bereich nicht mehr vorgesehen. Die Bestellzahlen der letzten Jahre in diesem Segment wurden anteilig bei den Losen 2 (SUV / Geländewagen – P-Fahrzeug kompakt) und 7 (SUV – PI-Fahrzeug elektrisch) angesetzt.
- In der letzten Ausschreibung wurden die neutralen Fahrzeuge der PI/KPI in mehrere Lose (Mittelklasse, Obere Mittelklasse und SUV / Geländewagen) unterteilt. Es ist



davon auszugehen, dass sich diese Bestellmengen nun fast vollumfänglich - ausgenommen geschätzter Nachersatz durch den Umstieg auf Elektrofahrzeuge in Los 8 (Kompaktklasse / Mittelklasse neutral elektrisch – PI / KPI) - auf das Los 5 (Kompaktklasse neutral – PI/KPI) verteilen werden.

- Für die Lose 7 (SUV uniformiert – PI-Fahrzeug elektrisch) und 8 (Kompaktklasse / Mittelklasse neutral – PI/KPI-Fahrzeug elektrisch) wurde das voraussichtliche Beschaffungsvolumen (Schätzmenge) auf Grundlage der strategischen Ausrichtung zur Elektrifizierung des Fuhrparks der Bayerischen Polizei mittels Festlegung durch das StMI ermittelt. Die geschätzten Bestellzahlen bei den Schwesterlosen der Verbrennerfahrzeuge (Los 2 und 5) wurden entsprechend um die geplante Substitution durch Elektrofahrzeuge reduziert.

## 5.2 Bestellmengen Kauf

Für Kauffahrzeuge werden, ausgehend von den durchschnittlichen Bestellzahlen der Jahre 2022 - 2025, von folgenden voraussichtlichen Auftragszahlen ausgegangen:

Los-Nr.	Los-Beschreibung	vss. durchschnittliche Auftragszahl pro Jahr  Kombi bzw. Standardfahrzeug
<b>Uniformierte Fahrzeuge</b>		
1	Mittelklasse/Obere Mittelklasse uniformiert – PI-Fahrzeug	5
2	SUV/Geländewagen uniformiert PI-Fahrzeug kompakt	15
3	Geländewagen/SUV uniformiert PI-Fahrzeug Gelände	5
4	Mittelklasse/Obere Mittelklasse uniformiert BAB-Fahrzeug	5
7	SUV BEV uniformiert PI-Fahrzeug elektrisch	14
<b>Neutrale Fahrzeuge</b>		
5	Kompaktklasse neutral PI/KPI-Fahrzeug	44
6	Mittelklasse/Obere Mittelklasse neutral BAB-Fahrzeug	15
8	Kompaktklasse / Mittelklasse BEV neutral PI/KPI-Fahrzeug	23



### 5.3 Bestellmengen Leasing

Um einen reibungslosen Nachersatz von Leasingfahrzeugen im Zusammenhang mit dieser Neuausschreibung sicherzustellen, wird aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit darauf hingewiesen, dass vorhandene Leasingfahrzeuge, die im Jahr 2027 nachersetzt werden müssen, noch aus den bisherigen Rahmenvereinbarungen mit den derzeitigen Auftragnehmern innerhalb der Vertragslaufzeit (Vertragsende der derzeitigen Verträge 31.12.2026) nachbestellt werden. Lediglich nicht prognostizierbare, kurzfristige Bedarfe (z.B. Ersatz Totalschaden) werden für das Jahr 2027 aus den neuen Rahmenvereinbarungen abgerufen.

Für Leasingfahrzeuge, deren Vertragsdauer im Laufe des **Jahres 2028** oder später endet, stellt der zukünftige Auftragnehmer die zeitgerechte Lieferung der Anschlussleasingfahrzeuge sicher. Die Bestellung dieser Fahrzeuge erfolgt größtenteils bereits im Jahr 2027.

Für die Leasing-Lose wird in den Jahren 2028 bis 2030 von folgenden voraussichtlichen, geschätzten Auftragszahlen ausgegangen (ausgehend von der Anzahl der Leasingfahrzeuge, für die im jeweiligen Zeitraum ein Nachersatz anstehen würde):

Los-Nr.	Los-Beschreibung	Jahr 2028	Jahr 2029	Jahr 2030
		Kombi bzw. Standard	Kombi bzw. Standard	Kombi bzw. Standard
Uniformierte Fahrzeuge				
1	Mittelklasse/Obere Mittelklasse uniformiert PI-Fahrzeug	25	127	64
2	SUV/Geländewagen uniformiert PI-Fahrzeug kompakt	29	150	82
3	Geländewagen/SUV uniformiert PI-Fahrzeug Gelände	52	23	63
4	Mittelklasse/Obere Mittelklasse uniformiert BAB-Fahrzeug	8	92	51
7	SUV BEV uniformiert PI-Fahrzeug elektrisch	15	80	40



Neutrale Fahrzeuge				
5	Kompaktklasse neutral PI/KPI-Fahrzeug	13	82	49
6	Mittelklasse/Obere Mittelklasse neutral BAB-Fahrzeug	3	13	24
8	Kompaktklasse / Mittelklasse BEV neutral PI/KPI-Fahrzeug elektrisch	10	80	45

## 6. Allgemeine technische Produktanforderungen

**6.1** Es gelten die in den Vertragsunterlagen der Ausschreibung geforderten und vom Auftragnehmer bestätigten Qualitätsmerkmale. Die vom AN in den einzelnen Leistungsbeschreibungen bestätigten Eigenschaften der zu liefernden Fahrzeuge gelten als garantiert (§ 443 BGB, § 14 VOL/B).

**6.2** In allen Bereichen, in denen EWG-/ECE-Richtlinien bestehen, müssen die jeweiligen Richtlinien erfüllt werden. Fehlen EWG-/ECE-Richtlinien, müssen die entsprechenden Deutschen Normen (DIN), die Vorschriften der Europäischen Union, die Technischen Richtlinien für Behörden und Organisationen (TR-BOS) und die Regelungen der Berufsgenossenschaft Fahrzeugehaltung erfüllt werden.

Alle geforderten Angaben und Werte basieren, soweit nicht näher spezifiziert, auf den o.g. Normen und Regelungen.

Die in den Vertragsunterlagen genannten DIN-Normen oder sonstige nach EU-Recht gleichwertige Normen sind in der aktuell gültigen Fassung maßgebend.

Der AN sichert darüber hinaus zu, dass die im Rahmen dieses Vertrages gefertigten Erzeugnisse den Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherungsträger, den Arbeitsschutzvorschriften sowie den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen.

**6.3** Stellt sich heraus, dass die Erzeugnisse nicht den vorstehend aufgeführten Vorschriften und anerkannten Regeln entsprechen, so verpflichtet sich der AN nachträglich unentgeltlich die Mängel zu beseitigen, fehlende Schutzvorrichtungen anzubringen oder ungenügende Schutzvorrichtungen in den vorgeschriebenen Zustand zu bringen.

**6.4** Bei der Gestaltung der neutralen und uniformierten Dienstfahrzeuge mit polizeispezifischen Einbauten wird besonderer Wert auf die Ergonomie, die passive Sicherheit und die Zuverlässigkeit unter den erschwerten Bedingungen des Polizeidienstes sowie die Wirtschaftlichkeit der Fahrzeuge gelegt.

Es ist insbesondere darauf zu achten, dass durch die Anbringung und Verwendung von polizeispezifischen Führungs- und Einsatzmitteln im oder am Fahrzeug (Funkgeräte, Sondersignalanlage usw.) keine Nachteile hinsichtlich der Funktionsfähigkeit des Fahrzeugs entstehen und die Sicherheit der Insassen nicht beeinträchtigt wird.

**6.5** Der Auftragnehmer übernimmt für das Fahrzeug und alle von ihm durchgeführten polizeispezifischen Zusatzeinbauten sowie das von ihm gestellte Zubehör im Fahrzeug die uneingeschränkte Produkthaftung.



- 6.6** Zur Sicherstellung eines ausreichenden Energiemanagements sind die Fahrzeuge gemäß den Leistungsbeschreibungen in der Anlage 6.1 (uniformierte Verbrennerfahrzeuge) bzw. den Leistungsbeschreibungen in der Anlage 6.2 (uniformierte Elektrofahrzeuge) sowie den Leistungsbeschreibungen in den Losen 5, 6 und 8 (neutrale Fahrzeuge) auszustatten.

## **7. Elektromagnetische Verträglichkeit**

Der Auftragnehmer sichert die Prüfung der elektromagnetischen Verträglichkeit des komplett ausgestatteten Einsatzfahrzeuges zu, um Störungen, unsichere Betriebszustände oder gar Unfälle durch elektromagnetische Einflüsse auf die Bordelektronik zu vermeiden.

Des Weiteren darf die Störaussendung des komplett ausgestatteten Einsatzfahrzeuges die gesetzlichen Vorschriften nicht überschreiten.

Hierfür sind folgende Vorschriften in der aktuellsten Version mindestens zu beachten:

- UN ECE-R10
- DIN EN 55012 / CISPR 12 (Funkstöreeigenschaften)
- Störaussendung nach CISPR 25

Alle vom Auftragnehmer verbauten polizeispezifischen Sonderausstattungen (Sondersignalanlage, Anhaltesignalgeber, Front-/ Heck- und sonstige Blitzer etc.) müssen mindestens über eine E1-Genehmigung verfügen.

Die von der Bayerischen Polizei verwendeten Funkgeräte der Fa. Sepura SRG 3900 / SCG 22 haben folgende Produktprüfungen:

TETRA EMC: EN301489-1/18  
Richtlinie Kfz 95/54/EC Anhang 7/8  
Richtlinie Motorräder 97/24/EC  
ISO 7637-1  
Stoß-/Schlagfestigkeit: 5M2  
EN60950:2000  
NIDS

Die von der Bayerischen Polizei verwendeten polizeilichen Infotainment-Systeme der GERMANTRONIC GmbH „ALEA – Assistentin Leitstelle und Einsatz Automotive“ haben folgende Produktprüfung:

E1-Genehmigung gemäß EMV-Prüfung ECE R10  
(siehe auch nachfolgende Ziffer 8)

## **8. Infotainment-System-Polizei (ISP)**

- a. Die angebotenen Fahrzeuge sind funktionstüchtig mit herkömmlichen Bediengeräten für Funk und Sondersignalanlage gemäß den Leistungsbeschreibungen in den Anlagen 3.1 und 4.1 (uniformierte Fahrzeuge) bzw. den Leistungsbeschreibungen in den Anlagen 3.2 und 4.2 (neutrale Fahrzeuge) auszustatten.
- b. Die Bayerische Polizei beabsichtigt darüber hinaus, die Bedienung wesentlicher polizeilicher Sondertechniken (insbesondere des Funks und der Sondersignalanlage) in ein **zentrales Bedien- und Anzeigesystem (= Infotainment-System-Polizei, kurz ISP für Fahrzeuge der Bayerischen Polizei)** zu integrieren. Hierdurch soll u. a. eine





einheitliche Bedienoberfläche unabhängig vom Hersteller der Sondersignalanlage ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen über das ISP ein unabhängiges Polizei-Navigationssystem und Bereiche der Einsatzmanagements abgebildet werden.

Das Infotainment-System-Polizei (ISP) besteht aus der Rechneinheit der GERMANTRONIC GmbH (= ISP-Bordrechner), die an geeigneter Stelle im Fahrzeug platziert werden muss. Für die Bedienung der polizeilichen Sondertechnik und die weiteren genannten Funktionalitäten des ISP soll das fahrzeugeigene Touch-Display genutzt werden. Hierfür wird über ein Smartphone mittels Apple CarPlay die Verbindung zum fahrzeugeigenen Touch-Display hergestellt.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das ISP in die angebotenen uniformierten Fahrzeuge zu integrieren. Hierfür hat er die funktionstüchtige und EMV-konforme Verkabelung zwischen den polizeilichen Sonderfunktionen (gemäß Anlage 8) und dem ISP-Bordrechner am Einbauort sicherzustellen (= ISP-Vorrüstung) und die notwendigen Vorrüstungen durchzuführen. Die konkreten Anforderungen an diese ISP-Vorrüstung sind in Anlage 8 (Leistungsbeschreibung ISP) beschrieben. Bei der Integration des ISP wird eine enge Kooperation zwischen dem Auftragnehmer und dem ISP-Lieferanten, der GERMANTRONIC GmbH, vorausgesetzt.

Firmenanschrift:

GERMANTRONIC GmbH  
Weidenstraße 9, 85290 Geisenfeld

Ansprechpartner 1:

Geschäftsführender Gesellschafter Andreas Waltl  
Telefon: 0151 / 240 49 786  
E-Mail: [info@germantronic.de](mailto:info@germantronic.de)

Ansprechpartner 2:

Geschäftsführender Gesellschafter Robert Jung  
Telefon: 0151 / 405 20 285  
E-Mail: [info@germantronic.de](mailto:info@germantronic.de)

Die konkret erforderlichen technischen Daten inkl. der seitens der GERMANTRONIC GmbH zur Verwendung kommenden Komponenten und Kabelverbindungen für die ordnungsgemäße Vorrüstung sind in Anlage 8 aufgeführt bzw. bei der GERMANTRONIC GmbH zu erfragen.

Die Integration des ISP in Dienstfahrzeugen ist **in allen uniformierten Fahrzeugen (Lose 1 – 4 und 7)** vorgesehen.

Eine Integration in **neutrale Fahrzeuge** ist aktuell nicht vorgesehen. Falls die Integration des ISP in den neutralen Fahrzeugen während der Vertragslaufzeit von Seiten des Auftraggebers beauftragt wird, sichert der Auftragnehmer zu, zusammen mit dem ISP-Hersteller die Integrationsmöglichkeiten zu prüfen und soweit möglich umzusetzen.





## 9. Vertragsdurchführung

### 9.1 Bestellung von Einzelfahrzeugen aus der Rahmenvereinbarung

Die Einzelfahrzeuge werden durch das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei auf Anforderung der mittelbewirtschaftenden Dienststellen i.d.R. per E-Mail bestellt. Das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei kann in Einzelfällen auch Mitarbeiter anderer Dienststellen als zuständige Ansprechpartner benennen und ermächtigen, bestimmte Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.

### 9.2 Auftragsbestätigung

Der Auftragnehmer übersendet dem Logistikzentrum der Bayerischen Polizei unverzüglich nach Erhalt der Bestellung eine Auftragsbestätigung (Schriftform oder Textform gem. § 126 b BGB ausreichend), aus der die Referenznummer des Auftraggebers und die wesentlichen Daten zur Bestellung ersichtlich sind. Die Auftragsbestätigung wird durch das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei und die bestellende Dienststelle geprüft; ggf. erforderliche Änderungen werden dem Auftragnehmer unverzüglich nach Klärung mit der bestellenden Stelle mitgeteilt und sind vom Auftragnehmer schriftlich oder in Textform zu bestätigen, bevor das bestellte Fahrzeug in die Produktion geht.

### 9.3 Lieferorte

Die Lieferung der fertiggestellten Fahrzeuge erfolgt an die vom Auftragnehmer benannte Niederlassung bzw. den Vertragshändler oder autorisierten Fachbetrieb am Sitz des zuständigen Polizeipräsidiums, des Polizeiverwaltungsamtes oder des Bayer. Landeskriminalamtes (siehe Ziff. 1.2 der Anlage 5 – Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“). Erfüllungsort ist der vom Auftraggeber bestimmte Ort der Auslieferung. Sofern dies vom Besteller gewünscht wird, können die Fahrzeuge auch unmittelbar beim Hersteller abgeholt werden.

### 9.4 Lieferfrist

Die Lieferfrist bei Selbstabholung darf **24 Wochen** nach Eingang der Bestellung beim Auftragnehmer nicht überschreiten. Im Falle der Anlieferung verlängert sich diese Frist um zwei Wochen auf **26 Wochen**. Soweit vom Auftragnehmer innerhalb dieser Ausschreibung oder in einer Auftragsbestätigung kürzere Lieferzeiten zugesichert werden, gelten diese.

### 9.5 Leasing

Sofern die in den einzelnen Losen beschriebenen Fahrzeuge im Wege des Leasings (nur Finanz-, kein Serviceleasing) beschafft werden, gelten ergänzend zu den Besonderen Vertragsbedingungen – allgemein gem. Ziff. I nicht die Besonderen Vertragsbedingungen – Kauf (BVB Kauf) gem. Ziff. II., sondern die Besonderen Vertragsbedingungen – Leasing (BVB Leasing) gem. Ziff. III.

Die Laufzeit der Einzel-Leasingverträge beträgt 36 Monate.

Die jeweilige mittelbewirtschaftende Dienststelle entscheidet aufgrund der örtlichen und einsatztaktischen Gegebenheiten selbst, welche KM-Laufleistung erforderlich ist und beauftragt wird. Die anzubietenden Varianten sind aus dem Preisblatt des jeweiligen Loses ersichtlich.



Die auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung abgeschlossenen Einzel-Leasingverträge behalten ihre Gültigkeit für die gesamte Laufzeit des Einzel-Leasingvertrages und unabhängig von der Laufzeit der Rahmenvereinbarung. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die den Einzel-Leasingverträgen zugrunde liegende Rahmenvereinbarung zwischenzeitlich, vorzeitig oder regulär, endet und/oder im Rahmen der Folgeausschreibung ein anderes Unternehmen den Zuschlag erhält. Für die Einzel-Leasingverträge gelten die Regelungen der Rahmenvereinbarung bis zum Einzelvertragsende fort.

Alle für die Abwicklung der Leasingverträge notwendigen Regelungen, die in der Vertragsunterlage noch nicht erfasst sind, werden in einer Vereinbarung zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer, ggf. unter Berücksichtigung der allgemeinen Leasingbedingungen des Leasinggebers, nach Zuschlagserteilung gesondert vereinbart.

## 10. Serviceleistungen

Neben der Lieferung der Kauf- und Leasingfahrzeuge werden von den Auftragnehmern bestimmte Serviceleistungen erwartet. Die konkreten Anforderungen ergeben sich aus Anlage 5 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“).

## 11. Leistungsbeschreibungen der Fahrzeuglose

Für jedes Fahrzeuglos sind die Anforderungen an die Fahrzeuge als eigene Dokumente beigefügt.

Leistungsbeschreibung Los 1	Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 2	SUV / Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug kompakt) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 3	Geländewagen / SUV uniformiert (PI-Fahrzeug Gelände) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 4	Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 5	Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 6	Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 7	SUV uniformiert – BEV (PI-Fahrzeug elektrisch) – Kauf und Leasing
Leistungsbeschreibung Los 8	Kompaktklasse / Mittelklasse neutral – BEV (PI/KPI-Fahrzeug) – Kauf und Leasing



## 12. Anlagen

Aufgrund der Komplexität der Ausschreibung sind die Anforderungen (weitere Leistungsbeschreibungen) als eigene Dokumente als Anlagen beigelegt.

Anlage 1	Leistungsbeschreibung Beklebung
Anlage 2	Leistungsbeschreibung Kofferraumkonzept
Anlage 3.1	Leistungsbeschreibung Sondersignalanlage <b>uniformiert</b>
Anlage 3.2	Leistungsbeschreibung Sondersignalanlage <b>neutral</b>
Anlage 4.1	Leistungsbeschreibung Digitalfunk <b>uniformiert</b>
Anlage 4.2	Leistungsbeschreibung Digitalfunk <b>neutral</b>
Anlage 5	Leistungsbeschreibung Logistik und Service
Anlage 6.1	Leistungsbeschreibung Energiemanagement <b>uniformiert Verbrenner</b>
Anlage 6.2	Leistungsbeschreibung Energiemanagement <b>uniformiert Elektrofahrzeug</b>
Anlage 7	Leistungsbeschreibung Fahrerassistenzsysteme
Anlage 8	Leistungsbeschreibung Infotainment-System-Polizei (mit 3 Anlagen)
Anlage 9	Leistungsbeschreibung IVN / CiA 447 - Gateway
Anlage 10	Leistungsbeschreibung Datenschutz und Datensicherheit
Anlage 11.1	Leistungsbeschreibung Einsatzgürtel
Anlage 11.2	Leistungsbeschreibung Maschinenpistole MP5

## 13. Preisblätter - Hinweis

Alle Preisangaben sind in den Preisblättern der Vergabestelle des jeweiligen Fahrzeugloses (gesonderte Dateien im Microsoft Excel-Format) vollständig in die farblich hinterlegten Felder einzupflegen und zusammen mit den Vergabeunterlagen hochzuladen.



# **Besondere Vertragsbedingungen**

für das offene Verfahren  
gem. § 119 Abs. 3 GWB i.V.m. § 15 Abs. 1 S. 1 VgV

zum Abschluss von Rahmenvereinbarungen

über die Belieferung der Bayerischen Polizei  
mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Stand: 27.05.2026



## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Besondere Vertragsbedingungen - allgemein.....</b>	<b>4</b>
1. Vertragsparteien.....	4
2. Vertragsgegenstand .....	4
3. Vertragsbestandteile - Rangfolge .....	4
4. Vertragslaufzeit .....	4
5. Options- und Überprüfungsklauseln .....	5
6. Ausbaubesprechung, Musterfahrzeug .....	5
7. Qualitätssicherungssystem, Güteprüfung .....	6
8. Lieferfristen, Verzug .....	7
9. Vertragsstrafen und pauschalierter Schadensersatz .....	7
10. Zulassungsfähigkeit gem. StVZO .....	8
11. Übergabe / Übernahme der Fahrzeuge .....	9
12. Abnahme.....	9
13. Gefahrenübergang .....	10
<b>II. Besondere Vertragsbedingungen – Kauf (BVB Kauf).....</b>	<b>10</b>
1. Garantie und Kulanz.....	10
2. Preise.....	10
3. Rechnungsstellung / Skonto .....	11
4. Haftung .....	12
5. Geheimhaltungsvereinbarung.....	12
6. Spezielle Sicherheitsanforderungen .....	12
7. Unterauftragnehmer .....	12
8. Arbeitsrechtliche Vorschriften .....	13
9. Verletzung gewerblicher Schutzrechte Dritter .....	13
10. Übertragung von Rechten und Pflichten .....	13
11. Vertragsänderungen und Ergänzungen.....	13
12. Abtretung von Forderungen.....	13
13. Werbeverbot.....	13
14. Kündigung der Rahmenvereinbarung.....	13
15. Gerichtsstand .....	15
16. Salvatorische Klausel .....	15
<b>III. Besondere Vertragsbedingungen Leasing (BVB Leasing).....</b>	<b>16</b>
1. Garantie und Kulanz.....	16
2. Einzel-Leasingverträge.....	16
3. Leasing-Entgelte .....	17



4.	Zahlungsplan.....	18
5.	Eigentumsverhältnisse .....	18
6.	Halter- und Anzeigepflichten .....	19
7.	Wartung und Reparatur .....	19
8.	Versicherungsschutz und Schadensabwicklung .....	20
9.	Haftung .....	20
10.	Vorzeitige Beendigung von Einzel-Leasingverträgen bei Totalschaden/Abhandenkommen/Untergang.....	21
11.	Abrechnung bei vorzeitiger Beendigung von Einzel-Leasingverträgen .....	21
12.	Rückgabe des Fahrzeugs.....	22
13.	Abrechnung bei regulärer Beendigung von Einzel-Leasingverträgen .....	22
14.	Abrechnung bei Rückgabe nach Ablauf des Einzel-Leasingvertrags (Verlängerung)...	23
15.	Abrechnung der Nebenkosten .....	24
16.	Geheimhaltungsvereinbarung.....	24
17.	Spezielle Sicherheitsanforderungen .....	24
18.	Unterauftragnehmer .....	24
19.	Arbeitsrechtliche Vorschriften .....	25
20.	Verletzung gewerblicher Schutzrechte Dritter .....	25
21.	Übertragung von Rechten und Pflichten .....	25
22.	Vertragsänderungen und Ergänzungen.....	25
23.	Abtretung von Forderungen.....	25
24.	Werbeverbot.....	25
25.	Kündigung der Rahmenvereinbarung .....	26
26.	Gerichtsstand .....	27
27.	Salvatorische Klausel .....	27



## **I. Besondere Vertragsbedingungen - allgemein**

### **1. Vertragsparteien**

Mit dem Zuschlag im Vergabeverfahren zum Abschluss von „Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)“, Az. LZBP KFZ-8010-26/001, wird eine rechtskräftige Rahmenvereinbarung zwischen dem Bieter, der den Zuschlag für das jeweilige Los erhält (**im Folgenden Auftragnehmer „AN“ genannt**), und dem Auftraggeber (siehe Allgemeine Leistungsbeschreibung, Ziff. 1, **im Folgenden Auftraggeber „AG“ genannt**) geschlossen.

### **2. Vertragsgegenstand**

Der AN verpflichtet sich, die Dienststellen der Bayerischen Polizei mit den für das zugeschlagene Los angebotenen Fahrzeugen (Kauf und Leasing) zu beliefern.

### **3. Vertragsbestandteile - Rangfolge**

**3.1** Bestandteil dieses Vertrages sind in folgender Rangfolge:

- die Leistungsbeschreibung inkl. dem Leistungskriterienkatalog, ggf. konkretisiert durch die Beantwortung von Bieterfragen zum aktuellen Stand bei Ablauf der Angebotsfrist,
- diese Besonderen Vertragsbedingungen (BVB),
- die Zusätzlichen Allgemeinen Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der Bayerischen Polizei (ZAVB) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung (beispielsweise abrufbar unter <https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Gesetze-und-Verordnungen/gesetze-und-verordnungen.html>),
- das Zuschlagsschreiben und
- das Angebot des Auftragnehmers (ggf. einschließlich der Allgemeinen Leasingbedingungen des AN).

**3.2** Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sowie sonstige Liefer-, Zahlungs- oder Vertragsbestimmungen des AN sind ausgeschlossen. Werden AGB oder sonstige Bestimmungen vom AN nach Zuschlagserteilung, beispielsweise einer Auftragsbestätigung, einem Lieferschein oder einer Rechnung beigelegt, werden diese auch dann nicht Gegenstand des Vertrages, wenn ihnen durch den Auftraggeber nicht widersprochen wird. Gleiches gilt, sofern der Auftragnehmer seine AGB oder sonstigen Bestimmungen den Angebotsunterlagen beigelegt hat.

**3.3** Dem Vertrag wird ausschließlich deutsches Recht zugrunde gelegt. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf – UN-Kaufrecht – finden keine Anwendung. Der Schriftverkehr und sämtliche Korrespondenz erfolgen in deutscher Sprache.

### **4. Vertragslaufzeit**

**4.1** Der Vertragszeitraum beginnt je Los zum 01. des auf die Zuschlagserteilung folgenden Monats, nicht jedoch vor dem 01.01.2027.



**4.2** Der Grundvertragszeitraum beträgt zwei Jahre und läuft bis zum 31.12.2028.

**4.3** Die Verträge verlängern sich automatisch um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2029 (1. Verlängerung) bzw. 31.12.2030 (2. Verlängerung), wenn sie nicht spätestens neun Monate vor Ablauf des jeweiligen Vertragsjahres von Auftraggeber oder Auftragnehmer gekündigt werden.  
Nach Ablauf der Gesamtvertragslaufzeit zum 31.12.2030 endet der Vertrag je Los automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

## **5. Options- und Überprüfungsklauseln**

Im Sinne des § 132 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GWB kann der Auftrag geändert werden, wenn das im Vergabeverfahren angebotene Fahrzeugmodell aufgrund von Modellwechseln, Modellpflegemaßnahmen o.ä. nicht mehr verfügbar ist. Der Vertrag kann dann auf ein neues verfügbares Fahrzeugmodell umgestellt werden, wenn dieses den vertraglichen Anforderungen entspricht und der AN das neue Fahrzeugmodell innerhalb von sechs Monaten nach Markteinführung des Serienfahrzeuges als Polizeifahrzeug bereitstellen kann. Der AN hat Modellwechsel, Modellpflegemaßnahmen o.ä., die zu Einschränkungen bei der Vertragserfüllung und Auftragsänderungen führen, möglichst frühzeitig schriftlich (per Post oder E-Mail) mitzuteilen. Auf Ziffer 6.1 der Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“ (Anlage 5) wird verwiesen.

Die Möglichkeit der Auftragsänderung gilt auch für Fahrzeugmodifizierungen, die auf Grund technischer Weiterentwicklungen, sicherheitsrechtlicher Optimierungen oder einsatztaktischer Anforderungen erforderlich sind.

Unbeschadet der Möglichkeit der Auftragsänderung hat der AG das Recht, bei einem Modellwechsel oder Modellmodifizierung den jeweiligen Vertrag des betroffenen Loses mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende zu kündigen; eine Pflicht zur Anerkennung und Abnahme des Modellwechsels bzw. der Modifizierung durch den AG besteht nicht.

## **6. Ausbaubesprechung, Musterfahrzeug**

**6.1** Nach Zuschlagserteilung und vor Einbau der polizeispezifischen Ausstattung in die ersten bestellten Fahrzeuge sind im Rahmen einer Ausbaubesprechung zwischen Vertretern des AG und des AN alle Details der polizeispezifischen Einbauten abzusprechen und konkret schriftlich festzulegen.

**6.2** Der AG ist berechtigt, erforderliche Änderungen, insbesondere zur Verbesserung der Funktionalität und der Sicherheit oder bei zivilen Polizeiversionen zur Optimierung der Tarnung, im Rahmen der Leistungsfähigkeit des AN zu verlangen.

Werden durch diese Änderungen die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung wesentlich geändert, kann ein neuer Preis unter Berücksichtigung der nachgewiesenen Mehr- oder Minderkosten vereinbart werden. Darüber hinaus sind auch eventuelle Auswirkungen auf die sonstigen Vertragsbedingungen, insbesondere auf die Ausführungsfristen, festzuhalten und schriftlich zu fixieren.

**6.3** Nach der Ausbaubesprechung bestellt der AG ein „Musterfahrzeug“. Die Fertigung des Musterfahrzeuges muss spätestens **12 Wochen** nach der Bestellung abgeschlossen sein.





- 6.4 Hält der AN während der Fertigung des Musterausbaus weitere Abweichungen für erforderlich oder für zweckmäßig, hat er hierfür die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.
- 6.5 Wird das Musterfahrzeug wegen festgestellter Mängel nicht abgenommen, sind diese innerhalb von 14 Tagen zu beheben. Nach Ablauf dieser Mängelbehebungsfrist beginnen die vereinbarten Lieferfristen für eingehende bzw. bereits eingegangene Bestellungen.
- 6.6 Erst nach der Fertigstellung und Abnahme des Musterfahrzeuges durch den AG sind weitere bereits bestellte Fahrzeuge in gleicher Weise mit der abgenommenen Ausstattung auszurüsten.

## **7. Qualitätssicherungssystem, Güteprüfung**

- 7.1 Der AN muss über ein Qualitätssicherungssystem verfügen. Alle Entwicklungs-, Fertigungs- und Prüfmaßnahmen sind gem. DIN EN ISO 9001 durchzuführen.
- 7.2 Der AG behält sich vor, das vom AN praktizierte Qualitätsmanagementsystem zu prüfen.
- 7.3 Der AG ist im Rahmen der Güteprüfung berechtigt, vor Ort in den Produktionsräumlichkeiten des AN die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen auch während der laufenden Produktion zu kontrollieren, in die Ausführungsunterlagen Einsicht zu nehmen und alle sonstigen erforderlichen Auskünfte zu verlangen.
- 7.4 Der AG ist berechtigt, zur Prüfung der Einhaltung der vertraglich vereinbarten technischen Forderungen chemische und physikalische Untersuchungen durch öffentliche oder öffentlich anerkannte Fachinstitute vornehmen zu lassen, wenn diese Untersuchungen nicht durch den Prüfenden mit eigenen Mitteln oder mit Mitteln des AN zweifelsfrei durchgeführt werden können. Die Kosten derartiger Untersuchungen gehen zu Lasten des AN.  
  
Für die vom AN kostenlos für die Güteprüfung zur Verfügung zu stellenden werkeigenen Prüfeinrichtungen ist – falls eine amtliche Eichbescheinigung nicht vorliegt – die Messgenauigkeit der Prüfmittel auf Verlangen des Güteprüfers nachzuweisen.
- 7.5 Die Beauftragten des AG sind bei der Güteprüfung vom AN zu unterstützen. Die Güteprüfung findet in geschlossenen, beheizbaren Gebäuden statt. Während der Güteprüfung hat der AN einen kompetenten deutschsprachigen Mitarbeiter, der über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügt, bzw. einen kompetenten Mitarbeiter mit Dolmetscher als ständigen Ansprechpartner bereitzuhalten.
- 7.6 Anstelle der Güteprüfung kann der AG ohne gesonderte Berechnung die Vorlage eines Qualitätsprüfzertifikats nach DIN 55350, Teil 18 oder einer vergleichbaren nationalen Norm vom AN verlangen.
- 7.7 Weitere Regelungen über die Güteprüfung ergeben sich aus § 12 VOL/B.



## 8. Lieferfristen, Verzug

- 8.1 Die Lieferfrist darf bei Selbstabholung durch den AG (Lieferung ab Werk) **24 Wochen** nach Eingang der Bestellung beim AN nicht überschreiten. Im Falle der Anlieferung zum Vertragshändler verlängert sich diese Frist um zwei Wochen auf **26 Wochen**.
- 8.2 Lieferverzögerungen sind dem AG unverzüglich anzuzeigen.
- 8.3 Kommt der AN mit der Bereitstellung von einzelnen Leistungen aus dem Vertrag in Verzug, ist der AG berechtigt, vom Einzelliefervertrag zurückzutreten. Der Rücktritt setzt voraus, dass der AG dem AN eine angemessene Frist zur Leistung oder Nacherfüllung gesetzt hat (§ 7 Nr. 4 VOL/B).

## 9. Vertragsstrafen und pauschalierter Schadensersatz

- 9.1 Überschreitet der AN die Lieferfristen gemäß Ziff. 8.1 um mehr als zwei Wochen, **behält sich der AG vor**, ohne vorherige Mahnung und ohne Nachweis eines Schadens durch den AG eine Vertragsstrafe **zu erheben**, wenn und soweit der AN die Verzögerung zu vertreten hat. Die Vertragsstrafe wird in vollendeten Wochen bemessen; sie beträgt für jede vollendete Woche 0,5 v.H. des Netto-Kaufpreises bzw. bei Leasing der Netto-Gesamtleasingraten über 36 Monate. Die Vertragsstrafe pro Fahrzeug beträgt höchstens 5 % der Nettoauftragssumme des jeweiligen Fahrzeugs. Die Summe aller Vertragsstrafen beträgt höchstens 5 % der Nettoauftragssumme der bis zum Zeitpunkt der Verwirkung abgerufenen Fahrzeuge.
- 9.2 Der AG kann bei Leasingfahrzeugen auf die Geltendmachung einer Vertragsstrafe wegen Lieferverzögerung verzichten, wenn das Vorgänger-Leasingfahrzeug während des Zeitraums der Lieferverzögerung weitergefahren werden kann (siehe Ziff. III.14.3 BVB Leasing) und die Garantieansprüche solange fortgelten.
- 9.3 Die Berechnung der Vertragsstrafe erfolgt schriftlich oder in Textform gem. § 126b BGB.
- 9.4 Die Vertragsstrafe ist dem AG innerhalb von 30 Kalendertagen zu leisten. Der AG ist zur Aufrechnung gegen fällige Zahlungsansprüche des AN berechtigt.
- 9.5 Bei Verzug der Nacherfüllung oder bei Verzug von Garantieansprüchen um mehr als zwei Wochen **behält sich der AG vor**, ohne vorherige Mahnung und ohne Nachweis eines Schadens durch den AG eine Vertragsstrafe **zu erheben**, wenn und soweit der AN den Verzug zu vertreten hat und der AG das Fahrzeug insgesamt nicht nutzen kann. Die Vertragsstrafe wird in vollendeten Wochen bemessen; sie beträgt für jede vollendete Woche 0,5 v.H. des Netto-Kaufpreises bzw. bei Leasing der Netto-Gesamtleasingraten über 36 Monate. Die Vertragsstrafe pro Fahrzeug beträgt höchstens 5 % der Nettoauftragssumme des jeweiligen Fahrzeugs. Die Summe aller Vertragsstrafen beträgt höchstens 5 % der Nettoauftragssumme der bis zum Zeitpunkt der Verwirkung abgerufenen Fahrzeuge.
- 9.6 Das Einfordern von Vertragsstrafen lässt etwaige Schadensersatzansprüche und sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche unberührt. Insbesondere kann der AG die Erstattung von nachgewiesenen, durch Liefer- und Leistungsstörungen entstandenen Mehrkosten und zusätzlichen Aufwendungen, die über die vereinbarten Vertragsstrafen hinausgehen, verlangen. Verwirkte Vertragsstrafen nach Ziff. 9.1 werden auf Schadensersatzansprüche wegen Lieferverzug angerechnet. Verwirkte



Vertragsstrafen nach Ziff. 9.5 werden auf Schadensersatzansprüche wegen Verzug der Mangelbeseitigung bzw. wegen Verzug von Garantieansprüchen angerechnet.

- 9.7** Die Verpflichtung zur Zahlung der Vertragsstrafe besteht auch dann, wenn sich der AG seinen Anspruch bei Abnahme der verspäteten Lieferung oder Leistung nicht ausdrücklich vorbehält. Der Auftraggeber kann Ansprüche aus verwirkter Vertragsstrafe bis zur Schlusszahlung geltend machen. Schlusszahlung ist die letzte zu leistende Zahlung aus dieser Rahmenvereinbarung. Die §§ 194 ff. BGB bleiben davon unberührt.

**9.8 Pauschalierter Schadensersatz**

Wenn sich der AN mehr als zwei Wochen im Lieferverzug befindet kann der AG – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz des Verzugsschadens verlangen. Der Nutzungsausfallschaden je vollendeter Verzugswoche beträgt dann  $\frac{1}{4}$  der monatlichen Netto-Leasingrate eines vergleichbaren Fahrzeugs gemäß Preisblatt. Dem AG bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem AN bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Insgesamt ist der pauschalierte Schadensersatz je Fahrzeug wegen Lieferverzugs auf drei monatliche Netto-Leasingraten eines vergleichbaren Fahrzeugs gemäß Preisblatt begrenzt. Die Summe aller pauschalierten Schadensersatzforderungen beträgt höchstens 5 % der Nettoauftragssumme der bis zum Zeitpunkt der Geltendmachung abgerufenen Fahrzeuge.

Wenn sich der AN mehr als zwei Wochen im Verzug der Nacherfüllung oder im Verzug von Garantieansprüchen befindet und der AG das Fahrzeug insgesamt nicht nutzen kann, kann der AG – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz des Verzugsschadens verlangen. Der Nutzungsausfallschaden je vollendeter Verzugswoche beträgt dann  $\frac{1}{4}$  der monatlichen Netto-Leasingrate eines vergleichbaren Fahrzeugs gemäß Preisblatt. Dem AG bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem AN bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Insgesamt ist der pauschalierte Schadensersatz je Fahrzeug wegen Verzug der Nacherfüllung bzw. Verzug von Garantieansprüchen auf drei monatliche Netto-Leasingraten eines vergleichbaren Fahrzeugs gemäß Preisblatt begrenzt. Die Summe aller pauschalierten Schadensersatzforderungen beträgt höchstens 5 % der Nettoauftragssumme der bis zum Zeitpunkt der Geltendmachung abgerufenen Fahrzeuge.

- 9.9** Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

**10. Zulassungsfähigkeit gem. StVZO**

- 10.1** Alle Fahrzeuge sind der Bayerischen Polizei für den deutschen Straßenverkehr zulassungsfähig zu übergeben.



- 10.2** Ist für die angebotenen Fahrzeuge die Erteilung einer „Betriebserlaubnis für Einzelfahrzeuge“ erforderlich, hat der AN zu seinen Lasten das nach der StVZO erforderliche Gutachten erstellen zu lassen.
- 10.3** Die für die Fahrzeugzulassung erforderlichen Unterlagen, insbesondere die Zulassungsbescheinigung Teil II, sind spätestens zwei Wochen vor der Fahrzeugübernahme an das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei, Kfz-Beschaffung, Ernst-Reuter-Straße 119, 95030 Hof zu übersenden.

## **11. Übergabe / Übernahme der Fahrzeuge**

- 11.1** Die Fahrzeuge sind an die gem. Ziff. 1.2 der Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“ (Anlage 5) festgelegten Erfüllungsorte zu liefern. Auf Wunsch der bestellenden Dienststelle kann die Fahrzeugübernahme auch ab Werk erfolgen. Die Einzelheiten regelt der erteilte Einzelauftrag.
- 11.2** Die Kennzeichenschilder werden der Niederlassung / dem Vertragshändler / autorisierten Servicebetrieb (siehe Ziff. 1.2 der Anlage 5 - Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) vom AG beigestellt und müssen von diesem kostenlos montiert werden. Der AN stellt sicher, dass die Fahrzeuge nach Montage der Kennzeichenschilder und vor der Übergabe an den AG nicht im öffentlichen Straßenverkehr geführt werden.

## **12. Abnahme**

- 12.1** Im Regelfall findet die Abnahme der Fahrzeuge gemeinsam des AG und des AN bei der Übergabe (siehe Ziff. 11.1) statt. **Im Rahmen der Abnahme wird ein Abnahmeprotokoll erstellt, in dem die bei der Abnahme festgestellten Mängel aufgeführt werden. Der AG behält sich für diese Mängel sämtliche Rechte vor. Das Protokoll ist von den Vertretern beider Parteien zu unterzeichnen.**
- 12.2** Bei der Abnahme festgestellte Mängel beseitigt der AN unverzüglich auf eigene Kosten.
- 12.3** Für den Fall, dass eine Güteprüfung gem. Ziff. 7 dieser BVB – allgemein durchgeführt wird und das Fahrzeug nach abgeschlossener Güteprüfung an den Auftraggeber übergeben wird, erfolgt in diesem Zusammenhang zugleich die Abnahme des Fahrzeugs. Ziff. 12.1 S. 2 – 3 und Ziff. 12.2 gelten entsprechend.  
Die Bereitstellung der Fahrzeuge zur Abnahme ist dem AG unter Angabe der Stückzahl spätestens vier Wochen im Voraus schriftlich oder in Textform gem. § 126 b BGB anzuzeigen.
- 12.4** Nimmt der AG die Leistung wegen festgestellter Mängel nicht ab, so gilt die Lieferung als nicht bewirkt.
- 12.5** Die Beauftragten des AG sind bei der Abnahme vom AN zu unterstützen. Die Abnahme findet in geschlossenen, beheizbaren Gebäuden statt. Während der Abnahme hat der AN einen kompetenten deutschsprachigen Mitarbeiter, der über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügt, bzw. einen kompetenten Mitarbeiter mit Dolmetscher als ständigen Ansprechpartner bereitzuhalten.



### **13. Gefahrenübergang**

Die Gefahr des zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Verschlechterung geht mit der Abnahme des Fahrzeugs auf den AG über.

## **II. Besondere Vertragsbedingungen – Kauf (BVB Kauf)**

### **1. Garantie und Kulanz**

- 1.1** Der Auftragnehmer gewährt auf jedes einzelne Fahrzeug inklusive der verbauten polizeispezifischen Ausstattung für die Dauer von 24 Monaten ab Übernahme des Fahrzeuges eine über die gesetzliche Gewährleistung hinausgehende Garantie für die in den Leistungsbeschreibungen geforderte Beschaffenheit und die Mängelfreiheit des Fahrzeugs und dafür, dass das Fahrzeug für diese Dauer die zugesicherte Beschaffenheit und Mängelfreiheit behält. Der Auftragnehmer trägt innerhalb der Garantiefrist alle erforderlichen Aufwendungen, die im Falle auftretender Mängel zu deren Beseitigung erforderlich sind. Verschleißteile sind von dieser Regelung ausgenommen. Die Abwicklung von Garantieansprüchen erfolgt analog §§ 437 ff. BGB.
- 1.2** Darüber hinaus gelten die im Angebot des AN in Anlage 5 unter Ziffer 5.2 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) zugesicherten zusätzlichen Gewährleistungs-, Garantie- und Kulanzleistungen für die Fahrzeuge.
- 1.3** Gewährleistungs-, Garantie- und Kulanzansprüche können bei jeder Niederlassung/Vertragswerkstatt bzw. Servicestandort des AN angemeldet und abgewickelt werden.
- 1.4** Werden die allgemeinen Gewährleistungs-, Garantie- und Kulanzleistungen des AN während der Vertragslaufzeit über die vereinbarte Regelung hinaus erweitert, so werden diese auf die bestehenden Einzelverträge übertragen.

### **2. Preise**

- 2.1** Als Vergütung für die Leistungen, die der AN im Rahmen dieses Vertrages zu erbringen hat, zahlt der AG dem AN die im Preisblatt des jeweiligen Loses festgelegten Preise.
- 2.2** Die vereinbarten Preise enthalten die Kosten für Verpackung, Steuern, Zölle, Mautgebühren und sonstige Abgaben. Es handelt sich um Netto-Einzelpreise in Euro. Anfallende Transport-/Überführungskosten sind in der Rechnung gesondert auszuweisen. Die Mehrwertsteuer ist in der am Tag der Rechnungsstellung gesetzlich vorgegebenen Höhe am Ende der Rechnung hinzuzufügen.
- 2.3** Alle Preise sind Festpreise, die während der Grundvertragslaufzeit mindestens für zwölf Monate gelten; dies gilt auch bei absehbaren Modellwechseln oder Modellpflegemaßnahmen.
- 2.4** Nach Ablauf der Festpreisbindung ist der AN jederzeit berechtigt, eine angemessene und marktübliche Preisanpassung zu beantragen. Der Antrag ist dem AG mindestens drei Monate vor dem beabsichtigten Anpassungstermin mitzuteilen. Die Preisanpassung kann durch den Auftragnehmer im Hinblick auf nachweisbare Kostensteigerungen vorgenommen werden; weitere Anpassungen sind frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Anpassung möglich.



- 2.5** Die Preisanpassung ist unter Angabe der konkreten Gründe (z.B. erhöhte Lohn- und Materialkosten), Berechnungsgrundlagen und Nachweise für die Kostensteigerungen mindestens drei Monate vor dem beabsichtigten Wirksamwerden der Preisanpassung gegenüber dem Auftraggeber anzuzeigen.
- 2.6** Stimmt der AG der beabsichtigten Preiserhöhung zu, wird diese zum beantragten Anpassungstermin wirksam. Stimmt der AG der beabsichtigten Preiserhöhung nicht zu, kann der AN die Rahmenvereinbarung für das betreffende Los mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende kündigen; die bisherigen Preise gelten in diesem Falle bis zur Beendigung der Rahmenvereinbarung fort.
- 2.7** Sofern eine geltend gemachte Preiserhöhung auf einem Modellwechsel oder Modellpfllegemaßnahmen beruht, muss mindestens der Rabattsatz, der auf das bisherige Modell gewährt wurde, eingeräumt und nachgewiesen werden.
- 2.8** Preisminderungen sind im gleichen Umfang an den AG weiterzugeben.

### **3. Rechnungsstellung / Skonto**

- 3.1** Pro Fahrzeug ist eine Rechnung zu erstellen und per E-Mail (im pdf-Format) an das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei zu übersenden (E-Mail-Adresse: [bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de](mailto:bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de)). Die Rechnung muss die Referenznummer des AG sowie die Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN) enthalten und wie folgt gegliedert sein.

- a) Gesamtpreis für das Fahrzeug;
- b) Preis für die Überführung/Transport (soweit vorgesehen);
- c) Zwischensumme: Preis für das Gesamtfahrzeug (netto);
- d) Mehrwertsteuer;
- e) Gesamtpreis (brutto);
- f) ggf. abzüglich Skonto.

Bei uniformierten Fahrzeugen ist der Preis für die ISP-Vorrüstung gem. Anlage 8 separat in der Rechnung auszuweisen.

Bezüglich der Mindestangaben auf der Rechnung wird auf ZAVB Ziffer 14 und 18 verwiesen.

Gemäß ZAVB Ziffer 18 werden E-Rechnungen akzeptiert. Die dafür erforderlichen Daten (E-Mail-Adressen, LeitwegID etc.) werden dem AN auf Wunsch mitgeteilt. Sofern die Rechnungsstellung elektronisch erfolgt, dürfen keinesfalls zusätzliche Papierrechnungen ausgestellt werden.

Die Rechnungsstellung von Seiten des AN darf nur von einer Anschrift erfolgen, auch wenn verschiedene Filialen für die Auslieferung zuständig sein sollten.

- 3.2** Die Zahlungsfrist beträgt grundsätzlich 30 Tage. Die Zahlungsfrist für die Inanspruchnahme vereinbarter Skonti (Skontofrist) beträgt mindestens 21 Tage. Die Zahlungs- und Skontofrist beginnen mit dem Eingang der ordnungsgemäßen, prüf-  
baren Rechnung, frühestens jedoch mit Ablauf des Tages, an dem alle die Zahlung begründenden Voraussetzungen (ordnungsgemäße Lieferung und/oder Abnahme) vorliegen.





#### **4. Haftung**

- 4.1** Der AN haftet für Personen-, Sach- und Vermögensschäden sowie für sonstige Schäden, einschließlich Mangelfolgeschäden, die dem AG oder Dritten entstehen, soweit der AN oder seine Erfüllungsgehilfen sie zu vertreten haben.
- 4.2** Bietergemeinschaften haften dem AG gesamtschuldnerisch mit einem bevollmächtigten Vertreter.
- 4.3** Der AN ist verpflichtet, die in der Eigenerklärung als Bestandteil der Vergabeunterlagen bestätigte(n) Versicherung(en) nach ggf. vorgegebener Art, Höhe und Umfang abzuschließen, für die Dauer des Vertrages aufrecht zu erhalten und auf Verlangen dem AG vorzulegen.

#### **5. Geheimhaltungsvereinbarung**

Es gilt die den Vergabeunterlagen beiliegende Geheimhaltungsvereinbarung.

#### **6. Spezielle Sicherheitsanforderungen**

- 6.1** Soweit der AN Leistungen an Fahrzeugen der Bayer. Polizei erbringt, hat er nur zuverlässiges Personal mit der Auftragsdurchführung und Leistungserfüllung zu betrauen. Der AG behält sich vor, das mit der Auftragsabwicklung befasste Personal einer polizeilichen Überprüfung zu unterziehen. Der AN verpflichtet sich, Personen nicht einzusetzen, die der AG nach polizeilicher Überprüfung aus Sicherheitsgründen ablehnt.
- 6.2** Bei Werkstattaufenthalten ist sicherzustellen, dass
- die Fahrzeuge dem Zugriff unberechtigter Personen entzogen sind und insbesondere außerhalb der Betriebszeiten in verschlossenen Räumen aufbewahrt werden;
  - Überprüfungsfahrten von Polizeifahrzeugen auf ein unumgänglich notwendiges Maß beschränkt werden;
  - die Funktionsfähigkeit der polizeispezifischen Sonderausstattung (insbesondere der Sondersignalanlage) ausschließlich auf dem Betriebsgelände des AN oder seiner Niederlassungen/Vertragswerkstätten festgestellt wird.

#### **7. Unterauftragnehmer**

- 7.1** Die Übertragung von Verpflichtungen aus diesem Vertrag an Unterauftragnehmer bedarf der vorherigen Zustimmung des AG. Für den Unterauftragnehmer gelten dann die gleichen Bedingungen wie für den AN; dies gilt insbesondere für die in Ziff. II.6 und III.17 genannten Sicherheitsanforderungen.
- 7.2** Die Unterauftragnehmer müssen die gewerbe- und handwerksrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung des zu vergebenden Auftrages erfüllen.
- 7.3** Werden Aufträge zum Einbau von polizeispezifischen Ausstattungsgegenständen an externe Unternehmer vergeben, ist zuvor die Zustimmung des AG einzuholen.



## **8. Arbeitsrechtliche Vorschriften**

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Insbesondere hat er

- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a ACIG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie
- gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen.

## **9. Verletzung gewerblicher Schutzrechte Dritter**

**9.1** Der AN stellt sicher, dass seine Leistungen nicht gegen gewerbliche Schutzrechte verstoßen.

**9.2** Der AN stellt den AG von Ansprüchen Dritter aus etwaigen Verletzungen gewerblicher Schutzrechte frei und trägt die Kosten, die dem AG in diesem Zusammenhang entstehen.

## **10. Übertragung von Rechten und Pflichten**

Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag dürfen ohne Zustimmung der Vertragsparteien nicht auf Dritte übertragen werden, es sei denn, dies ist in diesem Vertrag ausdrücklich zugelassen.

## **11. Vertragsänderungen und Ergänzungen**

Vertragsänderungen und Ergänzungen, die Aufhebung und Kündigung der Rahmenvereinbarung sowie Zusatz- und Nachtragsaufträge sowie Abweichungen von einzelnen Aufträgen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform gemäß den Vorgaben des § 126 BGB oder der Textform gemäß § 126b BGB. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

## **12. Abtretung von Forderungen**

Die Abtretung von Forderungen des AN bedarf der schriftlichen Zustimmung des AG.

## **13. Werbeverbot**

Öffentliche Werbung, die auf einem Vertragsverhältnis mit dem AG beruht, bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung (vorherige Zustimmung) des AG. Eine erteilte Einwilligung kann vom AG jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückgenommen werden.

## **14. Kündigung der Rahmenvereinbarung**

Der AG kann die Rahmenvereinbarung aus einem wichtigen Grund mit sofortiger Wirkung kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn





- a) der AN seine Pflicht zur Verschwiegenheit oder eine auferlegte Verpflichtung zur Geheimhaltung von Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit dem erteilten Auftrag bekannt geworden sind, verletzt;
- b) der AN mit anderen Bietern zum Nachteil des AG eine gegen die guten Sitten verstoßende Abrede zur Erzielung eines unangemessen hohen Preises getroffen hat;
- c) die Angebotsabgabe auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen i.S.v. § 298 StGB (Strafgesetzbuch) oder einer sonst unzulässigen, wettbewerbsbeschränkenden Abrede i.S.v. § 42 Abs. 1 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 VgV beruht oder eine Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegt;
- d) der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, oder einem Amtsträger oder sonst einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt (§§ 331 ff. StGB), unabhängig davon, ob dadurch eine Dienstpflicht verletzt wurde (Bestechung, § 334 StGB) oder nicht (Vorteilsannahme, § 331 StGB) oder ein solches Handeln versucht wurde. Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind;
- e) sich Tatsachen ergeben, dass zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung Ausschlussgründe nach § 31 UVgO, § 123 GWB und/oder § 124 GWB vorlagen oder wesentliche Vergabe- oder Vertragsbedingungen nicht erfüllt waren und dies nach den Vergabebestimmungen zu einem Angebotsausschluss geführt hätte oder hätte führen können und gleichzeitig ein weiteres Festhalten am Vertrag für den AG nicht zumutbar ist;
- f) sich herausstellt, dass der AN vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Erklärung im Angebot oder im Vergabeverfahren abgegeben hat und dadurch das Vertrauensverhältnis zum AG zerrüttet ist;
- g) über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder sonstige Maßnahmen des § 8 Nr.1 VOL/B eingeleitet werden;
- i) sich die unmittelbare oder mittelbare Eigentümerstruktur des AN ändert und hierdurch die Sicherheitsinteressen des AG beeinträchtigt werden oder der Vertragsgegenstand neu ausgeschrieben werden müsste;
- j) der AN die für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei erforderliche Zuverlässigkeit nicht mehr besitzt;
- k) der AN andere als im Ausschreibungsverfahren angegebene oder durch den AG genehmigte Unterauftragnehmer einsetzt;
- l) für den AG die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des AN oder seiner Beauftragten liegenden Gründe unzumutbar ist;
- m) Dienstfahrzeuge fortlaufend und trotz schriftlicher Abmahnung bzw. Fristsetzung nicht die vertragsgemäß vereinbarte Qualität, die zugesicherte Beschaffenheit oder garantierten Eigenschaften bieten oder sonstige Mängel aufweisen oder nicht termingerecht geliefert werden;



- n) der Auftragnehmer die laut Vertragsunterlagen zugesicherten allgemeinen Serviceleistungen trotz wiederholter schriftlicher Mahnung und Terminsetzung nicht vertragsgemäß oder termingerecht erbringt;
- o) der AN bei Modellwechseln nicht innerhalb von sechs Monaten nach Einführung des neuen Serienfahrzeuges auf dem Markt eine neue Polizeiversion entsprechend den Anforderungen des AG zur Abnahme bereitstellen kann.

Das Kündigungsrecht des AG kann sich auch auf einzelne Lose beschränken.

## **15. Gerichtsstand**

Für alle Rechtsstreitigkeiten aus diesem Vertrag ist das Gericht zuständig, in dessen Bereich der AG bzw. dessen prozessberechtigte Behörde ihren Sitz hat.

## **16. Salvatorische Klausel**

**16.1** Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Vertragsparteien sind gehalten, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

**16.2** Sollte die Rahmenvereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit der vergebenen Einzelaufträge nicht. Soweit zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wird, unterliegen diese, den in der Rahmenvereinbarung geregelten Vertragsbedingungen.



### **III. Besondere Vertragsbedingungen Leasing (BVB Leasing)**

Nachfolgende Besondere Vertragsbedingungen Leasing regeln die rechtskräftige Rahmenvereinbarung zwischen dem Auftragnehmer (**im Folgenden Leasinggeber „LG“ genannt**) und dem Auftraggeber (**im Folgenden Leasingnehmer „LN“ genannt**).

#### **1. Garantie und Kulanz**

- 1.1** Soweit LG und Fahrzeughersteller auseinanderfallen, tritt der LG sämtliche Garantie- und Kulanzansprüche, die diesem gegenüber dem Fahrzeughersteller zustehen, an den LN ab. Der LN nimmt die Abtretung an und verpflichtet sich, die Ansprüche in diesem Falle in eigenem Namen geltend zu machen.
- 1.2** Gehören LG und Fahrzeughersteller einer Firmengruppe / demselben Konzern an, erfolgt die Abwicklung von Garantie- und Kulanzansprüchen unmittelbar durch den LG bzw. den von ihm beauftragten Fahrzeughersteller.
- 1.3** Der LG bzw. der von ihm beauftragte Fahrzeughersteller gewährt auf jedes einzelne Fahrzeug inklusive der verbauten polizeispezifischen Ausstattung für die Dauer von **36 Monaten** ab Übernahme des Fahrzeuges eine über die gesetzliche Gewährleistung hinausgehende Garantie für die in den Leistungsbeschreibungen geforderte Beschaffenheit und die Mängelfreiheit des Fahrzeugs und dafür, dass das Fahrzeug für diese Dauer die zugesicherte Beschaffenheit und Mängelfreiheit behält. Er trägt innerhalb der Garantiefrist alle erforderlichen Aufwendungen, die im Falle auftretender Mängel zu deren Beseitigung erforderlich sind. Verschleißteile sind von dieser Regelung ausgenommen.
- 1.4** Darüber hinaus gilt die im Angebot des LG in Anlage 5, Ziffer 5.1 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) zugesicherte Garantieverlängerung bei Lieferverzögerungen.
- 1.5** Gewährleistungs-, Garantie- und Kulanzansprüche können bei jeder Niederlassung / Vertragswerkstatt des LG bzw. des von ihm beauftragten Fahrzeugherstellers angemeldet und abgewickelt werden.
- 1.6** Werden die allgemeinen Gewährleistungs-, Garantie- und Kulanzleistungen des Fahrzeugherstellers während der Vertragslaufzeit über die vereinbarte Regelung hinaus erweitert, so werden diese Erweiterungen auf die bestehenden Einzelverträge übertragen.

#### **2. Einzel-Leasingverträge**

- 2.1** Der LG erstellt für jede einzelne Fahrzeugbestellung auf der Grundlage der einzelnen Rahmenvereinbarungen einen Leasingvertrag, aus dem die vereinbarte Kilometerlaufleistung, der Beginn und das Ende der Leasingzeit, gesondert abzurechnende Nebenkosten sowie die Höhe der monatlichen Leasingrate ersichtlich sind. Darüber hinaus enthält der Einzel-Leasingvertrag den Fahrzeugtyp, die Referenznummer des LN, die Leasing -Vertragsnummer, das amtl. Kennzeichen, die Fahrzeugidentifikationsnummer (FIN) sowie die Sätze für Mehrkilometer bei Überschreitung der vereinbarten Kilometerlaufleistung gemäß der zugrunde liegenden Rahmenvereinbarung. Bei uniformierten Fahrzeugen ist die monatliche Leasingrate für die ISP-Vorrüstung gem. Anlage 8 separat auszuweisen.



- 2.2 Die Einzel-Leasingverträge werden jeweils für 36 Monate zu festen Leasingraten abgeschlossen. Die Leasingzeit beginnt mit dem Tag der Übergabe des Fahrzeuges an den Beauftragten des LN (Datum des Übernahmeprotokolls) und endet mit der Rückgabe an den LG.
- 2.3 Die vereinbarte jährliche Laufleistung beträgt – abhängig von den Angaben in der jeweiligen Bestellung – zwischen 10.000 und 80.000 Kilometer.
- 2.4 Ist innerhalb des ersten Vertragsjahres abzusehen, dass die Gesamtfahrleistung eines Vertrages erheblich über- oder unterschritten wird, ist der LN berechtigt, die jährliche Gesamtfahrleistung und die Leasingrate anzupassen.
- 2.5 Die Einzel-Leasingverträge sind per E-Mail direkt an das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei zu übersenden (E-Mail-Adresse: [bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de](mailto:bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de)) und werden vom Logistikzentrum der Bayerischen Polizei an die Dienststellen, die die Fahrzeuge tatsächlich nutzen, weitergeleitet.

### 3. Leasing-Entgelte

- 3.1 Die Leasingraten und die ggf. vereinbarte Mehr-/Minderkilometerberechnung sind Gegenleistung für die Gebrauchsüberlassung des Fahrzeuges. Die Leasingraten beinhalten auch die Nebenkosten (insbesondere die Kosten der Rückrüstung und der Rückführung, zu versichernde Risiken (z. B. Unterdeckungsschutz), den Versand der Zulassungsbescheinigung Teil II sowie Aufwendungen für Gebühren und Abgaben). Die Überführungskosten an den Erfüllungsort werden grundsätzlich zu Vertragsbeginn in einer Summe entrichtet.
- 3.2 Die Leasingraten sind Festpreise, die für alle während der ersten zwölf Monate in der Grundvertragslaufzeit geschlossenen Einzel-Leasingverträge gelten; dies gilt auch bei absehbaren Modellwechseln oder Modellpflegemaßnahmen. Grundlage für die Berechnung der Leasingraten ist der Basiswert. Dieser ergibt sich aus dem Kaufpreis der Fahrzeuge und ihrem kalkulierten Restwert (siehe Preisblatt des jeweiligen Loses).
- 3.3 Nach Ablauf der Festpreisbindung ist der LG jederzeit berechtigt, eine angemessene und marktübliche Anpassung der Leasingraten für zukünftige Einzel-Leasingverträge zu beantragen. Der Antrag ist dem LN mindestens drei Monate vor dem beabsichtigten Anpassungstermin mitzuteilen.
- 3.4 Stimmt der LN der beabsichtigten Preiserhöhung zu, wird diese zum beantragten Anpassungstermin wirksam. Stimmt der LN der beabsichtigten Preiserhöhung nicht zu, kann er die Rahmenvereinbarung für das betreffende Los mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende kündigen; die bisherigen Preise gelten in diesem Falle bis zur Beendigung der Rahmenvereinbarung fort.
- 3.5 Zwischen LN und LG vereinbarte Preisanpassungen haben jeweils Gültigkeit für mindestens 12 Monate und sind bindend für alle in diesem Zeitraum abgeschlossenen Einzel-Leasingverträge. Die Leasingraten bereits vor der Preisanpassung abgeschlossener Einzel-Leasingverträge erhöhen sich nicht.
- 3.6 Die Erhöhung der Leasingraten künftiger Einzelleasingverträge ist aus folgenden Gründen zulässig:



- Der Fahrzeughersteller erhöht in rechtlich zulässiger Weise den allgemeinen Verkaufspreis für das Kraftfahrzeug und dadurch verändern sich die Anschaffungskosten des LG.
- Sofern eine geltend gemachte Preiserhöhung auf einem Modellwechsel oder Modellpflegemaßnahmen beruht, muss mindestens der Rabattsatz, der auf das bisherige Modell gewährt wurde, eingeräumt und nachgewiesen werden. Preis-minderungen sind im gleichen Umfang an den LN weiterzugeben.
- Die Restwertentwicklung des Kraftfahrzeugs hat sich ausgehend vom allgemeinen Verkaufspreis verändert.  
Zur Begründung ist ein geeigneter Nachweis über die Restwerte vorzulegen (Schwacke-Liste, DAT oder vergleichbar).
- Das Zinsniveau ändert sich gegenüber dem Referenzwert.  
Zur Begründung ist ein geeigneter Nachweis über das Zinsniveau vorzulegen (z.B. Euribor oder vergleichbar).

Die Preisanpassung kann durch den Leasinggeber im Hinblick auf nachweisbare Kostensteigerungen vorgenommen werden; weitere Anpassungen sind frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Anpassung möglich. Der Leasinggeber legt auf Anforderung des Leasingnehmers die Kalkulation sowie die Nachweise offen.

#### **4. Zahlungsplan**

- 4.1** Mit dem im Einzel-Leasingvertrag ausgewiesenen Laufzeitbeginn wird ein Zahlungsplan für das jeweilige Fahrzeug über die gesamte vereinbarte Laufzeit von 36 Monaten erstellt. Dieser enthält eine Aufstellung der anfallenden Leasingzahlungen und die reguläre monatliche Leasingrate.
- 4.2** Die Zahlungspläne sind möglichst zusammen mit den Einzel-Leasingverträgen per E-Mail direkt an das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei (E-Mail-Adresse: [bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de](mailto:bpp.hof.lzbp.kfz@polizei.bayern.de)) zu übersenden und werden vom Logistikzentrum der Bayerischen Polizei an die Dienststellen, die die Fahrzeuge tatsächlich nutzen, weitergeleitet.
- 4.3** Die erste (Teil-)Leasingrate und die darauffolgende Monatsrate werden innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Zahlungsplans fällig. Die weiteren Leasingraten sind jeweils am Monatsersten im Voraus fällig.

#### **5. Eigentumsverhältnisse**

- 5.1** Der LG ist und bleibt während der Leasingzeit Eigentümer der Fahrzeuge. Er ist damit berechtigt, in Abstimmung mit dem LN die Fahrzeuge zu besichtigen und auf ihren Zustand zu überprüfen. Der LN darf die Fahrzeuge weder verkaufen, verpfänden, verschenken, vermieten, verleihen oder zur Sicherung übereignen. Die Nutzung der Fahrzeuge durch Beschäftigte der Bayerischen Polizei für den dienstlichen Gebrauch ist wesentlicher Inhalt dieses Vertrages und somit ausdrücklich erlaubt.



**5.2** Der LN hält die Fahrzeuge von Rechten Dritter frei. Bei Geltendmachung von Ansprüchen Dritter in Bezug auf ein Fahrzeug, bei Entwendung, Beschädigung oder Verlust wird der LG unverzüglich benachrichtigt.

**5.3** Nachträgliche Änderungen, zusätzliche Einbauten sowie Lackierungen und Beschriftungen an einem Fahrzeug sind im Verhältnis des LN zum LG vorab mitteilungs- und zustimmungspflichtig. Der LG wird seine Zustimmung nicht unbillig verweigern.

Die Zustimmung ist nicht erforderlich für die sich aus den Leistungsbeschreibungen ergebenden polizeispezifischen Ausstattungen.

**5.4** Der LN ist Halter der Fahrzeuge. Die Fahrzeuge werden auf die jeweils nutzenden Polizeidienststellen zugelassen. Die Zulassungsbescheinigungen Teil II werden vom LN verwahrt.

## **6. Halter- und Anzeigepflichten**

**6.1** Der LN verpflichtet sich, alle sich aus dem Betrieb und der Haltung des Fahrzeugs ergebenden gesetzlichen Verpflichtungen, insbesondere die termingerechte Vorführung zu Untersuchungen, zu erfüllen. Er trägt sämtliche Aufwendungen, die mit dem Betrieb und der Haltung des Fahrzeuges verbunden sind; dies gilt auch für die Kosten für Wartungsarbeiten, die gemäß Betriebsanleitung bis zum Ende der Leasingzeit des Einzel-Leasingvertrages anfallen.

**6.2** Der LN sorgt dafür, dass die Fahrzeuge nach den Vorgaben des Fahrzeugherstellers behandelt werden. Die Fahrzeuge sind unter Berücksichtigung und im Rahmen des vorgesehenen Verwendungszweckes schonend zu behandeln. Der in den Vertragsunterlagen bestimmte Gebrauch als Einsatzfahrzeug der Bayerischen Polizei wird vom LG als sachgemäße Behandlung ausdrücklich anerkannt.

**6.3** Der LN ist berechtigt, die Fahrzeuge im Bedarfsfall auch im angrenzenden Ausland und in allen Staaten der Europäischen Union zu nutzen. Eine gesonderte Anzeigepflicht besteht hierfür nicht.

## **7. Wartung und Reparatur**

**7.1** Der LN verpflichtet sich, erforderliche Reparaturen unverzüglich und Inspektionen/Wartungen pünktlich vorzunehmen, sofern Ziff. 8 keine anderweitigen Regelungen enthält. Die genannten Arbeiten erfolgen grundsätzlich durch die vom LG gemäß Anlage 5 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) legitimierten Polizeiwerkstätten oder durch einen vom LG bzw. dem von ihm beauftragten Fahrzeughersteller anerkannten Betrieb (Niederlassung/Vertragswerkstatt/Servicestandort). Wartungs- und Reparaturarbeiten können auch von im Rahmen von Ausschreibungen der Bayerischen Polizei ermittelten Freien Werkstätten durchgeführt werden, die Gewähr für die Durchführung von Reparatur- und Wartungsarbeiten nach den Vorgaben des Fahrzeugherstellers bieten.

**7.2** In Notfällen können, falls die Hilfe eines vom LG bzw. vom beauftragten Fahrzeughersteller anerkannten oder legitimierten Betriebes nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten erreichbar ist, Reparaturen in einem anderen Kraftfahrzeug-Reparaturbetrieb, der die Gewähr für sorgfältige handwerksmäßige Arbeit bietet, oder durch einen vom LN beauftragten Pannenhilfsdienst ohne Minderung der Garantie- und Kulanzansprüche durchgeführt werden.





## **8. Versicherungsschutz und Schadensabwicklung**

- 8.1** Der LN tritt als Selbstversicherer i. S. d. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Pflichtversicherungsgesetz (PflVG) auf; der LG verzichtet daher auf den Abschluss von Versicherungen für die geleaste Fahrzeuge.
- 8.2** Der LN trägt Sorge dafür, dass sich die Fahrzeuge stets in einem betriebs- und verkehrssicheren Zustand befinden.
- 8.3** Fahrzeugschäden dürfen grundsätzlich ohne vorherige Abstimmung mit dem LG repariert werden. Der LN erhält eine „Generalfreigabe“ zur Reparatur der Fahrzeuge (im eigenen Namen und auf eigene Rechnung) und zum Erhalt von Entschädigungsleistungen durch Dritte.  
Nur wenn die voraussichtlichen Reparaturkosten 60% des Wiederbeschaffungswerts des Fahrzeugs erreichen (Bereich wirtschaftlicher Totalschaden) hat eine umgehende Information durch ein Schadengutachten an den LG zu erfolgen. In diesen Fällen ist der LG zu informieren, ob eine Reparatur des Fahrzeuges oder die Auflösung des Einzel-Leasingvertrages aufgrund Totalschadens vorgesehen ist (siehe Ziff. 10.).
- 8.4** Die Information über reparierte Schäden erfolgt unmittelbar nach der Instandsetzung durch Übersendung der Reparaturrechnung an den LG. Eine detaillierte Schadensschilderung ist dabei nicht erforderlich. Wurde ein Schadengutachten erstellt, so ist dieses ebenfalls beizufügen.
- 8.5** Zum Ausgleich des Fahrzeugschadens erlangte Beträge verwendet der LN im Reparaturfall zur Begleichung der Reparaturrechnung. Von Dritten überwiesene Entschädigungsleistungen für Wertminderungen sind innerhalb der Vertragslaufzeit des jeweiligen Einzel-Leasingvertrages an den LG weiterzuleiten. Der Ansatz von Wertminderungen nach Satz 2 durch den LG während der Leasing-Laufzeit ist nicht zulässig.
- 8.6** Der LN ist auch nach Ablauf des Einzel-Leasingvertrages ermächtigt und verpflichtet, alle fahrzeugbezogenen Ansprüche aus einem Schadensfall im eigenen Namen und auf eigene Kosten geltend zu machen. Der LG erteilt hierzu entsprechende Regulierungsfreigaben.
- 8.7** Sofern gemäß Anlage 5, Ziffer 7.3 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) vom LG zugelassen, sind auch polizeieigene Kfz-Sachverständige zur Feststellung der Schadenshöhe oder von Wertminderungen ermächtigt.

## **9. Haftung**

- 9.1** Für Untergang, Verlust, Beschädigung und Wertminderung der Fahrzeuge einschließlich der Ausstattung haftet der LN auch ohne sein Verschulden; dies gilt nicht für die vereinbarten Gebrauchsspuren gemäß Anlage 5, Ziffer 7.2 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) und sofern der LG dies selbst zu vertreten hat. Die Gefahr des Unterganges, des Verlustes, der Beschädigung oder Wertminderung der geleaste Fahrzeuge geht mit der unbeanstandeten Übernahme der Fahrzeuge an die Beauftragten des LN gemäß Ziff. I.12 über.
- 9.2** Für unmittelbare und mittelbare Schäden, die dem LN oder anderen Personen durch den Gebrauch der Fahrzeuge, Gebrauchsunterbrechung oder Entzug entstehen, haftet der LG dem LN nur bei Verschulden; eine etwaige Ersatzhaftung des LG für



den von ihm beauftragten Fahrzeughersteller nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

**9.3** Die Haftung für LG und LN besteht jeweils nur, soweit der Schaden Leistungen von Versicherungen übersteigt und der Drittschaden nicht im Rahmen des Gesetzes über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter ersetzt wird. Die Haftung beschränkt sich dabei der Höhe nach auf die jeweiligen Mindestversicherungssummen nach dem Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter. Nicht ersetzt werden jedoch Wertminderung, entgangener Gewinn, Wageninhalt sowie Ladung.

**9.4** Bietergemeinschaften haften dem LN gesamtschuldnerisch mit einem bevollmächtigten Vertreter.

**9.5** Der LG ist verpflichtet, die in der Eigenerklärung als Bestandteil der Vergabeunterlagen bestätigte(n) Versicherung(en) nach ggf. vorgegebener Art, Höhe und Umfang abzuschließen, für die Dauer des Vertrages aufrecht zu erhalten und auf Verlangen dem LN vorzulegen.

## **10. Vorzeitige Beendigung von Einzel-Leasingverträgen bei Totalschaden/Abhandenkommen/Untergang**

**10.1** Bei Totalschaden, Untergang oder Verlust eines Fahrzeuges kann jeder Vertragspartner den Einzel-Leasingvertrag innerhalb von drei Wochen nach Kenntnis dieser Voraussetzungen zum Tag des Schadenseintritts kündigen.

**10.2** Bei schadensbedingten Reparaturkosten von mehr als 60 % des Wiederbeschaffungswertes des Fahrzeuges oder wenn dies aus sonstigen, insbesondere wirtschaftlichen oder einsatztaktischen Gründen angezeigt erscheint, kann der LN den Einzel-Leasingvertrag innerhalb von drei Wochen nach Kenntnis dieser Voraussetzungen mit sofortiger Wirkung kündigen. Die Abrechnung des Vertrages erfolgt dann zum Tag des Schadenseintritts. Macht der LN von diesem Kündigungsrecht keinen Gebrauch, verpflichtet er sich, das Fahrzeug unverzüglich reparieren zu lassen.

**10.3** Totalschaden, Verlust oder Beschädigung des Fahrzeuges entbinden nur dann von der Verpflichtung zur Zahlung weiterer Leasingraten, wenn der Einzel-Leasingvertrag gekündigt ist und nicht fortgesetzt wird. Die Folgen der Kündigungen ergeben sich aus Ziff. 11.

## **11. Abrechnung bei vorzeitiger Beendigung von Einzel-Leasingverträgen**

**11.1** Bei vorzeitiger Beendigung eines Einzel-Leasingvertrages hat der LG Anspruch auf den ihm dadurch entstehenden Kündigungsschaden (Abrechnungswert). Der Abrechnungswert ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Ablöswert des Einzel-Leasingvertrages und dem Verkaufserlös und ist ohne Umsatzsteuer zahlbar. Eine Abrechnung der gefahrenen Kilometer findet in diesen Fällen nicht statt.

**11.2** Der Ablöswert des Fahrzeuges errechnet sich aus der Summe der vom Zeitpunkt der vorzeitigen Vertragsbeendigung bis zum vereinbarten Vertragsende noch ausstehenden Netto-Leasingraten zuzüglich des vertraglich vereinbarten Restwertes (netto). Ersparte Finanzierungskosten werden hierbei berücksichtigt und kommen dem LN zugute, indem die vorbeschriebenen Leasingraten und der Restwert





auf den Zeitpunkt der vorzeitigen Vertragsbeendigung abgezinst werden. Die Abzinsung erfolgt zu dem effektiven Zinssatz, der dem Einzel-Leasingvertrag zugrunde liegt.

**11.3** Zur Ermittlung des Verkaufserlöses (netto) lässt der LG auf seine Kosten den Abgabepreis an den gewerblichen Handel durch einen unabhängigen Sachverständigen schätzen. Dieser Schätzpreis ist für beide Vertragsparteien maßgeblich, sofern beim Verkauf/der Versteigerung des Fahrzeuges kein höherer Verkaufserlös erzielt wird.

**11.4** Sofern bei einer Gegenüberstellung des Abrechnungswertes und des tatsächlichen Wiederbeschaffungsaufwands eine Unterdeckung eintritt, tritt der Unterdeckungsschutz in Kraft. Der LG übernimmt in diesem Fall die Differenz zwischen Abrechnungswert und dem niedrigeren, um den tatsächlichen Restwert (i.d.R. Verkaufserlös) bereinigten Wiederbeschaffungswert, und zwar unabhängig vom Verschulden des LN. Die Kosten für den Unterdeckungsschutz sind in der monatlichen Leasingrate enthalten.

**11.5** Die Verwertung des Fahrzeuges erfolgt durch den LG.

## **12. Rückgabe des Fahrzeuges**

**12.1** Nach Beendigung der Leasingzeit ist das jeweilige Fahrzeug mit Schlüsseln und allen überlassenen Unterlagen (z. B. Zulassungsbescheinigung Teil II, Wartungsheft) vom LN zurückzugeben. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt auch der Gefahrenübergang.

**12.2** Die Rückgabe der Fahrzeuge erfolgt grundsätzlich an einem vereinbarten Erfüllungsort Nahe des Sitzes der jeweiligen Dienststelle, sofern zwischen LG und LN nichts anderes vereinbart wird (siehe Ziff. 7.1 der Anlage 5 - Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“).

**12.3** Bei der Rückgabe wird vom LG oder einem von diesem beauftragten Gutachter eine detaillierte Prüfung hinsichtlich der Gebrauchsspuren und der darüber hinausgehenden Schäden vorgenommen; das Ergebnis der Prüfung ist schriftlich festzuhalten und von einem Beauftragten des LN gegenzuzeichnen.

Das Bewertungsgutachten bedarf der Zustimmung des LN.

**12.4** Die Abmeldung der Fahrzeuge erfolgt durch den LN.

## **13. Abrechnung bei regulärer Beendigung von Einzel-Leasingverträgen**

**13.1** Bei Vertragsende werden die Fahrzeuge vom LG zum vereinbarten und garantierten Restwert zurückgenommen. Die Ermittlung des Restwertes ergibt sich durch die Angabe des prozentualen Restwertes im Preisblatt. Ist das Fahrzeug nicht in einem dem Alter und der vertragsgemäßen Fahrleistung entsprechenden Erhaltungszustand und ist das Fahrzeug hierdurch im Wert gemindert, ist der LN zum Ausgleich dieses Minderwertes verpflichtet. Etwaige Schäden / Wertminderungen werden bei Fahrzeugrückgabe durch den LG festgestellt und vom Restwert in Abzug gebracht, soweit diese über die vereinbarten Gebrauchsspuren gem. Ziff. 7.2 der Anlage 5 (Leistungsbeschreibung „Logistik und Service“) hinausgehen.



- 13.2** Die Schäden/Wertminderungen sind vom LN zu begleichen, sofern der LG hierfür noch keine Entschädigung erhalten hat (siehe Ziff. 8.5).
- 13.3** Sollte bei Feststellung eines evtl. Fahrzeugminderwertes keine Einigung erzielt werden, kann ein unabhängiger Kraftfahrzeug-Sachverständiger herangezogen werden; die anfallenden Kosten tragen LG und LN je zur Hälfte.
- 13.4** Der LG führt eine Kilometerausgleichsrechnung durch. Ist bei Rückgabe eines Fahrzeuges nach Abschluss der vereinbarten Leasingzeit die festgelegte Gesamtkilometer-Laufleistung überschritten, werden die gefahrenen Mehrkilometer nachberechnet. Die Berechnung der Mehrkilometersätze richtet sich nach den im Preisblatt des jeweiligen Loses angegebenen Sätzen.

**14. Abrechnung bei Rückgabe nach Ablauf des Einzel-Leasingvertrags (Verlängerung)**

- 14.1** Wird ein Fahrzeug nach dem vereinbarten Ende des Einzel-Leasingvertrags zurückgegeben, wird dem LN für jeden überschrittenen Tag als Grundbetrag ein 30stel der für die Leasingzeit vereinbarten monatlichen Leasingraten zzgl. der durch die Rückgabeverzögerung verursachten Kosten berechnet. Bereits vollamortisierte Ausstattungsumfänge des Fahrzeuges (insbesondere die polizeispezifischen Ausstattungen) bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.
- 14.2** Verzögert sich die Rückgabe aus Gründen, die der LN zu vertreten hat, um mehr als sechs Wochen, so ist die weitere Leasingrate im gegenseitigen Einvernehmen festzulegen. Die Neuberechnung richtet sich in diesem Fall nach der Überschreitung der vereinbarten Laufzeit und den damit verbundenen Kosten bezüglich veränderten Restwertes und Refinanzierungszins sowie ggf. aufgebrauchter Herstellersubvention. Der LG hat auf Anforderung des LN die Berechnung sowie Nachweise vorzulegen.
- Hat der LG die Verzögerung bei Nachersatz eines Leasingfahrzeuges zu vertreten, wird die Leasingrate nach Absatz 1 ohne die zusätzlichen Kosten für die Rückgabeverzögerung berechnet und in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt.
- 14.3** Der LG stimmt der Verlängerung von Einzel-Leasingverträgen nach den Bedingungen unter Ziff. 14.1 zu, wenn sich die Lieferung eines rechtzeitig bestellten Anschlussleasing-Fahrzeugs verzögert.
- 14.4** Der LG stimmt der Verlängerung von Einzel-Leasingverträgen nach den Bedingungen unter Ziff. 14.2 Satz 2 auch über einen längeren Zeitraum ausdrücklich zu, wenn sonst die Einsatzbereitschaft der Polizei gefährdet wäre. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es beim Wechsel des Vertragspartners nach erfolgter Neuausschreibung zu Lieferverzögerungen kommt.
- 14.5** Die Leasingrate wird tagesgenau bis zum Datum der Rückgabe abgerechnet.
- 14.6** Die Rückgabe, insbesondere die Feststellung der Schäden/Wertminderungen erfolgt analog Ziff. 12 und 13 (reguläre Vertragsbeendigung).
- 14.7** Auch bei verlängerten Verträgen erfolgt eine Kilometerausgleichsrechnung. Die vertraglich vereinbarte Kilometerlaufleistung wird dabei linear auf die tatsächliche Gesamtlaufzeit hochgerechnet und mit der Ist-Kilometerlaufleistung verrechnet. Die



so ermittelten Mehrkilometer werden mit den vertraglich vereinbarten Mehrkilometersätzen multipliziert (analog Ziff. 13.4).

## **15. Abrechnung der Nebenkosten**

Die Ratenanteile für Nebenkosten werden vollamortisiert und sind in vollem Umfang durch den LN zu begleichen. Ein etwaiger Überschuss der Ratenanteile wird am Vertragsende dem LN gutgeschrieben. Dies gilt auch für die im Fahrzeug verbauten vollamortisierten polizeispezifischen Ausstattungsgegenstände.

## **16. Geheimhaltungsvereinbarung**

Es gilt die den Vergabeunterlagen beiliegende Geheimhaltungsvereinbarung.

## **17. Spezielle Sicherheitsanforderungen**

**17.1** Soweit der LG bzw. der von ihm beauftragte Fahrzeughersteller und dessen Niederlassungen/Vertragswerkstätten Leistungen an Fahrzeugen der Bayer. Polizei erbringt, hat er nur zuverlässiges Personal mit der Auftragsdurchführung und Leistungserfüllung zu betrauen. Der LN behält sich vor, das mit der Auftragsabwicklung befasste Personal einer polizeilichen Überprüfung zu unterziehen. Der LG verpflichtet sich, Personen nicht einzusetzen, die der LN nach polizeilicher Überprüfung aus Sicherheitsgründen ablehnt.

**17.2** Bei Werkstattaufenthalten ist sicherzustellen, dass

- die Fahrzeuge dem Zugriff unberechtigter Personen entzogen sind und insbesondere außerhalb der Betriebszeiten in verschlossenen Räumen aufbewahrt werden;
- Überprüfungsfahrten von Polizeifahrzeugen auf ein unumgänglich notwendiges Maß beschränkt werden;
- die Funktionsfähigkeit der polizeispezifischen Sonderausstattung (insbesondere der Sondersignalanlage) ausschließlich auf dem Betriebsgelände festgestellt wird.

## **18. Unterauftragnehmer**

**18.1** Die Übertragung von Verpflichtungen aus diesem Vertrag an Unterauftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des LN. Für den Unterauftragnehmer gelten dann die gleichen Bedingungen wie für den LG; dies gilt insbesondere für die in Ziff. 16 und 17 genannten Sicherheitsanforderungen.

**18.2** Die Unterauftragnehmer müssen die gewerbe- und handwerksrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung des zu vergebenden Auftrages erfüllen.

**18.3** Werden Aufträge zum Einbau von polizeispezifischen Ausstattungsgegenständen an externe Unternehmer vergeben, ist zuvor die Zustimmung des LN einzuholen.



## **19. Arbeitsrechtliche Vorschriften**

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Insbesondere hat er

- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a ACiG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie
- gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen.

## **20. Verletzung gewerblicher Schutzrechte Dritter**

**20.1** Der LG stellt sicher, dass seine Leistungen nicht gegen gewerbliche Schutzrechte verstoßen.

**20.2** Der LG stellt den LN von Ansprüchen Dritter aus etwaigen Verletzungen gewerblicher Schutzrechte frei und trägt die Kosten, die dem LN in diesem Zusammenhang entstehen.

## **21. Übertragung von Rechten und Pflichten**

Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag dürfen ohne Zustimmung der Vertragsparteien nicht auf Dritte übertragen werden, es sei denn, dies ist in diesem Vertrag ausdrücklich zugelassen.

## **22. Vertragsänderungen und Ergänzungen**

Vertragsänderungen und Ergänzungen, die Aufhebung und Kündigung der Rahmenvereinbarung sowie Zusatz- und Nachtragsaufträge sowie Abweichungen von einzelnen Aufträgen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform gemäß den Vorgaben des § 126 BGB oder der Textform gemäß § 126b BGB. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

## **23. Abtretung von Forderungen**

Die Abtretung von Forderungen des LG bedarf der schriftlichen Zustimmung des LN. Unabhängig davon ist der LG berechtigt, Forderungen aus dem Leasingvertrag zum Zwecke der Refinanzierung abzutreten.

## **24. Werbeverbot**

Öffentliche Werbung, die auf einem Vertragsverhältnis mit dem LN beruht, bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung (vorherige Zustimmung) des LN. Eine erteilte Einwilligung kann vom LN jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückgenommen werden.



## **25. Kündigung der Rahmenvereinbarung**

**25.1** Eine ordentliche Kündigung dieser Rahmenvereinbarung oder von Einzel-Leasingverträgen ist während der vereinbarten regulären Vertragslaufzeit bzw. der Leasinglaufzeit von Einzel-Leasingverträgen nicht zulässig. Unberührt bleiben die Kündigungsrechte gemäß den nachfolgenden Ziff. 25.2 und 25.3 sowie Ziff. 10.

**25.2** Der LG kann Einzel-Leasingverträge aus wichtigem Grund fristlos kündigen. Ein wichtiger Grund ist für den LG gegeben, wenn

- a) der LN ohne entschuldbaren Grund mit seinen Zahlungsverpflichtungen mit drei Monatsleasingraten in Verzug ist;
- b) der LN gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstößt und trotz schriftlicher Abmahnung die Verstöße bzw. deren Folgen nicht innerhalb angemessener Frist abgestellt hat.

**25.3** Der LN kann die Rahmenvereinbarung aus einem wichtigen Grund mit sofortiger Wirkung kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- a) der LG seine Pflicht zur Verschwiegenheit oder eine auferlegte Verpflichtung zur Geheimhaltung von Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit dem erteilten Auftrag bekannt geworden sind, verletzt;
- b) der LG mit anderen Bietern zum Nachteil des LN eine gegen die guten Sitten verstößende Abrede zur Erzielung eines unangemessen hohen Preises getroffen hat;
- c) die Angebotsabgabe auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen i.S.v. § 298 StGB (Strafgesetzbuch) oder einer sonst unzulässigen, wettbewerbsbeschränkenden Abrede i.S.v. § 42 Abs. 1 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 VgV beruht oder eine Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegt;
- d) der LG Personen, die auf Seiten des LN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, oder einem Amtsträger oder sonst einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt (§§ 331 ff. StGB), unabhängig davon, ob dadurch eine Dienstpflicht verletzt wurde (Bestechung, § 334 StGB) oder nicht (Vorteilsannahme, § 331 StGB) oder ein solches Handeln versucht wurde. Solchen Handlungen des LG selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des LG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind;
- e) sich Tatsachen ergeben, dass zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung Ausschlussgründe nach § 31 UVgO, § 123 GWB und/oder § 124 GWB vorlagen oder wesentliche Vergabe- oder Vertragsbedingungen nicht erfüllt waren und dies nach den Vergabebestimmungen zu einem Angebotsausschluss geführt hätte oder hätte führen können und gleichzeitig ein weiteres Festhalten am Vertrag für den LN nicht zumutbar ist;
- f) sich herausstellt, dass der LG vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Erklärung im Angebot oder im Vergabeverfahren abgegeben hat und dadurch das Vertrauensverhältnis zum LN zerrüttet ist;



- g) über das Vermögen des LG das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder sonstige Maßnahmen des § 8 Nr.1 VOL/B eingeleitet werden;
- h) sich die unmittelbare oder mittelbare Eigentümerstruktur des LG ändert und hierdurch die Sicherheitsinteressen des LN beeinträchtigt werden oder der Vertragsgegenstand neu ausgeschrieben werden müsste;
- i) der LG die für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei erforderliche Zuverlässigkeit nicht mehr besitzt;
- j) der LG andere als im Ausschreibungsverfahren angegebene oder durch den LN genehmigte Unterauftragnehmer einsetzt;
- k) für den LN die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des LG oder seiner Beauftragten liegenden Gründe unzumutbar ist;
- l) Dienstfahrzeuge fortlaufend und trotz schriftlicher Abmahnung bzw. Fristsetzung nicht die vertragsgemäß vereinbarte Qualität, die zugesicherte Beschaffenheit oder garantierten Eigenschaften bieten oder sonstige Mängel aufweisen oder nicht termingerecht geliefert werden;
- m) der LG bzw. der von ihm beauftragte Fahrzeughersteller die laut Vertragsunterlagen zugesicherten allgemeinen Serviceleistungen trotz wiederholter schriftlicher Mahnung und Terminsetzung nicht vertragsgemäß oder termingerecht erbringt;
- n) der LG bzw. der von ihm beauftragte Fahrzeughersteller bei Modellwechseln nicht innerhalb von sechs Monaten nach Einführung des neuen Serienfahrzeuges auf dem Markt eine neue Polizeiversion entsprechend den Anforderungen des LN zur Abnahme bereitstellen kann.

Das Kündigungsrecht des LN kann sich auch auf einzelne Lose beschränken.

## **26. Gerichtsstand**

Für alle Rechtsstreitigkeiten aus diesem Vertrag ist das Gericht zuständig, in dessen Bereich der LN bzw. dessen prozessberechtigte Behörde ihren Sitz hat.

## **27. Salvatorische Klausel**

**27.1** Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Vertragsparteien sind gehalten, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

**27.2** Sollte die Rahmenvereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit der vergebenen Einzelaufträge nicht. Soweit zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wird, unterliegen diese, den in der Rahmenvereinbarung geregelten Vertragsbedingungen. Die gesetzlichen Regelungen über die außerordentliche Kündigung der Einzelleasingverträge bleiben hierdurch unberührt.

Projekt-Nr.: 2026CDE000001

Aktenzeichen: LZBP KFZ-8010-26/001

Projektname: Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

## **Geheimhaltungsvereinbarung**

Zwischen dem Freistaat Bayern, vertreten durch

Freistaat Bayern, vertreten durch das Logistikzentrum der Bayerischen Polizei (LZBP)

- im folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

- im folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung geschlossen:

## 1. Geheimhaltung

- Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln, insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe des Angebots hinzuweisen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.
- Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.
- Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Dabei muss die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch Ziffer 19.4 der EVB-IT Dienstleistungs-AGB.



- Vertrauliche Informationen sind alle mündlichen oder schriftlichen Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
- Der Auftragnehmer verarbeitet Daten nur soweit er hierzu beauftragt wurde und nur auf ausdrückliche Weisung des Auftraggebers. Werden dem Auftragnehmer Speichermedien des Auftraggebers für die Erfüllung seiner Verpflichtung übergeben, so sind diese nach Erfüllung unverzüglich an den Auftraggeber zurückzugeben. Falls der Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers personenbezogene Daten verarbeitet, schließen die Parteien eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung im Sinne von Art. 28 DSGVO.

## **2. Löschung / Entsorgung / Vernichtung von Datenträgern, die Daten der Geheimhaltung enthalten**

- Soweit der Geheimhaltung unterliegende Daten sich auf Datenträgern des Auftragnehmers befinden, sind diese nach Erfüllung der Verpflichtung unverzüglich zu löschen.
- Es steht im Ermessen des Auftraggebers, ob Datenträger zur Entsorgung / Vernichtung an den Auftragnehmer abgegeben werden. (z.B. bei Wartung und / oder im Garantiefall und / oder im Fall der Aussonderung). Bei Abgabe von Datenträgern an den Auftragnehmer zur Entsorgung/Vernichtung sind die im Folgenden dargestellten Vorgaben einzuhalten, wobei der Auftraggeber vorgibt, ob die Datenträger gelöscht oder vernichtet werden sollen. Wird eine Löschung gefordert, steht es dem Auftragnehmer frei stattdessen eine Vernichtung durchzuführen.
- Eine Vernichtung ist weiter in folgenden Fallkonstellationen vorzunehmen:
  - Löschung konnte nicht fehlerfrei abgeschlossen werden
  - Vorhandene Löschmethoden sind nicht geeignet (z.B. bei Datenträgern mit persistentem Halbleiterspeicher [SSD / Flash / USB-Stick / Cache / Hybrid-HDD etc.]).
- Werden durch den Auftragnehmer Hardware-Komponenten ausgetauscht oder zurückgenommen, müssen hierbei die gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz, zum Steuergeheimnis und zum Geheimschutz eingehalten werden, die zum Zeitpunkt des Austausches oder der Rückgabe als Stand der Technik und der IT-Forensik angesehen werden.

- Maßgeblich sind hierbei die datenschutzrechtlichen Vorschriften nach dem BayDSG, BDSG und der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („DSGVO“) für besonders schützenswerte personenbezogene Daten und die dazugehörigen Datenvernichtungsempfehlungen der Datenschutzbeauftragten. Es müssen zudem mindestens die Vorgaben für vertrauliche Daten und damit für den Schutzbedarf „hoch“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bayern-CERT / Bayern-CIO / Bayern-CISO eingehalten werden. Bei Abweichungen der einzelnen Vorgaben ist die jeweils strengere Vorschrift anzuwenden.
- Die Datenlöschung ist spätestens innerhalb einer Woche nach Übergabe der Gegenstände abzuschließen. Die Maßnahmen des BSI IT-Grundschutz „Vernichtung von Datenträgern durch externe Dienstleister“ (M 2.436) in der 12.EL oder vergleichbare Regelungen des IT-Grundschutzes in der jeweils aktuellen Fassung sind einzuhalten. Der Auftragnehmer weist die Vernichtung dem Auftraggeber datenschutzkonform mit Hilfe eines Löschberichts nach.
- Bedient sich der Auftragnehmer Dritter als Erfüllungsgehilfen verpflichtet sich der Auftragnehmer diese zur Einhaltung obenstehender Regelungen zu verpflichten. Der Auftraggeber ist berechtigt, Erfüllungsgehilfen bei Verdacht mangelnder fachlicher Qualifikation zurückzuweisen.
- Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für alle Schäden, die nach Übergabe durch nicht ordnungsgemäße Behandlung im obigen Sinne entstehen.

**Hinweis:**

Der BSI IT-Grundschutz ist auf folgender Seite einzusehen: [Direktlink zu Website des BSI.](#)

### **3. Muster eines Datenträger-Löschberichts**

Ein Löschbericht enthält mindestens je Datenträger inhaltlich folgende Informationen. Die Darstellungsreihenfolge und -form ist nicht fest vorgegeben.

Mit \* markierte Felder sind freiwillige Angaben. Erläuterungen und Beispiele in < >.

#### **Informationen zur ausführenden Person und Unternehmen:**

Name durchführende Person:

Firma/Organisation:

#### **Löschergebnis je Datenträger:**

Datenträgerart: <z.B. Festplatte>

Modell: <Hersteller>

Typ: <Typenbezeichnung des Herstellers>

Serien-Nr.: <Seriennummer des Datenträgers>

Größe: <xxxx MB>

Bus: <IDE etc.>

Sektorenanzahl: <xxxxxxxx>

HPA: <(Nicht) vorhanden>

DCO: <(Nicht) vorhanden>

Remapped Sektoren: <Anzahl der fehlerhaften Sektoren>

Lösch-Software/Version: <Angaben zur Löschsoftware>

Löschstandard: <z.B. BSI-2011-VS, PRNG mit Durchlaufanzahl etc.>

Löschung Start: <Datum/Zeit>

Löschung Ende: <Datum/Zeit>

Löschung Dauer: <Zeit>

**Status:** Gelöscht / Fehler X

#### **Hardware-Informationen:**

**(nur soweit ein Gesamtsystem mit eingebauten Datenträgern zurückgegeben wird)**

\*Prozessor:

\*Gesamtspeicher: <X MB>

Hersteller: <System Manufacturer>

Modell: <System Name>

Serien-Nr.: <Seriennummer des PC-/Server-Systems>

\*Version: <ggf. Unterversionsnummer>

\*Asset tag: <Im Gerät/BIOS verbuchte Asset-ID>

Alle Datenträger:

Festplatte: <Produzent>, <Speicherplatz>

#### **Der Löschbericht ist wie folgt zu bestätigen:**

Hiermit bestätige ich, dass die Datenlöschung gemäß den Vorgaben ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

Unterzeichnung durch: Ausführende Person / Aufsicht bzw. Vorgesetzter / Firmenstempel



## **Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen**

### **1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit**

Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

### **2a. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei  
Pöldorfer Str. 77/79  
96052 Bamberg  
Tel: 0951 / 9331-0

### **2b. Verantwortliche Organisationseinheit**

Logistikzentrum der Bayerischen Polizei  
Ernst-Reuter-Str. 119  
95030 Hof  
Tel.: 09281 / 77895-0  
Mail: [bpp.hof.lzbp@polizei.bayern.de](mailto:bpp.hof.lzbp@polizei.bayern.de)

### **3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

#### Behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei  
Pöldorfer Straße 77/79  
96052 Bamberg  
Tel.: 0951 / 9331-141  
Tel.: 0951 / 9331-468  
Mail: [bpp.bamberg.datenschutz@polizei.bayern.de](mailto:bpp.bamberg.datenschutz@polizei.bayern.de)

### **4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere:
  - Bereitstellung von Vergabeunterlagen
  - Beantwortung von Bieterfragen
  - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
  - Abfrage und Überprüfung der Eignung
  - Erfüllung vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Erfüllung datenschutzrechtlicher Verpflichtungen
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind:

- Art. 6 Absatz 1 lit. b DSGVO,
- Art. 6 Absatz 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 6 Abs. 1 WRegG, Art. 60 a PAG, §§ 122 ff. GWB, §§ 42, 44 ff., 58 VgV



- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m. Art. 4 Absatz 1 BayDSG
- Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (Mitarbeiterkontaktdaten des Bieters, Bewerbers)

## **5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Registerbehörde (Bundeskartellamt gem. § 1 Abs. 1 WRegG) zur Einholung von Auskünften aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 Abs. 1 WRegG
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Sachbearbeiter der Bayerischen Polizei zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

## **6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland**

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland / eine internationale Organisation zu übermitteln.

## **7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten**

Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der Bayerischen Polizei so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Gem. § 8 Abs. 4 VgV sind Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags bzw. der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags. Vergabeunterlagen werden in der Regel zehn Jahre nach Abschluss des jeweiligen Vorgangs datenschutzgerecht vernichtet. Bei Vertragsunterlagen beträgt die Frist 30 Jahre nach Vertragsschluss.

## **8. Betroffenenrechte**

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.



## **Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der Bayerischen Polizei (ZAVB)**

### **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Vertragsrecht und Vertragsbestandteile</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Mängelansprüche (Gewährleistung)</b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b>Störungsbeseitigung</b>	<b>3</b>
<b>4</b>	<b>Sicherheitsanforderungen, Verschwiegenheit, Datenschutz</b>	<b>3</b>
<b>5</b>	<b>Haftung</b>	<b>3</b>
<b>6</b>	<b>Rechte Dritter</b>	<b>3</b>
<b>7</b>	<b>Vertragsbeendigung durch den Auftraggeber</b>	<b>4</b>
<b>8</b>	<b>Drohende Insolvenz</b>	<b>5</b>
<b>9</b>	<b>Änderung der Eigentümerstruktur des Auftragnehmers</b>	<b>5</b>
<b>10</b>	<b>Werbeverbot</b>	<b>5</b>
<b>11</b>	<b>Sprache</b>	<b>5</b>
<b>12</b>	<b>Verpflichtung zur Gewährung der gesetzlichen Mindestbedingungen für Arbeitnehmer, Verpflichtung zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen</b>	<b>5</b>
<b>13</b>	<b>Einzelauftrag/Auftragsbestätigung</b>	<b>6</b>
<b>14</b>	<b>Ausführung/Lieferung</b>	<b>6</b>
<b>15</b>	<b>Güteprüfung</b>	<b>6</b>
<b>16</b>	<b>Versandpflichten/Versandkosten</b>	<b>7</b>
<b>17</b>	<b>Erfüllungsort</b>	<b>7</b>
<b>18</b>	<b>Rechnungsstellung</b>	<b>7</b>
<b>19</b>	<b>Zahlungsbedingungen/Skonto</b>	<b>8</b>
<b>20</b>	<b>Abtretungen</b>	<b>8</b>
<b>21</b>	<b>Aufrechnung/ Zurückbehaltung</b>	<b>8</b>
<b>22</b>	<b>Sicherheitsdatenblätter und sonstige Informationen</b>	<b>8</b>
<b>23</b>	<b>Gebrauchsanweisungen</b>	<b>8</b>
<b>24</b>	<b>Verpackung</b>	<b>9</b>
<b>25</b>	<b>Unterauftragnehmer</b>	<b>9</b>
<b>26</b>	<b>Gerichtsstand</b>	<b>9</b>
<b>27</b>	<b>Salvatorische Klausel</b>	<b>9</b>



## Präambel

Diese Zusätzlichen Allgemeinen Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der Bayerischen Polizei (ZAVB) gelten für alle Aufträge der dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration unmittelbar oder mittelbar nachgeordneten Bayerischen Polizeidienststellen über Liefer- und Dienstleistungen (Leistungen), soweit einzelvertraglich nichts anderes vereinbart worden ist. Dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration unmittelbar nachgeordnete Dienststellen sind das Landeskriminalamt, das Polizeiverwaltungsamt und die Polizeipräsidien. Den Präsidien sind Kriminalpolizeiinspektionen, Polizeiinspektionen und Polizeistationen nachgeordnet. Soweit einzelvertraglich etwas anderes vereinbart worden ist, finden die Regelungen der ZAVB nachrangig ergänzende Anwendung.

Für die Aufträge der Bayerischen Polizei gelten, falls nicht ausdrücklich etwas anderes schriftlich vereinbart wird, die nachstehenden Bestimmungen.

## **1 Vertragsrecht und Vertragsbestandteile**

**Dem Vertrag wird ausschließlich deutsches Recht zugrunde gelegt. Die Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf–UN-Kaufrecht– finden keine Anwendung.**

Sofern im Zusammenhang mit der Beauftragung keine abweichenden, schriftlichen Vereinbarungen getroffen werden, sind im Falle eines Zuschlages die folgenden Bedingungen und Unterlagen in der folgenden Rang- und Reihenfolge Bestandteil des Vertrages:

- a) Leistungsbeschreibung (bzw. Leistungsverzeichnis oder Aufgabenbeschreibung) mit Beantwortung der Bieterfragen,
- b) Besondere Vertragsbedingungen (BVB),
- c) sofern einbezogen Ergänzende Vertragsbedingungen (EVB) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- d) Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der Bayerischen Polizei (ZAVB) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- e) Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils geltenden Fassung,
- f) Angebot des Auftragnehmers mit Preiszusammenstellung/Preisblatt.

Es gelten die Anlagen in folgender Reihenfolge: a, b, c, d, e, f.

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sowie sonstige Liefer-, Zahlungs- oder Vertragsbestimmungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen und werden nicht Vertragsbestandteil. Werden AGB oder sonstige Bestimmungen vom Auftragnehmer seinem Angebot beigelegt oder nach Zuschlagserteilung, beispielsweise einer Auftragsbestätigung, einem Lieferschein oder einer Rechnung beigelegt, werden diese auch dann nicht Bestandteil des Vertrages, wenn ihnen durch den Auftraggeber nicht widersprochen wird. Gleiches gilt, sofern der Auftragnehmer seine AGB oder sonstigen Bestimmungen den Angebotsunterlagen beigelegt hat und sein Angebot nicht ausgeschlossen wurde.

## **2 Mängelansprüche (Gewährleistung)**

### **2.1 Mindestverjährungsfrist für Mängelrechte**

Unbeschadet der gesetzlichen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und der Regelungen der VOL/B gelten bei Vertragsschluss die Regelungen über die Mängelrechte gemäß den in Nr. 1 genannten Vertragsbestandteilen. Die Mängelrechte verjähren frühestens in 2 (zwei) Jahren (Mindestverjährungsfrist).

### **2.2 Optionale Verlängerung der Verjährung der Mängelrechte**

Anstelle der Mindestverjährungsfrist gemäß Nr. 2.1 Satz 2 tritt eine längere Verjährungsfrist für Mängelrechte, wenn und soweit der Auftragnehmer sie im Angebot als kostenfreie Option angegeben hat. Gleiches gilt für den Fall, dass der Auftragnehmer im Angebot eine kostenfreie optionale Verlängerung der Verjährung über die Mindestverjährungsfrist hinaus angegeben hat oder eine entsprechende kostenpflichtige Option von dem Auftraggeber abgerufen wurde.



### **3 Störungsbeseitigung**

Tritt ein Gewährleistungs- oder Garantiefall ein, so hat der Auftragnehmer innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Nachfrist die Störung durch Reparatur oder Neulieferung kostenlos zu beseitigen. Ein Gewährleistungsfall liegt vor, wenn der Liefergegenstand des Auftragnehmers mangelhaft ist. Ein Garantiefall liegt vor, wenn die Leistung nicht die Eigenschaft aufweist, für welche der Auftragnehmer eine Garantie (z.B. § 443 BGB) übernommen hat.

Sofern nach Geltendmachung eines Gewährleistungs- oder Garantiefalles durch den Auftraggeber, die dem Auftragnehmer gesetzte Nachfrist überschritten wird, kann der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers die Komponenten selbst oder durch Dritte austauschen oder die Störung auf sonstige Weise beseitigen.

### **4 Sicherheitsanforderungen, Verschwiegenheit, Datenschutz**

Der Auftragnehmer hat – auch nach Beendigung der Vertragslaufzeit – über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten des Auftraggebers Verschwiegenheit zu bewahren; er hat – auch nach Beendigung der Vertragslaufzeit – die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz einzuhalten. Er hat hierzu auch die im Zusammenhang mit der Auftragsdurchführung beschäftigten Mitarbeiter schriftlich zu verpflichten und auf Verlangen dem Auftraggeber nachzuweisen. Gleiches gilt für etwaige Unterauftragnehmer, derer sich der Auftragnehmer zur Leistungserfüllung bedient.

Werden personenbezogene Daten im Auftrag durch den Auftragnehmer erhoben, verarbeitet oder genutzt, wird der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers eine den gesetzlichen Vorschriften genügende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abschließen.

Der Auftragnehmer hat nur zuverlässiges Personal mit der Auftragsdurchführung und Leistungserfüllung zu betrauen. Eine polizeiliche Überprüfung des Personals des Auftragnehmers und/oder dessen Unterauftragnehmer sowie die Ablehnung des nach Maßgabe dieser Bestimmungen nicht zuverlässigen Personals des Auftragnehmers bzw. des Unterauftragnehmers behält sich der Auftraggeber nach freiem Ermessen vor.

Darüber hinaus sind der Auftragnehmer sowie dessen Unterauftragnehmer verpflichtet:

- nur vertrauenswürdige Personen mit Arbeiten für den Auftraggeber sowie im Auftrag des Auftraggebers zu betrauen,
- Personen nicht einzusetzen, die der Auftraggeber nach polizeilicher Überprüfung aus Sicherheitsgründen ablehnt,
- die eingesetzten Arbeitnehmer anzuweisen, bei Betreten von Dienstgebäuden des Auftraggebers einen gültigen Reisepass oder Personalausweis vorzulegen,
- die aus dem Bereich des Auftraggebers erlangten Informationen nicht an Dritte weiterzugeben oder zu verwenden,
- Weisungen eines Berechtigten des Auftraggebers zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu befolgen.

Der Auftragnehmer weist seine für die Leistungserbringung beim Auftraggeber vorgesehenen Arbeitnehmer auf die polizeiliche Überprüfung so frühzeitig wie möglich hin. Gleiches gilt für Unterauftragnehmer.

### **5 Haftung**

Der Auftragnehmer haftet für Personen-, Sach- und Vermögensschäden sowie für sonstige Schäden, einschließlich Mangelfolgeschäden, die dem Auftraggeber oder Dritten entstehen, soweit der Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen sie zu vertreten haben.

### **6 Rechte Dritter**

Die Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) des Auftragnehmers dürfen keine Rechte Dritter verletzen. Sollten Dritte gegenüber dem Auftraggeber eine Verletzung ihrer Rechte geltend machen, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von sämtlichen hieraus resultierenden Schadensersatzansprüchen und Aufwendungen auf erstes Anfordern frei, unter Einschluss von Gerichts- und Vergleichskosten und der Kosten für eine nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Auftraggebers erforderliche gerichtliche und vorgerichtliche Rechtsberatung und Vertretung.





Sollten der Ausübung der Rechte aus diesen Vertragsbedingungen Rechte Dritter entgegenstehen, wird der Auftragnehmer für Abhilfe sorgen, indem er nach eigener Wahl auf eigene Kosten zugunsten des Auftraggebers die notwendigen Rechte erwirbt oder vertragsgegenständlichen Leistungen ändert oder ersetzt, so dass sie aus dem Schutzbereich der Rechte Dritter herausfallen, gleichwohl aber den Vertragsbedingungen entsprechen.

Sollte der Auftragnehmer beide vorgenannten Formen der Behebung einer Schutzrechtsbeanstandung verweigern oder die von dem Auftragnehmer gewählte Form fehlschlagen oder für den Auftraggeber unzumutbar sein, ist der Auftraggeber nach Ablauf einer angemessenen Nachfrist berechtigt, die Schutzrechtsbeanstandung unter anderem dadurch abzuwenden, dass er mit dem Dritten einen Vertrag über die Nutzung der Schutzrechte abschließt. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber auf erstes Anfordern sämtliche Aufwendungen und Kosten, insbesondere etwaige Lizenzvergütungen im Zusammenhang mit und aus einem solchen Nutzungsvertrag.

Darüber hinausgehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

## **7 Vertragsbeendigung durch den Auftraggeber**

Ein Rücktritt vom Vertrag oder eine außerordentliche Kündigung ist aus einem wichtigen Grund möglich. Für den Auftraggeber liegt insbesondere ein wichtiger Grund vor, den Vertrag außerordentlich zu kündigen oder von diesem zurückzutreten, wenn

- der Auftragnehmer seiner Leistungsverpflichtung nicht, nicht mehr oder nicht mehr vollständig in der vereinbarten Art und Weise, Zeit, Anzahl oder Qualität nachkommt und er trotz einmaliger Fristsetzung oder Abmahnung des Auftraggebers keine Abhilfe schafft;
- der Auftragnehmer in Insolvenz gerät oder wenn die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens gegeben sind bzw. wenn die Insolvenz gemäß der für den Auftragnehmer geltenden Rechtsordnung eröffnet, die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wird,  
oder beim Auftragnehmer ein Insolvenzgrund im Sinne der §§ 17 – 19 InsO (Insolvenzordnung) oder ein vergleichbarer Grund einer anderen, für ihn geltenden Rechtsordnung vorliegt,  
oder sich die Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers derart verschlechtern, dass mit einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung nicht mehr gerechnet werden kann, auch wenn der vorgenannte Insolvenzgrund nicht vorliegt,  
oder sich der Auftragnehmer in Liquidation befindet;
- sich Tatsachen ergeben, dass zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung Ausschlussgründe nach § 31 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und/oder § 124 GWB vorlagen oder wesentliche Vergabe- oder Vertragsbedingungen nicht erfüllt waren und dies nach den Vergabebestimmungen zu einem Angebotsausschluss geführt hätte oder hätte führen können, gleichzeitig ein weiteres Festhalten am Vertrag für den Auftraggeber nicht zumutbar ist;
- sich nach dem Zeitpunkt der Zuschlagserteilung Tatsachen ergeben, die einen Ausschluss nach § 31 UVgO, § 123 GWB und/oder § 124 GWB gerechtfertigt hätten oder wesentliche Vergabe- oder Vertragsbedingungen, insbesondere Anforderungen an die Eignung, nach Zuschlagserteilung nicht mehr erfüllt sind und dies nach den Vergabebestimmungen zu einem Angebotsausschluss geführt hätte oder hätte führen können und gleichzeitig ein weiteres Festhalten am Vertrag für den Auftraggeber nicht zumutbar ist;
- wenn eine wesentliche Änderungen des Auftrages vorgenommen wurde, die nach § 132 GWB ein neues Vergabeverfahren erfordert hätte;
- die Angebotsabgabe auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB (Strafgesetzbuch) oder einer sonst unzulässigen, wettbewerbsbeschränkenden Abrede i.S.v. § 42 Abs. 1 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV) beruht oder eine Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB vorliegt;
- der Auftragnehmer oder sein Unterauftragnehmer den Bestimmungen des Vertrages zuwider handelt und ein Festhalten am Vertrag dem Auftraggeber nicht mehr zuzumuten ist, was insbesondere der Fall ist, wenn
  - der Auftragnehmer oder eine von ihm beauftragte Person die für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei erforderliche Zuverlässigkeit nicht mehr besitzt,
  - der Auftragnehmer oder eine von ihm beauftragte Person gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des BDSG (Bundesdatenschutzgesetzes) oder BayDSG (Bayerischen Datenschutzgesetzes) verstößt oder Erkenntnisse an Dritte weitergibt, die durch die Zusammenarbeit mit der Polizei gewonnen wurden, oder



- der Auftragnehmer andere als im Ausschreibungsverfahren angegebene oder durch den Auftraggeber genehmigte Unterauftragnehmer einsetzt;
- für den Auftraggeber die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des Auftragnehmers oder seiner Beauftragten liegenden Gründe unzumutbar ist;
- der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, oder einem Amtsträger oder sonst einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt (§§ 331 ff. StGB), unabhängig davon, ob dadurch eine Dienstpflicht verletzt wurde (Bestechung, § 334 StGB) oder nicht (Vorteilsannahme, § 331 StGB) oder ein solches Handeln versucht wurde. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind;
- sich herausstellt, dass der Auftragnehmer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Erklärung im Angebot oder im Vergabeverfahren abgegeben hat und dadurch das Vertrauensverhältnis zum Auftraggeber zerrüttet;
- Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber gepfändet werden, es sei denn, dass der Auftragnehmer unverzüglich ausreichende Sicherheit anbietet;
- sich die unmittelbare oder mittelbare Eigentümerstruktur des Auftragnehmers ändert und hierdurch die Sicherheitsinteressen des Freistaates beeinträchtigt werden oder die Lieferung oder Dienstleistung neu ausgeschrieben werden müsste.

## **8 Drohende Insolvenz**

Droht die Zahlungsunfähigkeit des Auftragnehmers oder verschlechtern sich die Vermögensverhältnisse derart, dass mit einer ordnungsgemäßen Vertragserfüllung nicht mehr gerechnet werden kann, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## **9 Änderung der Eigentümerstruktur des Auftragnehmers**

Über bevorstehende Änderungen seiner Eigentümerstruktur, einschließlich der Veräußerung von Geschäftsanteilen, muss der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich informieren.

## **10 Werbeverbot**

Öffentliche Werbung, die auf einem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber beruht, bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung (vorherige Zustimmung) des Auftraggebers. Eine erteilte Einwilligung kann vom Auftraggeber jederzeit ohne Angabe von Gründen zurückgenommen werden.

## **11 Sprache**

Die Vertrags- und Geschäftssprache ist Deutsch.

## **12 Verpflichtung zur Gewährung der gesetzlichen Mindestbedingungen für Arbeitnehmer, Verpflichtung zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen**

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a ACiG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen."



## 13 Einzelauftrag/Auftragsbestätigung

Die Erteilung von Einzelaufträgen aus einer Rahmenvereinbarung (Abrufe) erfolgt in Textform auf Grundlage der Bedingungen der Rahmenvereinbarung. Die Erteilung eines Einzelauftrags erfolgt in der Regel mittels elektronischer Mitteilung (E-Mail-Bestellung), ausnahmsweise auch per Telefax, durch eine in der Rahmenvereinbarung oder den zugehörigen Vergabeunterlagen benannte abrufberechtigte Dienststelle oder angegebenen sonstigen Dritten (Besteller). Jeder Einzelauftrag ist vom Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von drei Werktagen per E-Mail oder per Telefax an eine vom Auftraggeber mit Zustandekommen der Rahmenvereinbarung angegebene E-Mail-Adresse oder Telefaxnummer zu bestätigen. Soweit mehrere abrufberechtigte Dienststellen und/oder Dritte benannt sind, ist die Auftragsbestätigung an den jeweils abrufenden Besteller zu versenden. Die Bestätigung des Einzelauftrags durch den Auftragnehmer ist nicht Voraussetzung für das Zustandekommen sowie die Gültigkeit des jeweils entstehenden Einzelvertrages.

Die Einzelaufträge werden, soweit im Einzelfall nicht anders vereinbart, vom Auftraggeber bzw. Besteller mit einer Referenznummer versehen. Die Auftragsbestätigung durch den Auftragnehmer muss zwingend die jeweilige Referenznummer enthalten, um die Zuordnung aller Bestellungen/Abrufe beim Auftraggeber anhand dieser Referenznummer zu ermöglichen. Andere, insbesondere firmeninterne Kunden- oder Auftragsnummern des Auftragnehmers können die Angabe der Referenznummer des Auftraggebers nicht ersetzen. Der Auftragnehmer muss die Referenznummer auch bei allen sonstigen Schreiben, Lieferscheinen oder Rechnungen angeben. Verzögerungen, die auf dem Fehlen oder der fehlerhaften Angabe der Referenznummer beruhen, hat der Auftragnehmer zu vertreten.

## 14 Ausführung/Lieferung

Die vereinbarten Ausführungs- und/oder Lieferfristen sind verbindlich. Teillieferungen sind nur aufgrund schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers zulässig. Nicht vereinbarte/n, aber erfolgte/n Teillieferungen kann der Auftraggeber nach freiem Ermessen zurückweisen oder nachträglich zustimmen (Genehmigung); genehmigt der Auftraggeber diese, so sind sie von ihm erst zu vergüten, wenn die vertraglich vereinbarte Gesamtmenge vollständig geliefert und ggf. abgenommen worden ist.

Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, der folgende Mindestangaben enthält:

- Referenznummer,
- Datum des Auftrags,
- Bezeichnung des Liefergegenstandes,
- Liefermenge,
- Lieferort und
- ggf. Nummerierung der Teillieferung (Beispiel: „*Teillieferung 2 von 4*“).

Wurde eine Teillieferung vereinbart, so ist sowohl auf dem Lieferschein als auch auf der Rechnung eine Anschlusskontrolle zu erstellen (Nummer der Teillieferung, Gesamtmenge, bisherige Liefermenge, heutige Liefermenge, Restmenge).

Mit der Unterschrift auf dem Lieferschein bestätigt der Auftraggeber weder die Mangelfreiheit noch die Vollständigkeit noch eine mögliche Abnahme der Lieferung, sondern lediglich, dass eine Lieferung entgegen genommen worden ist.

## 15 Güteprüfung

Der Auftraggeber ist, soweit vertraglich vereinbart, berechtigt, jederzeit eine Güteprüfung von Teilleistungen und der Gesamtleistung zu verlangen. Die Güteprüfung umfasst die vereinbarten technischen und damit verbundenen organisatorischen Anforderungen an die Leistung. Die Durchführung der Güteprüfung oder die Erteilung eines Freigabevermerks stellt zugleich keine Abnahme oder Teilabnahme im Rechtssinne dar.

Für Art, Umfang und Ort der Durchführung der Güteprüfung gelten die im Einzelfall im Vertrag vereinbarten Bestimmungen. Der Auftragnehmer stellt die für die Durchführung der Güteprüfung erforderlichen personellen und sachlichen Mittel unentgeltlich zur Verfügung und übernimmt sämtliche weitere durch die Güteprüfung entstandenen Kosten. Der Auftraggeber ist nach freiem Ermessen berechtigt, auf seine Kosten einen Dritten mit der Durchführung der Güteprüfung zu beauftragen (Beauftragter).



Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber oder dessen Beauftragten den Zeitpunkt der Bereitstellung der Leistung oder Teilleistungen für die vereinbarten Prüfungen rechtzeitig schriftlich anzuzeigen. Auftraggeber und Auftragnehmer legen dann unverzüglich gemeinsam eine Frist fest, innerhalb derer die Prüfungen durchzuführen sind.

Wird nach der Güteprüfung die Leistung bzw. Teilleistung mit Einvernehmen des Auftragnehmers als nicht vertragsgemäß zurückgewiesen, so hat der Auftragnehmer diese ohne weitere Aufforderung nachzubessern bzw. nachzuliefern. Nach erfolgreicher Güteprüfung erteilt der Auftraggeber einen Freigabevermerk, der Voraussetzung für die Auslieferung der Leistung an den Auftraggeber ist.

Die Kosten der im Vertrag vorgesehenen Güteprüfung sind im Angebotspreis enthalten und werden nicht gesondert vergütet oder abgerechnet.

## **16 Versandpflichten/Versandkosten**

Soweit nichts anderes vereinbart ist, erfolgt die Lieferung „frei Haus“. Dies bedeutet, dass der Auftragnehmer die vertraglichen Liefergegenstände während der allgemeinen Dienststunden (Montag bis Donnerstag: 07:30 Uhr bis 16:00 Uhr, Freitag: 07:30 Uhr bis 12:00 Uhr, jeweils an Werktagen) in der Poststelle des Auftraggebers anzuliefern/abzugeben hat und diese von einem Mitarbeiter des Auftraggebers in Empfang genommen werden müssen.

Statt der Poststelle kann abweichend in den Vergabeunterlagen eine andere Stelle des Auftraggebers für den Auftragnehmer verbindlich angegeben werden. Das Ablegen/Abladen vor dem Gebäude ist nicht ausreichend. Der Auftragnehmer trägt die Versand-/Transportkosten und alle damit zusammenhängenden Nebenkosten (z.B. Verpackungen, Versicherungen, Fracht, Zölle, etc.).

## **17 Erfüllungsort**

Erfüllungsort ist der vom Auftraggeber bestimmte Ort der Lieferung oder Dienstleistung. Es sind auch mehrere Erfüllungsorte nach Angabe in den Vergabeunterlagen möglich.

Bei fertig zu erstellenden Anlagen (z.B. Maschinen und Geräten) geht die Gefahr erst nach erfolgter Montage und betriebsbereiter Übergabe bzw. mit der Abnahme durch den Auftraggeber an ihn über.

## **18 Rechnungsstellung**

Soweit keine Teilleistungen vereinbart wurden, sind Rechnungen für Lieferungen und Dienstleistungen vom Auftragnehmer nach vollständig erfolgter Leistung an die im Rahmen der Auftragserteilung genannte Rechnungsadresse zu schicken. Soweit an mehrere Dienststellen Leistungen zu erbringen waren, können verschiedene Rechnungsadressen bestehen. Die Rechnungen sind dann durch den Auftragnehmer an die vom Auftraggeber benannten Rechnungsadressen zu versenden.

Rechnungen haben die vom Auftraggeber für Lieferscheine vorgegebenen Mindestangaben zu enthalten. Darüber hinaus sind die Einzelpreise des jeweiligen Liefer- oder Dienstleistungsgegenstandes sowie der Gesamtpreis anzugeben. Die vereinbarten Preise sind rein netto, Umsatzsteuer (in der jeweils geltenden gesetzlichen Höhe) und Skonti, Rabatte sind gesondert auszuweisen.

Bei Instandsetzungsarbeiten sind Materialkosten, Arbeitszeit und Stundenlohn getrennt zu erläutern.

Digital erstellte und übersandte Rechnungen werden akzeptiert. Auf Verlangen eines Auftragnehmers wird die elektronische Rechnungsstellung als sogenannte E- oder X-Rechnung (z.B. XML-Dateiformat) gewährt. Bei Bedarf ist dies vom Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen.

Sind übersandte Rechnungen fehlerhaft und können aufgrund fehlender Angaben nicht geprüft werden, beginnen die Zahlungs- und Skontofristen erst mit der ordnungsgemäßen Rechnungsstellung.

Werden nach Annahme der Schlusszahlung Rechenfehler in der Abrechnung oder Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so sind der Auftraggeber und der Auftragnehmer verpflichtet, einander die ihnen danach zustehenden Beträge zu erstatten. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, sich auf einen Wegfall der Bereicherung zu berufen.

Rechnungen sind vom Auftragnehmer stets prüfbar, pünktlich und kostenfrei zu erstellen.



## **19 Zahlungsbedingungen/Skonto**

Alle Preise gelten in Euro und sind Festpreise, die über die gesamte Laufzeit des Vertrages gelten, soweit nichts anderes vereinbart wurde. Die Zahlungsfrist beträgt grundsätzlich 30 Tage. Die Zahlungsfrist für die Inanspruchnahme vereinbarter Skonti (Skontofrist) beträgt 21 Tage.

Die Zahlungs- und Skontofrist beginnen mit dem Eingang der ordnungsgemäßen, prüfbaren Rechnung, frühestens jedoch mit Ablauf des Tages, an dem alle die Zahlung begründenden Voraussetzungen (ordnungsgemäße Lieferung und ggf. erfolgreiche Güteprüfung und/oder Abnahme) vorliegen.

Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Absendung des Überweisungsauftrages an das Zahlungsinstitut des Auftraggebers. Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto.

## **20 Abtretungen**

Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers statthaft.

## **21 Aufrechnung/ Zurückbehaltung**

Der Auftraggeber ist berechtigt, mit Gegenforderungen, gleich welcher Art, aufzurechnen. Wird die Forderung, mit der der Auftraggeber aufrechnet, von dem Auftragnehmer bestritten, steht ihm das Recht, die Leistungen einzustellen, nicht zu, wenn der Auftraggeber ihm gegenüber in Textform erklärt, dass aus Gründen des besonderen öffentlichen Interesses eine Fortführung der Leistung geboten ist.

Der Auftragnehmer ist stets zur Vorleistung verpflichtet. Die zeitnahe Ausstattung des Auftraggebers mit den zu liefernden Produkten ist für dessen Tätigkeit sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung essentiell, daher besteht ein öffentliches Interesse an der Fortdauer der Leistungsverpflichtung des Auftragnehmers. Im Übrigen bleibt § 19 VOL/B unberührt.

## **22 Sicherheitsdatenblätter und sonstige Informationen**

Sofern gemäß Art. 31 oder 32 Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 vom 18.12.2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), in der jeweils geltenden Fassung, vorgesehen, übermittelt der Auftragnehmer dem Auftraggeber mit der erstmaligen Lieferung eines Stoffes oder Gemisches das erforderliche Sicherheitsdatenblatt gemäß Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 oder die Angaben nach Art. 32 Abs. 1 Buchst. a) bis d) Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (sonstige Informationen). Die Leistung gilt durch den Auftragnehmer erst zu dem Zeitpunkt als vollständig bewirkt, zu dem die erforderlichen Sicherheitsdatenblätter oder sonstigen Informationen beim Auftraggeber vollständig vorliegen.

Die Pflicht des Auftragnehmers, die Sicherheitsdatenblätter oder sonstigen Informationen unverzüglich zu aktualisieren, bleibt von dieser Regelung unberührt. Die aktualisierten Sicherheitsdatenblätter oder sonstigen Informationen sind dem Auftraggeber unverzüglich nach deren Aktualisierung zur Verfügung zu stellen.

Die Sicherheitsdatenblätter und sonstigen Informationen sind durch den Auftragnehmer in deutscher Sprache in Papierform vorzulegen. Die Bereitstellung in elektronischer Form (z. B. Download) reicht nicht aus. Auf Anforderung des Auftraggebers sind die Sicherheitsdatenblätter und sonstigen Informationen zusätzlich in elektronischer Form im Dateiformat PDF bereitzustellen. Diese Leistungen des Auftragnehmers erfolgen ohne zusätzliche Vergütung.

## **23 Gebrauchsanweisungen**

Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dgl. sind auch ohne besondere Vereinbarung der zu erbringenden Leistung in deutscher Sprache in Papierform kostenfrei beizufügen. Die Bereitstellung in elektronischer Form (z. B. Download) reicht nicht aus. Auf Anforderung des Auftraggebers sind Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dgl. zusätzlich in elektronischer Form im Dateiformat PDF ohne gesonderte Vergütung bereitzustellen.



## **24 Verpackung**

Die Lieferungen müssen handelsüblich verpackt sein; die Vorschriften des Verpackungsgesetzes (VerpackG) und Umweltgesichtspunkte sind zu beachten. Die Kosten der Verpackung einschließlich der Mieten für Bahn-, Frachtbehälter oder ähnliche Behältnisse und aller damit zusammenhängenden sonstigen Nebenkosten trägt der Auftragnehmer, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist. Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen sind auf Wunsch des Auftraggebers kostenlos vom Ort der Übergabe der Leistungen zurückzunehmen und fachgerecht zu entsorgen.

## **25 Unterauftragnehmer**

Die Übertragung von vertraglichen Verpflichtungen an Unterauftragnehmer durch den Auftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Einholung von Angeboten von Unterauftragnehmern kleinere und mittlere Unternehmen im Sinne der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) vom 24. März 2020 (Az. B II 2 - G17/17 - 2) angemessen zu beteiligen.

Unterauftragnehmer sind bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Der Auftragnehmer hat dem Unterauftragnehmer auf Verlangen den Auftraggeber zu benennen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den Vorschriften der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) vom 24. März 2020 (Az. B II 2 - G17/17 - 2) zu verfahren. Er ist verpflichtet, bei jeder Unterbeauftragung die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen zum Vertragsbestandteil zu machen und dem Unterauftragnehmer keine davon abweichenden, ungünstigeren Regelungen aufzuerlegen.

Der Auftragnehmer darf dem Unterauftragnehmer – insbesondere hinsichtlich der Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheiten – keine ungünstigeren Bedingungen auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Die Beachtung vorstehender Verpflichtungen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich nachzuweisen.

## **26 Gerichtsstand**

Für alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis und über die Gültigkeit des Vertrages ist als Gerichtsstand der Sitz der Vergabestelle vereinbart.

## **27 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages oder dieser ZAVB unwirksam oder undurchführbar sein bzw. nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrags bzw. dieser ZAVB im Übrigen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkung der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahe kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Mündliche Vereinbarungen haben keine Gültigkeit.

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

29.05.2026

Verfahren: 2026CDE000001 - Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

### 1 LOS Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug) EUR .....

Leistungsart: Lieferleistung  
Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
Klassifizierung: Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 1 orientieren sich an den Segmenten "Mittelklasse" und "Obere Mittelklasse" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich bei den Schutzpolizeidienststellen (Polizeiinspektionen und Polizeistationen) eingesetzt. Wegen des erforderlichen Platzbedarfs für die ballistische Schutzausstattung und die mitzuführenden Führungs- und Einsatzmittel (FEM) ist die Kombi-Version vorgesehen.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 1 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

1.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	(ohne Einheit)	pro 1,00 (ohne Einheit)	

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 1 (Excel-Datei) ein.

### 2 LOS SUV uniformiert (PI-Fahrzeug kompakt) EUR .....

Leistungsart:       Lieferleistung  
 Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
 Klassifizierung:    Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 2 orientieren sich an den Segmenten "SUV" und "Geländewagen" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich bei den Schutzpolizeidienststellen (Polizeiinspektionen und Polizeistationen) eingesetzt.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 2 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>2.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	..... pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 2 (Excel-Datei) ein.

---

<b>3</b>	<b>LOS Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug Geländewagen)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart:       Lieferleistung  
 Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
 Klassifizierung:    Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 2 orientieren sich an den Segmenten "Geländewagen" und "SUV" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich bei den Schutzpolizeidienststellen (Polizeiinspektionen und Polizeistationen) eingesetzt. Wegen der erforderlichen Geländefähigkeit für alpine Regionen müssen ausreichend Bodenfreiheit sowie eine Mindestlänge des Fahrzeugs gegeben sein.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 2 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>3.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	..... pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 3 (Excel-Datei) ein.

---

<b>4</b>	<b>LOS Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	---	------------------



Leistungsart:           Lieferleistung  
Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
Klassifizierung:       Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 4 orientieren sich an den Segmenten "Mittelklasse" und "Obere Mittelklasse" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich auf Bundesautobahnen (Verkehrspolizeiinspektionen) eingesetzt. Wegen des erforderlichen Platzbedarfs für die ballistische Schutzausstattung und die mitzuführenden Führungs- und Einsatzmittel (FEM) ist die Kombi-Version vorgesehen. Zudem müssen die Fahrzeuge des Loses 4 eine stärkere Motorisierung aufweisen.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 4 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>4.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 4 (Excel-Datei) ein.

---

<b>5</b>	<b>LOS Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug kompakt)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart:           Lieferleistung  
Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
Klassifizierung:       Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 5 orientieren sich am Segment "Kompaktklasse" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich für Ermittlungstätigkeiten bei Kriminal- und Schutzpolizei eingesetzt. Wegen des erforderlichen Platzbedarfs für gelegentliche Fiskalfahrten (Kurierfahrten, Fortbildungsreisen etc.) ist die Kombi-Version vorgesehen.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 5 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>5.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 5 (Excel-Datei) ein.

<b>6</b>	<b>LOS Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	---	------------------

Leistungsart:      Lieferleistung  
 Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
 Klassifizierung:    Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 6 orientieren sich an den Segmenten "Mittelklasse" und "Obere Mittelklasse" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich auf Bundesautobahnen (Verkehrspolizeiinspektionen) eingesetzt. Die Fahrzeuge finden hauptsächlich im Streifendienst auf den Autobahnen oder im Bereich der Fahndung Verwendung.  
 Zudem müssen die Fahrzeuge des Loses 6 eine stärkere Motorisierung aufweisen.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 6 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>6.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	..... pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 6 (Excel-Datei) ein.

<b>7</b>	<b>LOS SUV uniformiert BEV (PI-Fahrzeug elektrisch)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	---	------------------

Leistungsart:      Lieferleistung  
 Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
 Klassifizierung:    Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 7 orientieren sich am Segment "SUV" Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich bei den Schutzpolizeidienststellen (Polizeiinspektionen und Polizeistationen) eingesetzt. Es ist ein vollelektrisches Fahrzeug anzubieten.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 7 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>7.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	..... pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 7 (Excel-Datei) ein.

<b>8</b>	<b>LOS Kompaktklasse / Mittelklasse neutral BEV (PI/KPI-Fahrzeug elektrisch)</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart:           Lieferleistung  
 Zuschlagskriterium: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode  
 Klassifizierung:       Polizeifahrzeuge (34114200-1)

Die Fahrzeuge des Loses 8 orientieren sich an den Segmenten "Kompaktklasse" und "Mittelklasse" des Kraftfahrzeugbundesamtes und werden hauptsächlich für Ermittlungstätigkeiten bei Kriminal- und Schutzpolizei eingesetzt. Wegen des erforderlichen Platzbedarfs für gelegentliche Fiskalfahrten (Kurierfahrten, Fortbildungsreisen etc.) ist möglichst eine Kombi-Version vorgesehen.

Die technischen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung des Loses 8 sowie den allgemeingültigen Leistungsbeschreibungen der Anlagen 1 bis 11 zu entnehmen.

<b>8.1 Fahrzeug mit Standardausstattung inkl. A-Kriterien</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	<b>19%</b>	<b>1,00</b>	<b>(ohne Einheit)</b>	..... pro 1,00 (ohne Einheit)	.....

Bitte tragen Sie den wertungsrelevanten Gesamt-Angebotspreis aus dem Preisblatt der Vergabestelle für Los 8 (Excel-Datei) ein.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	<div></div>
Nachlass (netto)	<div></div>
Summe inkl. Nachlass (netto)	<div></div>
Umsatzsteuer	<div></div>
<b>Summe (brutto)</b>	<div></div>

## Ausschreibung

Verfahren: 2026CDE000001 - Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

---

### AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026CDE000001 - Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

## EIGNUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug)"
- 2 Los 2 - "SUV uniformiert (PI-Fahrzeug kompakt)"
- 3 Los 3 - "Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug Geländewagen)"
- 4 Los 4 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug)"
- 5 Los 5 - "Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug kompakt)"
- 6 Los 6 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug)"
- 7 Los 7 - "SUV uniformiert BEV (PI-Fahrzeug elektrisch)"
- 8 Los 8 - "Kompaktklasse / Mittelklasse neutral BEV (PI/KPI-Fahrzeug elektrisch)"
- 9 **Eigenerklärung für Unterauftragnehmer**

Gewichtung: 0,00%

### 9.1 Eigenerklärung Unterauftragsnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 10 Ausschlussgründe nach den §§ 123, 124 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 10.1 Hinweis

Hinweis:

Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.

### 10.2 Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen nach §123 GWB?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 10.3 Ausschluss nach § 124 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB, die zum Ausschluss führen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 11 Angaben zum Bieter

Gewichtung: 0,00%

### 11.1 Ansprechpartner

Gewichtung: 0,00%

#### 11.1.1 Ansprechpartner [Mussangabe]

Bitte geben Sie nachfolgend mindestens einen fachkundigen, deutschsprachigen Ansprechpartner für die Vertragsabwicklung bei Anfragen, auftretende Probleme, Reklamationen usw. während der Vertragslaufzeit an.

Bitte geben Sie den Namen des Ansprechpartners, seine Funktion, die Telefonnummer, ggf. eine Faxnummer sowie eine E-Mailadresse an.

<b>11.2</b>	<b>NUTS-Code und USt-ID</b> Gewichtung: 0,00%
<b>11.2.1</b>	<b>NUTS-Code [Mussangabe]</b> Bitte geben Sie den NUTS-Code Ihres Unternehmens an.
<b>11.2.2</b>	<b>USt-ID [Mussangabe]</b> Bitte geben Sie die Umsatzsteuer-ID Ihres Unternehmens an.
<b>11.3</b>	<b>Zahlungsinformationen</b> Gewichtung: 0,00%
<b>11.3.1</b>	<b>Zahlungsinformationen [Mussangabe]</b> Der Auftraggeber arbeitet mit einem elektronischen Warenwirtschaftssystem, in dem auch die Bankverbindung des Vertragspartners hinterlegt wird. Eine einheitliche Bankverbindung für alle Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit der Vertragsabwicklung ist daher zwingend erforderlich.  Bitte geben Sie nachfolgende Informationen an: - Name des Kontoinhabers - IBAN - BIC - Name der kontoführenden Bank
<b>11.4</b>	<b>Ansprechpartner Buchhaltung (falls vorhanden)</b> Gewichtung: 0,00%
<b>11.4.1</b>	<b>Ansprechpartner Buchhaltung</b> Bitte geben Sie, sofern vorhanden, nachfolgend - Name - Telefonnummer - E-Mailadresse  des Ansprechpartners in der Buchhaltung an.
<b>12</b>	<b>Eignungskriterien - LZBP</b> Gewichtung: 0,00%
<b>12.1</b>	<b>Allgemeine Erläuterungen zur Prüfung der Eignung</b> Gewichtung: 0,00%
<b>12.1.1</b>	<b>Bewerber-/Bietergemeinschaften</b> Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften sind die geforderten Eignungskriterien durch eine Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft auf einer gesonderten Anlage im Angebotsassistenten unter "eigene Anlagen" hochzuladen.
<b>12.1.2</b>	<b>Nachforderungen</b> Die Vergabestelle behält sich gem. § 56 Abs. 2 bis 4 VgV vor, zur Bestätigung der Erklärungen/Angaben entsprechende Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern.  Sofern der Vergabestelle die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen nicht bis zum Ablauf der von der Vergabestelle festgelegten, angemessenen Frist vorliegen, wird das Angebot gem. § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.  Fehlende Unterlagen werden solchen gleichgestellt, die nicht die geforderte Aktualität aufweisen.
<b>12.1.3</b>	<b>Präqualifikation und EEE</b> Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen (§ 122 Abs. 3 GWB) oder durch Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE, § 50 VgV) erbracht werden. Falls Eignungsnachweise bereits durch den Präqualifizierungsnachweis oder durch eine EEE der Vergabestelle zugänglich sind, ist jedoch auf die in diesen Vergabeunterlagen genannten Anforderungen bezüglich der Gültigkeit der Nachweise zu achten.  Wenn Sie eine EEE haben, können Sie diese unter "Eigene Anlagen" hochladen.  Bitte beachten Sie, dass in den folgenden Punkten möglicherweise auftragsspezifische Anforderungen gestellt werden, zu denen Ihre Präqualifikationsunterlagen entsprechende Nachweise nicht erhalten. In diesem Fall geben Sie bitte nachfolgend die entsprechenden Erklärungen ab bzw. laden Sie die zusätzlichen Unterlagen in unter "Eigene Anlagen" zu Ihrem Angebot hoch.
<b>12.1.4</b>	<b>Angaben zur Präqualifizierung</b> Sofern Sie präqualifiziert sind, können Sie die Daten (URL-Adresse + Präqualifikationsnummer) dazu nachfolgend angeben.
<b>12.1.5</b>	<b>Eignungsleihe</b> Ein Bieter kann sich, auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, gem. § 47 Abs. 1 VgV im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. „eignungsrelevante Dritte“) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen („Eignungsleihe“).

Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nach der Rechtsprechung nicht nur ein selbständiges, vom Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist (vgl. OLG München, Beschluss vom 15.3.2012, Verg 2/12, OLG Düsseldorf, Beschluss vom 30.6.2010, VII-Verg 13/10).

Im Fall einer Eignungsleihe hat der Bieter die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Eignungsverleiher zur Bestätigung weiterzuleiten. Die Anlage ist von dem Eignungsverleiher um Firmenbezeichnung und Anschrift zu ergänzen, zu unterschreiben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochzuladen.

Erfüllt ein Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht oder liegen bei diesem zwingende oder fakultative Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB vor, so hat der Bieter dieses Unternehmen auf Verlangen des Auftraggebers zu ersetzen.

Zum Nachweis, dass ihm im Falle der Zuschlagserteilung sämtliche der für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen, hat der Bieter eine entsprechende Erklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen. Hierzu kann die Vorlage „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ genutzt werden, welche in den Anlagen zu finden ist.

Beabsichtigt ein Bieter, zum Nachweis der beruflichen Leistungsfähigkeit (z. B. Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise) oder der einschlägigen beruflichen Erfahrung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen, so ist der Bieter verpflichtet, dieses Unternehmen für die Erbringung derjenigen Leistung, für die diese Kapazität benötigt wird, auch tatsächlich einzusetzen.

## **12.2 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV**

Gewichtung: 0,00%

### **12.2.1 Berufs- oder Handelsregister**

Bitte reichen Sie einen Nachweis über die Eintragung im Berufs- oder Handelsregister oder andere geeignete Mittel ein, die die erlaubte Berufsausübung nachweisen, je nach Rechtsvorschrift des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist.

Bieter-/Bewerbergemeinschaften haben diesen Nachweis für jedes Mitglied einzeln einzureichen, indem sie im Arbeitsschritt "eigene Anlagen" zum Angebot hochgeladen werden.

WICHTIG: Bitte beachten Sie, dass der Nachweis nicht älter als 6 Monate sein darf, gerechnet ab dem Tag der Angebotsöffnung.

## **12.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gem. § 45 VgV**

Gewichtung: 0,00%

### **12.3.1 Gesamtumsatz**

Gewichtung: 0,00%

#### **12.3.1.1 Vorbemerkungen**

Erklärung über den NETTOGESAMTUMSATZ des Bieters, bezogen auf die letzten DREI ABGESCHLOSSENEN Geschäftsjahre.

Für Bietergemeinschaften sind die Gesamtumsätze je Bietermitglied in einer gesonderten Anlage anzugeben. Sofern entsprechende Angaben zum Nettogesamtumsatz nicht oder nicht für drei abgeschlossene Geschäftsjahre verfügbar sind, hat der Bieter in dem entsprechenden Feld eine Null anzugeben und ebenfalls in einer gesonderten Anlage anzugeben und zu begründen, warum die Angaben nicht oder nicht in dem geforderten Umfang vorliegen und der Bieter dennoch leisten kann, dass er wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig ist. Die gesonderten Anlagen sind im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ zum Angebot hochzuladen.

#### **12.3.1.2 LETZTES Geschäftsjahr**

Gewichtung: 0,00%

##### **12.3.1.2.1 Letztes abgeschlossenes Geschäftsjahr [Mussangabe]**

Bitte geben nachfolgend an, welches Jahr das LETZTE ABGESCHLOSSENE Geschäftsjahr ist, auf die sich die weitere Angabe des Nettogesamtumsatzes bezieht.

##### **12.3.1.2.2 Nettogesamtumsatz LETZTES Geschäftsjahr [Mussangabe]**

Bitte geben Sie nachfolgend den Nettogesamtumsatz des LETZTEN ABGESCHLOSSENEN Geschäftsjahres an.

#### **12.3.1.3 VORLETZTES Geschäftsjahr**

Gewichtung: 0,00%

##### **12.3.1.3.1 Vorletztes abgeschlossenes Geschäftsjahr [Mussangabe]**

Bitte geben nachfolgend an, welches Jahr das VORLETZTE ABGESCHLOSSENE Geschäftsjahr ist, auf die sich die weitere Angabe des Nettogesamtumsatzes bezieht.

##### **12.3.1.3.2 Nettogesamtumsatz VORLETZTES Geschäftsjahr [Mussangabe]**

Bitte geben Sie nachfolgend den Nettogesamtumsatz des VORLETZTEN ABGESCHLOSSENEN Geschäftsjahres an.

#### **12.3.1.4 VORVORLETZTES Geschäftsjahr**

Gewichtung: 0,00%

##### **12.3.1.4.1 Vorvorletztes abgeschlossenes Geschäftsjahr [Mussangabe]**

Bitte geben nachfolgend an, welches Jahr das VORVORLETZTE ABGESCHLOSSENE Geschäftsjahr ist, auf die sich die weitere Angabe des Nettogesamtumsatzes bezieht.

#### 12.3.1.4.2 Nettogesamtumsatz VORVORLETZTES Geschäftsjahr [Mussangabe]

Bitte geben Sie nachfolgend den Nettogesamtumsatz des VORVORLETZTEN ABGESCHLOSSENEN Geschäftsjahres an.

### 12.3.2 Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung

Gewichtung: 0,00%

#### 12.3.2.1 Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

Besteht für Ihr Unternehmen eine gültige Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung in folgender Höhe:

- mindestens zwei Millionen Euro für Personen- und Sachschäden insgesamt
- mindestens eine Million Euro je Schadensfall und Versicherungsjahr

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften gilt diese Erklärung für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft.

Die Erklärung wird zum Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gem. § 45 VgV benötigt.

Die Vergabestelle behält sich vor, den Versicherungsnachweis zur Bestätigung des Versicherungsschutzes nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 12.3.2.2 Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung

ALTERNATIVE für den Fall, dass DERZEIT keine gültige Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in der vorstehend geforderten Höhe vorliegt:

Können Sie eine Erklärung eines Versicherers vorweisen, die bestätigt, dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung in der vorstehend geforderten Höhe bereit ist und können Sie erklären, dass der Versicherungsschutz mit Leistungsbeginn bestehen wird?

In diesem Fall ist die Erklärung des zukünftigen Versicherers unter "Eigene Anlagen" hochzuladen und dem Angebot beizufügen. Die Vergabestelle behält sich vor, die Erklärung nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 12.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. § 46 VgV

Gewichtung: 0,00%

#### 12.4.1 Referenzen (Mindestreferenzen)

Gewichtung: 0,00%

##### 12.4.1.1 Vorbemerkung zu den Referenzen

Der Bieter hat zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit MINDESTENS DREI vergleichbare Referenzen, der bezüglich der ausgeschriebenen Leistung wesentlichen, in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen, anzugeben. Stichtag ist der Ablauf der Angebotsfrist.

Eine Referenz ist dann vergleichbar, wenn der Bieter die erfolgreiche Lieferung von ausgebauten Einsatz-/ Rettungsfahrzeugen von Behördenkunden nachweisen werden kann.

Bietergemeinschaften haben für jedes Mitglied eine eigene Referenzliste auf einer gesonderten Anlage einzureichen. Die Anlage ist im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ zum Angebot hochzuladen.

Die Vergabestelle behält sich die Überprüfung der Angaben sowie eigene Ermittlungen im Rahmen der materiellen Eignungsprüfung vor.

##### 12.4.1.2 Referenz 1 (Mindestreferenz)

Gewichtung: 0,00%

###### 12.4.1.2.1 Referenzkunde [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier die Geschäftsbezeichnung des Referenzkunden an.

###### 12.4.1.2.2 Auftragsdauer [Mussangabe]

Bitte geben Sie Auftragsbeginn und -ende an.

###### 12.4.1.2.3 Gegenstand des Auftrags [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier eine Kurzbeschreibung des Auftrags (bei Beteiligung mehrerer Unternehmen: Aufgabenteilung, Ihr Aufgaben- und Verantwortungsbereich; technisches Umfeld) an.



#### 12.4.1.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Bitte geben Sie das Auftragsvolumen des Referenzprojekts in Euro (netto) an.

#### 12.4.1.2.5 Kontaktdaten Referenzkunde [Mussangabe]

Bitte geben Sie Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzbeauftragten und einer Auskunftsperson an.

#### 12.4.1.3 Referenz 2 (Mindestreferenz)

Gewichtung: 0,00%

##### 12.4.1.3.1 Referenzkunde [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier die Geschäftsbezeichnung des Referenzkunden an.

##### 12.4.1.3.2 Auftragsdauer [Mussangabe]

Bitte geben Sie Auftragsbeginn und -ende an.

##### 12.4.1.3.3 Gegenstand des Auftrags [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier eine Kurzbeschreibung des Auftrags (bei Beteiligung mehrerer Unternehmen: Aufgabenteilung, Ihr Aufgaben- und Verantwortungsbereich; technisches Umfeld) an.

##### 12.4.1.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Bitte geben Sie das Auftragsvolumen des Referenzprojekts in Euro (netto) an.

##### 12.4.1.3.5 Kontaktdaten Referenzkunde [Mussangabe]

Bitte geben Sie Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzbeauftragten und einer Auskunftsperson an.

#### 12.4.1.4 Referenz 3 (Mindestreferenz)

Gewichtung: 0,00%

##### 12.4.1.4.1 Referenzkunde [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier die Geschäftsbezeichnung des Referenzkunden an.

##### 12.4.1.4.2 Auftragsdauer [Mussangabe]

Bitte geben Sie Auftragsbeginn und -ende an.

##### 12.4.1.4.3 Gegenstand des Auftrags [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier eine Kurzbeschreibung des Auftrags (bei Beteiligung mehrerer Unternehmen: Aufgabenteilung, Ihr Aufgaben- und Verantwortungsbereich; technisches Umfeld) an.

##### 12.4.1.4.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Bitte geben Sie das Auftragsvolumen des Referenzprojekts in Euro (netto) an.

##### 12.4.1.4.5 Kontaktdaten Referenzkunde [Mussangabe]

Bitte geben Sie Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzbeauftragten und einer Auskunftsperson an.

#### 12.4.1.5 Referenz 4 (optional)

Gewichtung: 0,00%

##### 12.4.1.5.1 Referenzkunde

Bitte geben Sie hier die Geschäftsbezeichnung des Referenzkunden an.

##### 12.4.1.5.2 Auftragsdauer

Bitte geben Sie Auftragsbeginn und -ende an.

##### 12.4.1.5.3 Gegenstand des Auftrags

Bitte geben Sie hier eine Kurzbeschreibung des Auftrags (bei Beteiligung mehrerer Unternehmen: Aufgabenteilung, Ihr Aufgaben- und Verantwortungsbereich; technisches Umfeld) an.

#### 12.4.1.5.4 Auftragsvolumen

Bitte geben Sie das Auftragsvolumen des Referenzprojekts in Euro (netto) an.

#### 12.4.1.5.5 Kontaktdaten Referenzkunde

Bitte geben Sie Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzbeauftragten und einer Auskunftsperson an.

#### 12.4.1.6 Referenz 5 (optional)

Gewichtung: 0,00%

##### 12.4.1.6.1 Referenzkunde

Bitte geben Sie hier die Geschäftsbezeichnung des Referenzkunden an.

##### 12.4.1.6.2 Auftragsdauer

Bitte geben Sie Auftragsbeginn und -ende an.

##### 12.4.1.6.3 Gegenstand des Auftrags

Bitte geben Sie hier eine Kurzbeschreibung des Auftrags (bei Beteiligung mehrerer Unternehmen: Aufgabenteilung, Ihr Aufgaben- und Verantwortungsbereich; technisches Umfeld) an.

##### 12.4.1.6.4 Auftragsvolumen

Bitte geben Sie das Auftragsvolumen des Referenzprojekts in Euro (netto) an.

##### 12.4.1.6.5 Kontaktdaten Referenzkunde

Bitte geben Sie Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzbeauftragten und einer Auskunftsperson an.

#### 12.4.2 Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Gewichtung: 0,00%

##### 12.4.2.1 Vorbemerkung zu den Unterauftragnehmern

Beabsichtigt ein Bieter, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, muss er zusammen mit seinem Angebot Art und Umfang der durch diese Unterauftragnehmer auszuführenden Leistungen nachfolgend angeben. Falls zumutbar ist der vorgesehene Unterauftragnehmer zu benennen.

Zulieferer des Auftragnehmers sind in der Regel keine Unterauftragnehmer.

Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb einer hierfür gesetzten Frist ein vom jeweiligen Unterauftragnehmer ausgefülltes und unterzeichnetes Formblatt „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ vorzulegen.

##### 12.4.2.2 Unterauftragnehmer [Mussangabe]

Ist der Einsatz von Unterauftragnehmern geplant?

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

##### 12.4.2.3 Unterauftragnehmerleistungen 1

Gewichtung: 0,00%

###### 12.4.2.3.1 Benennung des Unterauftragnehmers

Bitte geben Sie hier den Name/die Firma, die Kontaktdaten sowie den gesetzlichen Vertreter des Unterauftragnehmers an.

###### 12.4.2.3.2 Leistungsbereich

Bitte geben Sie hier den durch den Unterauftragnehmer zu erbringenden Leistungsbereich an.

###### 12.4.2.3.3 Beschreibung der Teilleistungen nach Art & Umfang

Bitte geben Sie hier eine Beschreibung der Teilleistungen des Unterauftragnehmers nach Art und Umfang an.

##### 12.4.2.4 Unterauftragnehmerleistungen 2

Gewichtung: 0,00%

#### 12.4.2.4.1 Benennung des Unterauftragnehmers

Bitte geben Sie hier den Name/die Firma, die Kontaktdaten sowie den gesetzlichen Vertreter des Unterauftragnehmers an.

#### 12.4.2.4.2 Leistungsbereich

Bitte geben Sie hier den durch den Unterauftragnehmer zu erbringenden Leistungsbereich an.

#### 12.4.2.4.3 Beschreibung der Teilleistungen nach Art & Umfang

Bitte geben Sie hier eine Beschreibung der Teilleistungen des Unterauftragnehmers nach Art und Umfang an.

### 12.4.2.5 Unterauftragnehmerleistungen 3

Gewichtung: 0,00%

#### 12.4.2.5.1 Benennung des Unterauftragnehmers

Bitte geben Sie hier den Name/die Firma, die Kontaktdaten sowie den gesetzlichen Vertreter des Unterauftragnehmers an.

#### 12.4.2.5.2 Leistungsbereich

Bitte geben Sie hier den durch den Unterauftragnehmer zu erbringenden Leistungsbereich an.

#### 12.4.2.5.3 Beschreibung der Teilleistungen nach Art & Umfang

Bitte geben Sie hier eine Beschreibung der Teilleistungen des Unterauftragnehmers nach Art und Umfang an.

### 13 statistische Angaben

Gewichtung: 0,00%

#### 13.1 Unternehmensgröße [Mussangabe]

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu Ihre Unternehmensgrößenklasse an. Nähere Informationen, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Klein-, kleines oder mittleres Unternehmen erfüllt, finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen Benutzerleitfaden zur Definition von KMU. Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Kleinunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 14 Angaben Wettbewerbsregister

Gewichtung: 0,00%

#### 14.1 Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister

Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.

#### 14.2 Name des Unternehmens [Mussangabe]

Name des Unternehmens:

### 14.3 Postanschrift

Gewichtung: 0,00%

#### 14.3.1 Sitz des Unternehmens [Mussangabe]

Sitz des Unternehmens / der Firma:

#### 14.3.2 Straße [Mussangabe]

Straße:

#### 14.3.3 Hausnummer [Mussangabe]

Hausnummer:

#### 14.3.4 Postleitzahl [Mussangabe]

Postleitzahl:  
Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!

#### 14.3.5 Ort [Mussangabe]

Ort:

#### 14.3.6 Land [Mussangabe]

In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?

#### 14.4 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Natürliche Person (0)
- ☐ AG (0)
- ☐ AG (England) (0)
- ☐ AG (Schottland) (0)
- ☐ AG (Schweiz) (0)
- ☐ AG & Co. KG (0)
- ☐ AG & Co. KG i. L. (0)
- ☐ AG & Co. oHG (0)
- ☐ AG & Co. oHG i. L. (0)
- ☐ AG i. Gr. (0)
- ☐ AG i. L. (0)
- ☐ AöR (0)
- ☐ BV (0)
- ☐ Corp. (0)
- ☐ e.K. (0)
- ☐ e.V. (0)
- ☐ e.V. i. L. (0)
- ☐ eG (0)
- ☐ eG i. Gr. (0)
- ☐ eG i. L. (0)
- ☐ eGbR (0)
- ☐ Einzelunternehmer (0)
- ☐ EWIV (0)
- ☐ GbR (0)
- ☐ gGmbH (0)
- ☐ GmbH (0)
- ☐ GmbH (Österreich) (0)
- ☐ GmbH (Schweiz) (0)
- ☐ GmbH & Co. KG (0)
- ☐ GmbH & Co. KG i. L. (0)
- ☐ GmbH & Co. OHG (0)
- ☐ GmbH & Co. OHG i. L. (0)
- ☐ GmbH i. Gr. (0)
- ☐ GmbH i. L. (0)
- ☐ Inc. (0)
- ☐ KG (0)
- ☐ KG i. L. (0)
- ☐ KGaA (0)
- ☐ KöR (0)
- ☐ LLP (0)
- ☐ Ltd. (0)
- ☐ n.e.V. (0)
- ☐ NV (0)
- ☐ OHG (0)
- ☐ OHG i. L. (0)
- ☐ Oy (0)
- ☐ PartG (0)
- ☐ PartG i. L. (0)
- ☐ PartGmbH (0)
- ☐ S.L. (0)
- ☐ SA (0)
- ☐ SARL (0)
- ☐ SE (0)
- ☐ SNC (0)
- ☐ sp. z.o.o. (0)
- ☐ SpA (0)
- ☐ SRL (0)
- ☐ Stiftung & Co. KG (0)
- ☐ Stiftung & Co. KG i. L. (0)
- ☐ Stiftung & Co. OHG (0)
- ☐ Stiftung & Co. OHG i. L. (0)
- ☐ Stiftung bR (0)
- ☐ Stiftung öR (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)
- ☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)
- ☐ VEB (0)
- ☐ VVaG (0)
- ☐ WEG (0)
- ☐ Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 14.5 Registerangaben

Gewichtung: 0,00%

#### 14.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)  
☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)  
☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 14.5.2 Inländisches Register

Gewichtung: 0,00%

##### 14.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

##### 14.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ HRA (0)  
☐ HRB (0)  
☐ GnR (0)  
☐ GsR (0)  
☐ PR (0)  
☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

##### 14.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

#### 14.5.3 Ausländisches Register

Gewichtung: 0,00%

##### 14.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

##### 14.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

##### 14.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

#### 14.5.4 Keine Registerangabe

Gewichtung: 0,00%

##### 14.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

##### 14.5.4.2 Einzelunternehmer

Gewichtung: 0,00%

###### 14.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

###### 14.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

##### 14.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

##### 14.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

## 15 Eigenerklärung

Gewichtung: 0,00%

### 15.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt. Soweit einzelne Ausschlussgründe vorliegen habe ich in einer Anlage erläutert, warum diese nach § 125 GWB nicht zum Ausschluss führen.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 15.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 15.3 Bestätigung der Kenntnisnahme RUS [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung zu russischen Unternehmen habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 15.4 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

Verfahren: 2026CDE000001 - Rahmenvereinbarungen über die Belieferung der Bayerischen Polizei mit Dienstfahrzeugen (Kauf und Leasing)

## LEISTUNGSKRITERIEN

### 1 Los 1 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug)"

#### 1.1 Los 1 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (PI-Fahrzeug)"

Gewichtung: 100,00%

##### 1.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:

Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.

Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".

Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

##### 1.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 1

Gewichtung: 100,00%

Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 1:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

### 2 Los 2 - "SUV uniformiert (PI-Fahrzeug kompakt)"

#### 2.1 Los 2 - "SUV uniformiert (PI-Fahrzeug kompakt)"

Gewichtung: 100,00%

##### 2.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:

Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.

Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".

Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

##### 2.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 2

Gewichtung: 100,00%

Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 2:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

### 3 Los 3 - "Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug Geländewagen)"

#### 3.1 Los 3 - "Geländewagen uniformiert (PI-Fahrzeug Geländewagen)"

Gewichtung: 100,00%

##### 3.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:

Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.

Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte

(LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".  
Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

### 3.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 3

Gewichtung: 100,00%  
Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 3:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

## 4 Los 4 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug)"

### 4.1 Los 4 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse uniformiert (BAB-Fahrzeug)"

Gewichtung: 100,00%

#### 4.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:

Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.

Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".

Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

### 4.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 4

Gewichtung: 100,00%  
Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 4:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

## 5 Los 5 - "Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug kompakt)"

### 5.1 Los 5 - "Kompaktklasse neutral (PI/KPI-Fahrzeug kompakt)"

Gewichtung: 100,00%

#### 5.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:

Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.

Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".

Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

### 5.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 5

Gewichtung: 100,00%  
Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 5:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

## 6 Los 6 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug)"

### 6.1 Los 6 - "Mittelklasse / Obere Mittelklasse neutral (BAB-Fahrzeug)"

Gewichtung: 100,00%

#### 6.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung



Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:  
Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.  
Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".  
Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

#### 6.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 6

Gewichtung: 100,00%  
Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 6:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

### 7 Los 7 -"SUV uniformiert BEV (PI-Fahrzeug elektrisch)"

#### 7.1 Los 7 -"SUV uniformiert BEV (PI-Fahrzeug elektrisch)"

Gewichtung: 100,00%

##### 7.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:  
Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.  
Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".  
Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

#### 7.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 7

Gewichtung: 100,00%  
Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 7:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.

### 8 Los 8 -"Kompaktklasse / Mittelklasse neutral BEV (PI/KPI-Fahrzeug elektrisch)"

#### 8.1 Los 8 -"Kompaktklasse / Mittelklasse BEV (PI/KPI-Fahrzeug elektrisch)"

Gewichtung: 100,00%

##### 8.1.1 Hinweis der Vergabestelle zur Bewertung

Die Summe der Leistungspunkte ermittelt sich wie folgt:  
Die Bieter werden gebeten, die Leistungsbeschreibung des Loses sowie die zugehörigen Anlagen vollständig auszufüllen und erforderliche Nachweise einzureichen. Die Punktevergabe für die Bewertungskriterien (B-Kriterien) erfolgt durch die Vergabestelle anhand der beschriebenen Differenzierung. Es werden nur die eingereichten Unterlagen bewertet.  
Die Punktevergabe für die bewertende Teststellung (Fahrzeugtest) erfolgt auf Grundlage der Bewertung der Testprobanden im Anschluss an den Fahrzeugtest.

Die vergebenen Bewertungspunkte (BP) werden mit den festgelegten Gewichtungspunkten (GP) multipliziert. Die Leistungspunkte (LP) als Ergebnisse (Produkte) werden addiert und ergeben je Angebot die entsprechende Summe der Leistungspunkte, den Wert "L".  
Es erfolgt eine kaufmännische Rundung ohne Dezimalstellen.

Die Vergabestelle nimmt die Eintragung der erreichten Leistungspunkte vor.

#### 8.1.2 Erreichte Leistungspunkte für Los 8

Gewichtung: 100,00%  
Maximalpunktzahl: 10.000

Leistungsbewertung für Los 8:

Die Eintragung der ermittelten Leistungspunkte (inkl. Fahrzeugtest) erfolgt durch die Vergabestelle.



Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Verschwiegenheitserklärung.docx	180,84 KB	docx
Cloud Datei-Link	Unterlagen RV Dienst-Kfz BayPol.docx	29,20 MB	docx